PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 40 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621 / 36 014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 18.909.05 oder: PschA Karlsruhe, Kto.-Nr. 958.37-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 30.9.1975, fertiggestellt.

2. Oktober 1975 Jg. 3 Nr. 39 50 Pfennig

Die Hinrichtung der spanischen Revolutionäre kann das Franco-Regime nicht retten

Fünf Revolutionäre hat das Franco-Regime durch Standgerichte aburteilen und hinrichten lassen. Die Blutspur, die dieses Regime seit fast vierzig Jahren hinter sich herzieht, ist länger geworden. Aber trotz Standgericht, Erschießungskommandos und Garotte: Es gelingt dem Franco-Regime nicht mehr, die Völker Spaniens in lähmenden Schrecken zu versetzen und sie niederzuhalten, um sie von feudalen Großgrundbesitzern, von prassenden Reichen und vom ausländischen Kapital ausbeuten zu lassen. Je härter das Franco-Regime zuschlägt, um so breiter und tiefer wird der Widerstand.

Auf die Hinrichtung der fünf Freiheitskämpfer hat das baskische Volk mit Demonstrationen geantwortet und mit einem Streik, an dem sich nach Pressemeldungen am Montag 100 000 Arbeiter beteiligt haben. In Madrid werden "Unruhen" aus den Arbeitervierteln gemeldet. Im ganzen Land ist Polizei aufmarschiert.

In vielen Städten Europas sind Menschen auf die Straße gegangen und haben ihren wütenden Protest gegen die Terrorurteile zum Ausdruck gebracht und ihre Solidarität mit dem Widerstand des spanischen Volkes gegen das Franco-Regime bekundet.

Auch das offizielle, das bürgerliche Europa hat sich geäußert, hat in zahlreichen Erklärungen seine "Betroffenheit" und seinen "Abscheu" verkündet. Botschafter wurden zurückgerufen, eine Tagung von NATO-Parlamentariern sprach sich gegen Spaniens NATO-Mitgliedschaft aus. Der niederländische Ministerpräsident den Uyl sprach gar auf einer großen Massenkundgebung gegen die Hinrichtungen. Schwedens Ministerpräsident Palme redete "vom verzweifelten Versuch einer im Verfall begriffenen Tyrannei, sich zu behaupten".

In Westdeutschland erklärte der SPD-Vorsitzende Brandt, mit diesem Schritt hätten sich die Machthaber in Spanien "endgültig außerhalb der moralischen und geistigen Solidarität der europäischen Völker gestellt". Der CDU-Vorsitzende Kohl hatte Franco telegrafisch um Gnade für die Verurteilten gebeten. – Selbst das geistliche Oberhaupt der europäischen Reaktion, der Papst in Rom, verurteilte die "Repression" in diesem "katholischen Land". Gleichzeitig versäumt selbstverständlich keiner aus dieser scheinheiligen Allianz, sich von den "Terroristen" zu distanzieren und damit nebenbei den gerechten Befreiungskampf des spanischen Volkes als "Terror" zu diffamieren. Alle haben sie ja schließlich selber einen Staatsapparat zu verteidigen, dessen Maßnahmen gegen die Volksmassen mit Verteidigung gegen den "Terrorismus" gerechtfertigt werden. Dem Franco-Regime wird nur die Vorhaltung gemacht, Gleiches mit Gleichem, Terror mit Terror zu vergelten. Als ob nicht dessen ganze Herrschaft seit dem Bürgerkrieg, den er mit Hilfe des Hitler-Faschismus gewann, auf Terror über das Volk begründet wäre.

Die USA haben sich den scheinheiligen Protest gespart und gleich ihre direkte Unterstützung des Franco-Regimes zum Ausdruck gebracht. Der amerikanische NATO-Oberbefehlshaber Haig erklärte einen Tag nach der Hinrichtung, Spanien sei ein notwendiger Partner der NATO. Und die amerikanische Regierung äußerte sich zufrieden über den unmittelbar bevorstehenden Abschluß eines Stützpunktvertrages mit Spanien.

Nicht Stellung genommen hat die sowjetische Regierung, die ansonsten keine Gelegenheit ausläßt, zu Vorgängen in westeuropäischen Ländern sich zu äußern. Nur die Zeitung "Prawda" berichtete über die Forderung nach Aufhebung der Todesurteile durch "bedeutende Staatsmänner, politische Persönlichkeiten, Parteien und internationale Organisationen".

Die Betroffenheit des offiziellen Europa hat einen einfachen Hintergrund. Die "Neue Zürcher Zeitung" beschreibt ihn so: Es "droht einzutreten ..., daß Franco das Ruder des Staates abgeben wird zu einem Zeitpunkt, in dem Spanien in zwei Fronten gespalten sein wird: jene der durch Gewalt regierenden Minderheit und die der großen Masse, die sich dagegen auflehnt." (27. September) Das offizielle Europa fürchtet ein "Überdrehen der Schraube" durch das Franco-Regime werde die Revolution hervorbringen und die vielfältigen Versuche scheitern lassen, sich in Spanien eine "gemäßigte Opposition" aufzubauen, welche die wachsenden Widersprüche auffangen könnte. Seit Jahr und Tag versucht dieses offizielle, bürgerliche Europa, mit Franco ins Geschäft zu kommen, um eine Regelung zu erreichen, welche die Herrschaft des ausländischen und einheimischen Kapitals über Spaniens arbeitende Klassen unangetastet läßt, auch wenn sich das Franco-Regime nicht länger halten läßt. Diese jahrelangen Bemühungen haben einen Stoß erhalten, daher ihr Abscheu gegen den Tyrannen.

Fortsetzung auf S. 2



In vielen Städten fanden Protestaktionen gegen das Franco-Regime statt. Auf dem Bild: Demonstration in Karlsruhe

Neueste Vorlage des Strafgesetzes 218

Allianz der Niedertracht

Die SPD/FDP-Koalition hätte die "Reifeprüfung bestanden", drückt sich Herbert Wehner aus, und "Aus der Niederlage das Beste" sei gemacht worden, schreibt der Kommentator der "Frankfurter Rundschau".

Sie reden von dem neuen Koalitionsentwurf zum § 218.

"Der Entwurf scheine nicht mit Sicherheit Mißbräuche in unverantwortlichem Umfang auszuschließen" und müsse genau auf seine Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz geprüft werden, hört man vom bayrischen Justizminister.

Julius Kardinal Döpfner, Erzbischof von München und Freising, ist "in keiner Weise befriedigt", denn es sei soziale Indikation einbezogen im Entwurf.

Überhaupt nicht setzt sich die bürgerliche Presse damit auseinander, was die Volksmassen von diesem Entwurf halten. Man muß feststellen, die Vertuschungskampagne und die Verdunkelung dieses niederträchtigen Stücks der Strafrechtsreform läuft weiter.

Jeder weiß, die große Mehrheit will die Aufhebung des Verbotes der Abtreibung, und jeder sieht, daß der neue Entwurf keinerlei Zugeständnisse macht. Das kümmert die bürgerliche Pressefreiheit nicht.

Pressefreiheit bedeutet für sie, die Kapitalistenblätter, selbstverständlich die Freiheit, einen Standpunkt auch mal totzuschweigen.

Viele Millionen wollen den § 218 fallen sehen, glauben nicht an den Bundesverfassungsschmus von Recht auf Leben und Menschenwürde, den die Karlsruher Richter diesem Polizeiparagrafen umgehängt haben. Davon liest man nichts in der bürgerlichen Presse, der Geldsack drückt auf die Wahrheit, denn die Wahrheit ist gefährlich für den Geldsack.

Die "Bild"-Zeitung läßt allen parlamentarischen Schnickschnack gleich weg. "Ab 1.1.76 soll folgende Fassung gelten". Punktum, friss Vogel oder stirb.

Die Gewerkschaftsführung bleibt stumm. Sie sagt sich: Man darf in dieser heiklen politischen Lage die Interessen der Arbeiterbewegung nicht aussprechen. Man muß auch dieses schlucken. Sonst werden die Arbeiter vielleicht politisch aktiv und das kann den SPD-Parteifreunden in der Regierung schaden.

Der Hartmannbund, die Vereinigung der niedergelassenen Ärzte, ist mit der neuen Fassung zufrieden. Die neue Fassung räumt der Ärzteschaft einen ziemlichen Spielraum ein. Nicht ohne Vorbehalte, die Ärzte können von Staats wegen gefaßt werden.

Das macht dem Hartmannbund nichts aus. Der berühmte Drang des deutschen Mittelstandes nach staatlicher Anerkennung schlägt sich nieder, wenn die niedergelassenen Ärzte aufjauchzen, weil sie die Polizeiabzeichen angeheftet bekommen. Die neue Kompetenz bedeutet nichts als die Verwandlung von Ärzten in Polizisten, denn wenn sie eine Abtreibung ablehnen, so werden sie schon prüfen, ob die Schwangere sich dran hält.

Mit dem Gesetzentwurf ist es ausgegangen, wie zu erwarten war. Für die Reichen ist es völlig unproblematisch, eine Abtreibung vornehmen zu lassen.

Fortsetzung auf S. 2

Nach Eröffnug des Raubzuges gegen die Volksmassen:

Bundesregierung beim Finanzkapital wieder kreditwürdig

Nachdem die Bundesregierung mit Vorlage des Haushaltssicherungsgesetzes bewiesen hat, daß sie den arbeitenden Massen ans Fell will, ist sie den Großbanken wieder kreditwürdig.

Für wieviel ihnen die Regierung gut ist, das erklärte Bundesbankpräsident Klasen nach der Sitzung des Zentralbankrates in der letzten Woche: *"Die Banken* (hätten) *den Gedanken einer freiwilligen Konsortialanleihe über 8 bis 10 Miliarden DM mit dem Finanzministerium erörtert."* (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. September)

Es ist noch nicht lange her, da ließen die Banker die Regierung wissen, so viel Kredit wie diese wolle, gäbe es nicht. Sie solle sich ihr Geld gefälligst anderswo holen. Damit hat die Regierung mit dem Haushaltssicherungsgesetz jetzt einen Anfang gemacht. Sie hat sich zu Herzen genommen, was die Finanzkapitalisten ihr bedeutet haben: *"Die öffentliche Hand muß sich sagen lassen, daß sie in diesem und vor allem im nächsten Jahr so viele Mittel benötigt, daß Geldgeber aller Provenienz bei Laune gehalten werden müssen."* (Handelsblatt, 25. September)

Den Geldgebern der Kapitalistenklasse, den Großbanken, ist nach den Regierungsbeschlüssen offensichtlich die Laune soweit gestiegen, daß sie mit einer *"freiwilligen Konsortialanleihe über 8 bis 10 Milliarden DM"* sich an den Staatsschulden bereichern wollen.

Die Regierung, so erklärte Klasen weiter, zögere noch, das Angebot anzunehmen, prüfe noch, ob sie die Kredite nicht in kleineren Beträgen bei einzelnen Kreditgebern aufnehmen könne.

Daß es sich mit diesem Zögern bald hat, kann man voraussagen. Denn Milliarden verleiht von den Lohnabhängigen niemand. Von den Bauern auch nicht. Und in der Kapitalistenklasse haben die Banken, vor allem die Großbanken, die Gelderverleiherei monopolisiert.

Trotz Eröffnung des Raubzugs auf das Lebensniveau der Massen: Weit her ist es mit der Kreditwürdigkeit der Regierung noch nicht. Bloß für drei, höchstens für fünf Jahre wollen die Kapitalisten ihr Geld leihen.

Um den Kredit zurückzuzahlen, bedarf es wieder neuer Schulden, und damit behält das Finanzkapital den Staat gut in seinem Griff. Die Regierung erklärt die Lage für kompliziert und schwierig. Je höher die Staatsschuld, um so mehr müsse man sich einschränken, damit das wieder ins Lot kommt.

Wer "man" dabei ist, ist keine Frage. Die Bankkapitalisten sind das nicht, denn sie kassieren die Zinsen der Staatsschuld. Allein vom Bund erhalten sie 1976 so an die 13 bis 14 Milliarden Zinsen, wie im Bundestag letzte Woche zu hören war.

Und die Industriekapitalisten werden sich wegen der Staatsschuld auch nicht einschränken müssen, denn hauptsächlich für sie ist das Geld in Gestalt von Konjunkturprogrammen ja gedacht. Die Regierung und ihre Mitglieder können es auch nicht sein, die sich einschränken müssen, und die Diäten der Abgeordneten werden eher erhöht als gesenkt.

Einschränken müssen sich allein die Lohnabhängigen und Volksmassen, die nicht nur durch das Haushaltsgesetz ausgeplündert werden, sondern von deren Arbeit Jahr für Jahr jetzt diese 13 bis 14 Milliarden Mark an Zinsen für nichts und wieder nichts den Finanzkapitalisten zugeschoben werden. Da weiß man, was es heißt, wenn die Bankleute sagen: Wir vermehren das Geld, ohne daß ein Finger dabei schmutzig wird.

Man solle es mit der Schuldenmacherei nicht zu arg treiben, hat derweil Altbundeskanzler Erhard erklärt, das führe sonst zur Währungsreform. Der Mann hat darin Erfahrung, hat er doch wesentlich mitgeholfen, schon einmal die Volksmassen durch eine Währungsreform um ihre Ersparnisse zu betrügen.

Denn in nichts anderem besteht eine Währungsreform: Die Sparkonten der Lohnabhängigen werden zugunsten der Kapitalisten enteignet, wofür diese dem Staat an seinen Schulden nachlassen, derweil die Produktionsmittel fest in den Händen der Kapitalistenklasse bleiben. Von dem schweren Weg wolle er abraten, meinte Erhard. Da hat er recht, denn heuer würde das mehr Ärger geben als zu seiner Zeit.

Dieser Weg läßt sich aber auch leicht vermeiden, und die Lösung ist im Prinzip nicht schwer. Sie besteht in der ersatzlosen Streichung der Staatsschuld, einschließlich Zins und Zinseszins.

Weder die Bundesregierung noch irgendeine der im Bundestag vertretenen Parteien ist auf diese einfache Idee gekommen oder wird je diesen Vorschlag machen. Ihnen allen ist ihre Kreditwürdigkeit beim Finanzkapital wichtiger als ihr Kredit im Volk. – (e.r.)

Fortsetzung von Seite 1

Allianz der Niedertracht

Für die Volksmassen dagegen ist geplant, den Arzt, zu dem man notgedrungen gehen muß, in einen Polizeiwachtmeister zu verwandeln, der dem staatlichen Überwachungsapparat eng verbunden ist.

Der Charakter dieses Stücks "Strafrechtsreform" ist hundsföttisch und hinterlistig.

Die bürgerliche Reaktion hat sich durchgesetzt und die Vorlage der SPD/FDP-Koalition atmet entschieden den Hauch der bayrischen Staatskanzlei.

Wenn die bürgerliche Reaktion trotzdem noch herummäkelt, so tut sie das, um den Widerstand im Volk zu ersticken und in die Irre zu leiten und natürlich, um eine Durchsetzung eines solchen Gesetzes in der Praxis ideologisch vorzubereiten.

Daran hat es der bürgerlichen Reaktion bislang gehapert. Sie werden sagen, der neue Entwurf hat viele Lücken; er muß wenigstens entschieden angewendet werden. Der neue Paragraf soll eine "Gesetzeswirklichkeit" haben, die die alte Anwendungspraxis dieses Strafgesetzes in den Schatten stellt.

Das wird dann vielleicht zur Befriedigung von Julius Kardinal Döpfner, Erzbischof von München und Freising, beitragen. Offenbar findet die Pfaffenseele keine Ruh, bevor nicht Gottes Wille mit dem Polizeiknüppel durchgesetzt wird.

In Sachen "Reform des 218" hat sich eine Eintracht der Niedertracht herausgebildet, die folgendermaßen zusammengesetzt ist:

Die SPD/FDP-Koalition hat sich in allen sachlichen Fragen der bürgerlichen Reaktion unterworfen. Das hat sie getan, um der Kapitalistenklasse zu beweisen, daß sie die Massen nicht nur ausplündern kann. sondern auch treten. Die bürgerliche Reaktion ist weit entfernt, den Schmidt und den Genscher jetzt als Hüter der bürgerlichen Verfassung anzuerkennen. Sie schreit: "Nicht genug, nicht **ernsthaft** genug!" Sie will erst wirklichen Polizeidruck sehen, sie will es endgültig klargestellt haben, daß der Wille der Massen vor dieser Verfassung einen Dreck gilt, der vom Parlament und vom Staatsapparat weggekehrt werden muß.

Die Gewerkschaftsspitzen, von denen in Augen der bürgerlichen Öffentlichkeit die einzige Gefahr für dieses Lumpenstück ausgehen könnte, sind schon gebrochen. Sozialdemokraten, wie sie sind, scheuen sie die Auseinandersetzung mit den Feinden der Arbeiterbewegung und halten still, bis ihnen ein Weg eingefallen ist, der Versöhnung verspricht. Man kann erwarten, daß sie der Arbeiterbewegung vorschlagen, zu warten, bis der Benda, Pfeiler der Reaktion im Bundesverfassungsgericht, stirbt, und inzwischen sich damit zu beschäftigen, die Sozialdemokratie zu verstärken, so daß dann später vielleicht ...

Indessen hat die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" schon vor längerer Zeit, als nämlich die Jusos diese großartige Perspektive verbreiteten, bemerkt, daß die bürgerlichen Jura-Fakultäten einen Rechtsgelahrten, der für das hohe Amt fachlich geeignet, aber trotzdem bereit, was Fortschrittliches zu tun, nicht hervorbringen wird. Recht hat die FAZ, so einer wird nicht Richter, sondern berufsverboten.

Es steht die Frage, muß die Arbeiterbewegung, müssen die Volksmassen vor dieser Allianz der Niedertracht kapitulieren?

Verschiedenste politische Organisationen, die sich auf die Interessen der Arbeiterklasse berufen, deuten an, das müsse man. Der Versuch, die Interessen der Arbeiterklasse gegenüber dieser Allianz zur Geltung zu bringen, sei sogar schädlich, weil illusionär, weil unvermeidlich zur Niederlage und damit zur Resignation führend. Richtig sei dagegen, sich in gemeinsamem Leiden zusammenzuschließen und einmal jährlich gemeinsam zum Ausdruck zu bringen, daß diese Leiden groß wären.

Diese Haltung wird von vielen politischen Organisationen eingenommen. Über das Strafgesetz jammern, aber nichts dagegen tun.

Diese Haltung teilen wir nicht. Sie entspricht auch nicht den Tatsachen des Klassenkampfes, sondern ist eine wahre Illusion.

Die bürgerliche Reaktion hat diese Illusion nicht, sondern hängt folgendem Wunschtraum nach: der Gesetzentwurf so durch und womöglich ohne weiteren Widerstand. Dann der Paragraf als Kampfmittel eingesetzt. Der Staatsapparat vollständig geschlossen, einheitlich und menschrechtlich bevollmächtigt.

Die Massen dagegen einzeln, als Sünder, die hintenrum um eine Abtreibung betteln gehen, moralisch gebrochen und von bürgerlichen Moralhalodris mit Füßen getreten, bloß weil sie nicht wissen, wie sie das Kind großziehen sollen.

Das ganze noch ausgestattet mit einem sozialpädagogisch geschulten Berater. Der rechnet der Arbeiterfrau vor, daß das Haushaltsgeld bei sparsamer Wirtschaft unbedingt reicht und sie bloß eine Schlampe ist, die nicht wirtschaften kann. Und der Alte ein Verschwender, der sich nicht einschränken kann. Dann ein gerichtlicher Nachweis, daß die Aufzucht eines Kindes leicht möglich gewesen wäre. Dann eine Verurteilung wegen menschenwidrigen Verhaltens aus ganz niedrigen Motiven. Alles gegen einzelne, aber selbstverständlich auf Einschüchterung und Demütigung der Massen berechnet.

So stellt sich die bürgerliche Reaktion den Kampf mit diesem Paragrafen vor. So braucht es aber überhaupt nicht zu laufen und so wird es auch nicht laufen.

Die Leser unserer Zeitung wissen, und viele andere wissen es auch, daß die Komitees und Initiativen gegen den § 218 in ein paar Monaten schon mehr als eine halbe Million Unterschriften zur Unterstützung der Forderungen "Weg mit dem Paragrafen 218", "Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts", "Das Volk selber soll entscheiden" "Volksentscheid gegen den § 218" sammeln konnten. Und daß es gelang, obzwar **keine** politische Organisation außer dem Kommunistischen Bund Westdeutschland dieses unterstützte, 25 000 Menschen in einer Demonstration zusammenzufassen.

Niemand darf glauben, die Bewegung gegen den § 218 sei handlungsunfähig. Sie kann die reaktionäre Allianz der Niedertracht bekämpfen und sie tut es auch.

Der bürgerliche Staatsapparat beginnt vorsichtig, die Zügel anzuziehen. Es werden mehr und mehr Fälle bekannt von Anwendung dieses Strafgesetzes. Wer glaubt, dieses könnte der bürgerliche Staatsapparat in aller Stille und ohne Widerstand und solidarischen Kampf zu spüren bekommen betreiben, der macht sich in der Tat Illusionen darüber, was die Massen bereit sind, sich gefallen zu lassen.

Es kann so werden, daß eine jede Anwendung dieses Paragrafen zu einem politischen Risiko für den bürgerlichen Staatsapparat wird. So muß es auch werden, das ist die beste Vorbereitung für die Massendemonstrationen, die zum Zeitpunkt der Lesung dieses Gesetzes nach unserer Meinung in den einzelnen Orten möglich sind und durchgeführt werden müssen.

Exakt zwei Möglichkeiten hat die Arbeiterbewegung, haben die Volksmassen gegenüber der bürgerlich reaktionären Allianz der Niedertracht:

Entweder Kuschen, dann wird die bürgerliche Reaktion den Kampf in der Anwendung des Paragrafen 218 führen, auf deutsch, sie wird einzelne im Räderwerk ihrer Bürokratie vermahlen, um alle zu terrorisieren, oder Kampf gegen den Paragrafen 218, und dann ist lange nicht aller Tage Abend, die Möglichkeiten der Bewegung gegen den § 218 sind lange nicht erschöpft. Man müßte schon eine schöne Knechtsseele sein, wenn einem da die Wahl schwerfallen soll. – (mf)

Forts. von S. 1

Hinrichtung spanischer Revolutionäre

Die Volksmassen in Spanien setzen ihren Kampf zum Sturz des Franco-Regimes fort. Ihnen bleibt kein anderer Weg. Jede Hoffnung auf parlamentarische und diplomatische Manöver wird ihnen von den blutigen Statthaltern der besitzenden Klassen in Spanien immer wieder ausgetrieben. Diesem Kampf der spanischen Volksmassen gilt die Solidarität der Völker Europas, die ganz und gar verschieden ist von der Allianz der Scheinheiligkeit unter den bürgerlichen Politikern.

Unter dem Druck dieser Solidarität hat der Europäische Gewerkschaftsbund für den 2. Oktober zu Protesten aufgerufen. Der DGB hat für Westdeutschland zu einem zweiminütigen Solidaritätsstreik aufgerufen. Die IG-Metall-Vertreterversammlung in Heidelberg hat beschlossen, daß in allen Betrieben der Stadt für eine Viertelstunde die Maschinen stillstehen werden. Die Arbeiter zeigen gegenüber den Ausbeutern im eigenen Land, daß sie die grenzenlose Unterdrückung nicht hinnehmen werden.

Jose Umberto Baena Alonso, Ramon Garcia Sanz und Jose Sanchez Bravo Sollas von der FRAP sowie Angel Otaegui und Juan Paredes Manot von der baskischen revolutionären Organisation ETA sind erschossen. Weitere Urteile und Hinrichtungen sind angekündigt. Noch haben die Henker des Volkes in Spanien die Oberhand. Aber: **"Das Volk und die Solidarität unter allen Völkern werden es sein, die das letzte Wort haben werden."** Das schrieb der junge Baske Juan Paredes Manot in seinem Abschiedsbrief in der Nacht vor der Hinrichtung: **"Lang lebe die Solidarität unter den unterdrückten Völkern! Heimat oder Tod!"** – (wm)

Arbeitszeitverlängerung geplant

Das bayerische Finanzministerium läßt zur Zeit überprüfen, wieviel Lohn das Land Bayern einsparen kann, wenn es die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst dazu zwingt, mehr Arbeitskraft auszugeben und 42 statt 40 Stunden zu arbeiten. Das Ministerium betreibt seine Untersuchung im Auftrag des Kabinetts. Mit anderen Bundesländern will Bayern in Verbindung treten, "um zu klären, ob dort ähnliche Überlegungen angestellt werden". (Nach: Süddeutsche Zeitung, 24. September)

Bundeswehrgeneral Gast der südafrikanischen Kolonialarmee

Der Bundeswehrgeneral Günther Rall, Vertreter der Bundesrepublik im NATO-Militärausschuß, hat das Rassistenregime in Südafrika besucht und dort u.a. die Kernforschungsanlage Pelindaba besichtigt. Entgegen den Darstellungen der Bundesregierung, wonach Rall ohne dienstlichen Auftrag, als Privatmann, reiste, hat der Botschafter Südafrikas in der BRD in einem vertraulichen Schreiben geäußert: "In Wahrheit war er Gast der südafrikanischen Streitkräfte", und Minister Leber habe dazu "seinen Segen" gegeben. Fest steht inzwischen, daß die Flugkosten der "Privatreise" für Rall und Ehefrau von Südafrika bezahlt worden sind. Entweder lügt also der Verteidigungsminister, wenn er behauptet, nichts von der Reise gewußt zu haben, oder der General ist korrupt. Vielleicht auch beides. (Nach: Frankfurter Rundschau, 30. September)

Die Kranken sollen zuzahlen

"Eingriffe in das Leistungsrecht der Krankenversicherung (werden) nicht ausgeschlossen." Das berichtet die "Welt" am 30. September über Beratungen, die in den SPD- und FDP-Fraktionen angestellt werden. Der Zuschuß zum Zahnersatz soll danach auf 80 Prozent des Rechnungsbetrages heruntergesetzt werden; die Rezeptgebühr von jetzt maximal 2,50 DM auf 4 DM erhöht werden und bestimmte Medikamente sollen nicht mehr auf Krankenschein verordnet werden dürfen. Ungeklärt ist noch, ob auch bei den Krankenhauskosten zugezahlt werden soll durch die Versicherten. Der Angriff auf die Rechte der Lohnabhängigen geht weiter.

Proteste und Demonstrationen

Nieder mit dem Franco-Regime! Solidarität mit dem spanischen Volk!

Die Hinrichtung der fünf spanischen Freiheitskämpfer Angel Otaegui, Juan Paredes Manot, Jose Sanchez Bravo Sollas, Ramon Garcia Sanz und Jose Umberto Baena Alonso hat in der ganzen Welt breite Protest- und Solidaritätsaktionen der Volksmassen mit dem Kampf der Völker Spaniens gegen das faschistische Franco-Regime hervorgerufen.

In vielen Städten Westdeutschlands haben Demonstrationen und Kundgebungen stattgefunden und finden statt, zu denen örtliche Aktionseinheiten aufrufen. Die Ortsgruppen des KBW und die befreundeten Organisationen des KBW sind daran beteiligt und unterstützen die Aktionen, die dem Protest gegen die Todesurteile und der Solidarität mit dem Kampf des spanischen Volkes Ausdruck verleihen. Im folgenden ein Überblick über Protestaktionen in verschiedenen Städten Westdeutschlands und in anderen europäischen Ländern:

Braunschweig: An einer Demonstration beteiligten sich 100 Menschen.

Bremen: An einer Demonstration am Samstag, dem 27.9., beteiligten sich 200 Menschen.

Darmstadt: 120 Menschen beteiligten sich an einer Demonstration. Auf einer Kundgebung wurde unter anderem eine Grußadresse der Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas (FDLP) verlesen.

Düsseldorf: Am Donnerstag, Freitag und Samstag wurden Protestaktionen in der Stadt durchgeführt, an denen sich jeweils 50 Menschen beteiligten.

Frankfurt: Die Kreis-Frauendelegiertenkonferenz der ÖTV protestiert mit einer Resolution "entschieden gegen die Todesurteile und die Folterjustiz in Spanien und erklärt ihre Solidarität mit dem Kampf des spanischen Volkes gegen den Franco-Faschismus".

Die GEW-Obleuteversammlung von zirka 60 Schulen fordert in einer Erklärung: "Keine Todesstrafen in Spanien".

Am Freitag, dem 26.9. wurde abends auf Initiative des Spanienkomitees und des KBW eine Demonstration mit Fackeln zum spanischen Konsulat durchgeführt. Erreicht wurde, daß sich daran auch die Teilnehmer einer Portugal-Veranstaltung beteiligten, so daß vor dem Konsulat eine Kundgebung mit 2 000 Menschen durchgeführt werden konnte. Anschließend beteiligte sich die Demonstration an der Besetzung der Paulskirche, die nachts gegen 1 Uhr durch massiven Polizeieinsatz wieder geräumt wurde. 50 Teilnehmer wurden verhaftet. Am Samstag, 27.9., fand erneut eine Demonstration zum spanischen Konsulat statt, an der sich zeitweise 4 bis 5 000 Menschen beteiligten. An der Kundgebung nahmen 2 500 Menschen teil.

Freiburg: Rund 600 Menschen beteiligten sich am Samstag, 27.9., an einer Demonstration. Auf der Kundgebung wurde unter anderem ein Telegramm an die spanische Botschaft verlesen, das auf Initiative einer Personalrätin aus dem öffentlichen Dienst , u. a. fünf Betriebs- und Personalräte und fünf Mitglieder der IGM-Vertreterversammlung unterschrieben hatten.

Gießen: An einer Demonstration mit mehreren Zwischenkundgebungen beteiligten sich am Samstag, 27.9., über 160 Menschen.

Hamburg. Im Anschluß an eine vom Spanienkomitee durchgeführte Kundgebung, zu der auch die Ortsgruppe des KBW aufgerufen hatte, marschierte ein Demonstrationszug von 800 Menschen zum Sammelpunkt einer vom KB (Nord) veranstalteten Portugaldemonstration. Von den insgesamt 1 900 Teilnehmern beider Demonstrationen wurden viele Transparente gegen den Franco-Faschismus mitgeführt und in Parolen die Solidarität mit dem spanischen Volk ausgedrückt.

Heidelberg: Am Freitag, dem 27.9. beteiligten sich 400 Menschen an einer Kundgebung. In der Nacht, als die Vollstreckung der Todesurteile bekannt wurde, bildete sich ein Demonstrationszug von 600 Menschen. Symbolisch wurde eine Franco-Puppe verbrannt. Der Oberbürgermeister Zundel, der am nächsten Morgen den "Heidelberger Herbst" – ein Altstadt-Fest, an dem mehrere 10 000 Menschen teilnahmen – eröffnen wollte, wurde von der kommunistischen Stadträtin H. Rosenbaum aufgefordert, eine Protesterklärung zu verlesen. OB Zundel, der dazu nicht bereit war, ließ Polizei aufmarschieren, um zu verhindern, daß die Stadträtin Rosenbaum die Erklärung verlas. Sie hatte sich dazu bereiterklärt. Das konnte die Polizei aber nicht verhindern.

Kassel: Samstagabend spontane gemeinsame Demonstration mit Spaniern, zirka 100 Menschen nahmen teil. Zum Abschluß wurde die Internationale gesungen.

Mainz: Zu einer Solidaritätsveranstaltung mit dem Kampf des spanischen Volkes kamen am Freitagabend 140 Menschen, darunter viele spanische Kollegen. Aus der Versammlung heraus wurde ein Fackelzug durchgeführt, an dem sich 200 Menschen beteiligten. 100 Mainzer nahmen am nächsten Tag an der Demonstration in Wiesbaden teil.

Mannheim: Am Samstag demonstrierten 300 Menschen, darunter viele spanische Kollegen, in der Innenstadt.

München: Wenige Stunden nach Vollstreckung der Todesurteile fanden in der Fußgängerzone Protestumzüge statt, die für eine Demonstration am Nachmittag mobilisierten. Daran beteiligten sich 1 000 Menschen. Während der Kundgebung wurde eine Strohpuppe verbrannt, die Franco darstellte.

Nürnberg: Aus einer Portugal-Veranstaltung heraus bildete sich am Freitagabend ein Protestzug von 400 Menschen, der durch die Innenstadt demonstrierte.

Osnabrück: Am Samstagmorgen führte die Ortsgruppe des KBW zusammen mit spanischen und portugiesischen Kollegen eine Standagitation durch. Die Polizei ging dagegen vor, weil die Stände nicht genehmigt gewesen seien.

Pforzheim: Auf dem Marktplatz protestierten am Freitag, 26.9., rund 100 Menschen, darunter viele Spanier, gegen die Todesurteile in Spanien. Die Vertreter von SPD, DKP und DGB waren zu einer Aktionseinheit nicht bereit und lehnten die Unterstützung der spanischen Kollegen ab, weil auch die Sympathisantengruppe des KBW die Aktionen der spanischen Kollegen unterstützte. Eine DKP-Vertreterin drohte einem spanischen Kollegen deshalb sogar einen Gewerkschaftsausschluß an.

Rüsselsheim: Die Vollversammlung der Vertrauensleute von Opel hat am 26.9. mit großer Mehrheit eine Resolution angenommen, in der es unter anderem heißt: "Gegenwärtig sind in Spanien elf antifaschistische Freiheitskämpfer von dortigen Militärgerichten zum Tode verurteilt. Ihr Kampf gilt der blutigen Diktatur durch das Franco-Regime, das seit 1939 für das spanische Volk schärfste Ausbeutung und Unterdrückung, die Entsagung jeglicher Freiheiten wie Versammlungsfreiheit, Meinungsfreiheit und Freiheit der gewerkschaftlichen Betätigung bedeutet. Damit hat sich das spanische Volk niemals abgefunden. (...) Nur der entschlossene Kampf des spanischen Volkes, unterstützt von der breitesten internationalen Solidarität, kann die elf Freiheitskämpfer jetzt noch retten! (...)" Die Vertrauensleute-Vollversammlung unterstützt den Kampf des spanischen Volkes, sie fordert: "Keine Todesstrafen für die angeklagten Antifaschisten!" Außerdem fordert sie, die Resolution am 15. Oktober auf der Betriebsversammlung für deutsche und ausländische Kollegen zu verlesen. Für den 4.10. ist ein Fackelzug geplant.

Wiesbaden: 400 Menschen beteiligten sich am Samstagabend an einem Fackelzug durch die Stadt

Westberlin: Auf Vorschlag des Komitees "Freiheit für Spanien" fand am Freitag, 26.9., abends aus einer Portugal-Veranstaltung heraus eine Demonstration statt, an der sich 1 500 Menschen beteiligten. Am Samstagmorgen wurden vor der Gedächtniskirche Lieder des spanischen Widerstandes vorgetragen, über den Kampf des spanischen Volkes wurde berichtet, die Theatergruppe Kreuzberg stellte Szenen aus spanischen Gefängnissen dar. Zu einer kurzfristigen Besetzung der Kirche kam es am Nachmittag. Im Bezirk Wedding fand gleichzeitig eine Portugal-Demonstration statt, an der sich u. a. das Komitee "Freiheit für Spanien" und die Ortsgruppe des Kommunistischen Bundes Westdeutschland unter der Fahne der Spanischen Republik in einem Block beteiligten.

Internationale Proteste gegen die Vollstreckung der Todesurteile

Albanien: Der albanische Nachrichtendienst meldete schon am 21.9.1975: "Das ganze albanische Volk verurteilt auf das schärfste die faschistischen Verbrechen des diktatorischen Franco-Regimes und solidarisiert sich vollkommen mit dem gerechten, mutigen und entschlossenen Kampf der revolutionären spanischen Patrioten, der marxistisch-leninistischen kommunistischen Kämpfer gegen dieses Regime. Während einer Veranstaltung in Elbasan drückte das arbeitende Volk seine Solidarität mit dem gerechten Kampf des spanischen Volkes für Freiheit aus." (aus: Albanian Telegraphic Agency, 21.9.1975)

Belgien: 2 000 Menschen zogen am Samstag, 27.9., vor die spanische Botschaft in Brüssel und versuchten, das Gebäude zu besetzen.

Frankreich: In den meisten Städten fanden Demonstrationen und Kundgebungen statt. Die Docker in Marseille beschlossen, keine Schiffe von und nach Spanien zu be- oder entladen. Unter anderem demonstrierten in Orleans 1 500, in Clermont-Ferrand 2 000, in Toulouse 1 500, in Montpellier 1 500, in Bordeaux 1 000, in Marseille 3 000 Personen. In allen Städten, in denen sich Einrichtungen des spanischen Staates befanden, waren sie jeweils Ziel der Demonstration. Mit der Polizei kam es dabei häufig zu schweren Auseinandersetzungen. In Paris demonstrierten am 27.9. über 10 000 Menschen. Die Polizei provozierte die Demonstranten. Die Auseinandersetzungen zogen sich bis drei Uhr nachts hin.

Griechenland: Vor der spanischen Botschaft in Athen wurden am Samstag, 27.9., von mehreren hundert Demonstranten baskische Fahnen gehißt. In Saloniki demonstrierten mehrere tausend am Sonntag, 28.9.

Großbritannien: 500 Menschen versuchten am Samstag, 27.9., in die spanische Botschaft einzudringen.

Italien: Zwei große Demonstrationen haben am Samstag, 27.9., in Rom stattgefunden. An der einen beteiligten sich über 50 000 und an der gleichzeitig stattfindenden zweiten Demonstration beteiligten sich über 20 000 Menschen.

Niederlande: 15 000 Menschen beteiligten sich an einer Kundgebung, auf der Vertreter der Regierung, u. a. der Ministerpräsident, gegen den Faschismus in Spanien Stellung nahmen.

Österreich: Demonstranten gelang es, in die spanische Botschaft in Wien einzudringen und Parolen gegen den Franco-Faschismus an die Wände zu schreiben.

Schweden: Am Samstag, 27.9., demonstrierten 10 000 Menschen in Stockholm. Spanische Fahnen wurden verbrannt.

Schweiz: Zahlreiche Demonstrationen fanden am Samstag und Sonntag statt. In Basel wurde das spanische Konsulat besetzt. 5 000 demonstrierten in Genf. Mit der Polizei, die die Demonstranten zu hindern suchte, zum spanischen Konsulat zu ziehen, kam es zu schweren Auseinandersetzungen.

Portugal

„Das Radio gehört dem Volk und nicht dem Kapital!"

Der folgende Bericht über Aktionen der Lissaboner Arbeiter und breiter Teile des Volkes gegen die Besetzung der Rundfunksender durch Militär wurde uns unmittelbar vor Redaktionsschluß übermittelt. Wir halten den Bericht für aufschlußreich zum Verständnis der Klassenkämpfe in Portugal und die Vorgänge für wichtig genug, um den Bericht weitgehend ungekürzt zu veröffentlichen. Unsere Leser bitten wir für die ungewöhnliche Aufteilung auf verschiedene Seiten um Verständnis. – Red.

Montag morgen um 8 Uhr wurden die staatlichen Rundfunkanstalten und das Fernsehen von Truppen besetzt. Der Befehl ging von der Regierung aus. Diese Maßnahme ergriff die Regierung unter Bezug auf die Unruhe in der Armee und die Zerstörung der spanischen Botschaft. Die Fernsehanstalten und die Radiosender hätten in diesem Zusammenhang "eine provokatorische Kampagne der Aufwiegelung zu aufrührerischen Handlungen lanciert, die die Untergrabung der Stützen der Ordnung und Disziplin, vor allem in den Streitkräften, der moralischen Stütze der Nation" zum Ziel habe.

Die FUR, ein Zusammenschluß mehrerer linker Organisationen, organisierte um 12 Uhr eine Demonstration, die zum Radio Renascenca zog. Derweil mobilisierten verschiedene Organisationen, vor allem die UDP, die Arbeiterkommissionen und Einwohnerkommissionen in den Betrieben. Die FUR hatte die Arbeiter zur Niederlegung der Arbeit aufgerufen, was aber nur teilweise befolgt wurde. Die weiteren Kämpfe dieses Tages wurden gemeinsam von der UDP und dem Sekretariat der FUR geleitet.

dem Sekretariat der FUR geleitet.

Belagerung von Radio Renascenca

Ein Demonstrationszug von ca. 4 000 Menschen bewegte sich um 13 Uhr zum Gebäude von Radio Renascenca, das von Arbeitern betrieben wird. Das Gebäude selbst war von Soldaten in voller Ausrüstung besetzt.

Ich wollte als ausländischer Journalist mit den Genossen von Radio Renascenca reden, wurde aber vom befehlshabenden Offizier zurückgewiesen. So erging es auch anderen ausländischen Journalisten. Die ganze Aktion zeichnete sich im übrigen dadurch aus, daß die Öffentlichkeit immer erst nach Durchführung der Regierungsbeschlüsse informiert wurde. Der Beschluß der Regierung blieb solange geheim, bis die Informationsorgane militärisch gesichert waren.

Die Regierungserklärung wurde von einem Offizier dann in Radio Renascenca verlesen, weil die Belegschaft sich weigerte, das zu tun.

Vor Radio Renascenca wurde über Lautsprecher bekannt gegeben, daß um 16 Uhr General Carvalho und der Informationsminister mit den Delegierten der Informationsorgane eine Sitzung haben. Alle wurden aufgefordert, vor dem Informationsministerium um diese Zeit Stellung zu beziehen.

Vor Radio Renascenca spielte sich dann folgendes ab: Über Lautsprecher wird bekannt gegeben: "Wir informieren jetzt, daß die Soldaten, die in Radio Renascenca sind, gerade eine Versammlung abhalten, um ihre Entscheidung zu treffen." Die Demonstranten riefen die Parole: "Soldaten, immer, immer auf der Seite des Volkes!" Der Lautsprecher der Demonstrationsleitung: "Wir müssen hier vor Radio Renascenca bleiben, denn es sollen Truppenverstärkungen kommen und wir wissen noch nicht, welche Truppen das sind. Bildet Ketten, Genossen und seid wachsam, die Truppen kommen nicht durch. Genossen, es spricht jetzt ein Genosse der UDP."

"Genossen, wir erleben eine reaktionäre Offensive, wir müssen jetzt sofort eine Antwort durch das Volk geben, um unsere Errungenschaften zu verteidigen. Unsere Genossen befinden sich im Augenblick in allen Orten der Stadt, in den Fabriken und den Stadtteilen, um dort Vollversammlungen zu organisieren mit dem Ziel, daß alle Arbeiter sich hier vor Radio Renascenca versammeln." Die Menge ruft: "Vereint werden wir siegen!" Die Soldaten teilen jetzt ihre Entscheidung mit: "Wir hier anwesenden Soldaten in Radio Renascenca sind solidarisch mit den Arbeitern dieser Anstalt." Jubel in der Menge.

Ein Soldat fährt fort: "Wir sind solidarisch mit dem ganzen arbeitenden Volk und haben weiter entschieden: Volk und haben weiter entschieden: Bis spätestens 16.30 Uhr erwarten wir eine Antwort unseres Befehlshabers. Und sie sollen unserer Forderung entsprechen, daß aus den Radioanstalten wir alle zurückgezogen werden." Parole: "Soldaten, immer, immer auf der Seite des Volkes!" Radio Renascenca nimmt jetzt wieder seine Sendungen auf, die bis dahin gestoppt waren. Man hört revolutionäre Lieder aus den Lautsprechern, aus den 2. Stock wo sich der Senderaum befindet. Die Tausende singen mit, dann wird die Internationale gesungen.

Massenversammlung vor dem Informationsministerium

Währenddessen trifft sich um 16 Uhr im Informationsministerium die Arbeitskommission von Delegierten der Arbeiterkommissionen der Presseorgane und General Carvalho. Ausländische Presse ist nicht zugelassen. Die

Fortsetzung auf S. 7



"Soldaten immer auf der Seite des Volkes!" – Soldatendemonstration in Portugal

RAF-Prozess

Das Gericht entledigt sich der Angeklagten

Im Stammheimer RAF-Prozeß soll nach Willen von Gericht und Bundesanwaltschaft künftig "die Verhandlung in Abwesenheit der Angeklagten fortgesetzt" werden (aus dem Gerichtsbeschluß). Mit diesem Beschluß des Gerichtes auf Antrag des Bundesanwaltschaft, versucht der Justizapparat jetzt endgültig das Ziel zu erreichen, welches er sich von Anfang an gesetzt hatte: Eine Aburteilung der RAF-Mitglieder, ohne daß etwas der RAF-Mitglieder, ohne daß etwas bewiesen werden muß, und ohne daß irgendeine Verteidigung möglich ist. Gezwungen dazu, diesen Schritt jetzt zu tun, welchen auch die bürgerliche Presse mangels jeder Begründbarkeit durch das bürgerliche Recht für ungeschickt hält, wurde das Gericht durch vier medizinische Gutachten. Diese, die gegen den Widerstand des Gerichtes auf Antrag der Verteidiger zustande gekommen waren, bescheinigen den Angeklagten jetzt ihre weitgehende Verhandlungsunfähigkeit.

Nach geltendem Recht bedeutet so etwas, daß ein Prozeß ausgesetzt oder allenfalls äußerst eingeschränkt fortgeführt werden kann. Allerdings hat die Bourgeoisie eigens für solche Fälle den Sonderparagrafen 231 a zu Jahresbeginn in die Strafprozeßordnung eingeführt. Dieser sieht vor, daß weiterverhandelt werden kann, wo die Verhandlungsunfähigkeit durch die Angeklagten vorsätzlich herbeigeführt wurde.

Diesen Sonderparagrafen führen Gericht und Bundesanwaltschaft jetzt ins Feld und können dies freilich nur, indem sie selbst noch über dieses Sonderrecht hinausgehen. Denn die Gutachten halten gerade fest, daß die weitgehende Verhandlungsunfähigkeit der RAF-Mitglieder durch lange Untersuchungshaft und "soziale Isolation" wesentlich verursacht ist.

Kein Wunder, daß der Richter Prinzing und die Bundesanwaltschaft diese Gutachten unterdrücken wollen, se Gutachten unterdrücken wollen, und die Behauptung, der Hungerstreik sei an der zerstörten Gesundheit der Häftlinge schuld aufgestellt haben. Denn die Gutachten machen klar, daß der Justizapparat zur Isolationsfolter greift, daß dieser Justizapparat die Verantwortung für die zerstörte Gesundheit der Häftlinge trägt und zu erinnern ist da auch an den Tod von Holger Meins.

Um alle diese Wahrheiten weiterhin zu unterdrücken, hat das Gericht die Gutachten nicht in die Verhandlung eingeführt, sondern daraus nur zitiert, was ihm paßte und dabei noch Zitate verfälscht.

Dabei haben an dieser Entscheidung offensichtlich die höchsten Staatsspitzen mitgewirkt. Der Antrag der Bundesanwaltschaft, daß unter Ausschluß der Angeklagten verhandelt werden solle, war vom Generalbundesanwalt Buback unterzeichnet, der ansonsten in diesem Prozeß nicht auftritt und seine Befehle vom Innenminister Maihofer entgegennimmt.

Vom Richter Prinzing weiß man, daß er eigens für diesen Prozeß auf seinen Posten geschoben wurde und auch er wird nicht mehr als einen Befehl entgegengenommen haben.

Der Staatsapparat hat so deutlich ausgedrückt, was bezüglich der Behandlung von Revolutionären und politischen Gefangenen in seinen Gefängnissen Rechtsnorm werden soll: Die Rechtlosigkeit der Gefangenen im Gefängnis und vor Gericht. im Gefängnis und vor Gericht.

Will so die Justiz ohne die Angeklagten weiterverhandeln, so soll auch die Isolationshaft fortgeführt und eine Behandlung der Gefangenen verhindert werden, obwohl dies von allen Gutachtern gefordert wird. Voraussetzung der Behandlung wäre aber, so stellen die Gutachter fest, daß die "für den modernen Vollzug völlig ungewöhnlichen Haftbedingungen" (Gutachten Rasch) aufgehoben würden, "eine Aufhebung der sozialen Isolation" (Gutachten Müller/Schröder).

Am Montag gab das Gericht den Häftlingen bekannt, es bliebe dabei, daß sie sich untereinander besuchen dürften. Im Klartext: Sie bleiben vom gesamten Anstaltsleben wie bisher isoliert.

Ganz offensichtlich: Die spanischen Militärgerichte haben der westdeutschen Justiz Mut gemacht. Jetzt will sie diese noch übertrumpfen, indem auch der Form nach auf die Anwesenheit der Angeklagten verzichtet wird. – (e.r.)

Die Ergebnisse des Bürgerschaftswahlkampfes in Bremen

In Bremen und Bremerhaven wurde die neue Bürgerschaft gewählt. Kandidiert haben die SPD, die CDU, die FDP, DKP, NPD, eine "Partei freie Bürger", der KBW, sodann die Gruppe Rote Fahne unter dem Namen KPD, eine Gruppe namens Spartacusbund und die "Europäische Arbeiterpartei".

CDU, SPD und FDP haben zusammen über 95 % aller Stimmen erhalten. Sie allein werden in der Bürgerschaft vertreten sein. Innerhalb dieser Parteien, die für die Beibehaltung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung stehen, haben sich indes Verschiebungen ergeben.

Die SPD hat gegenüber der letzten Bürgerschaftswahl 34 700 Wähler verloren, das sind fast 7 % der Stimmen. Sie bleibt damit weiterhin stärkste Partei und hält die absolute Mehrheit im Parlament. Die SPD hat die hoch organisierte Arbeiterschaft Bremens im großen und ganzen halten können. Das ist ihr gelungen, obschon mitten in den Wahlkampf das Programm der Bundesregierung platzte, an den Volksmassen zu sparen.

Die Schwäche der Sozialdemokratie bei diesen Wahlen resultiert hauptsächlich aus dem Verlust der Mittelklasse und der besser verdienenden Lohnabhängigen, die in den Zeiten des versprochenen Reformfrühlings von der SPD gewonnen werden konnten. Diese Wähler gingen verloren an die CDU, die als Partei der offen bürgerlichen Reaktion, der Beschneidung der Rechte und Kürzung des Lohns der Arbeiter, als Partei des Angriffs auf die Arbeiterbewegung gewertet werden kann. Sie gingen auch verloren an die FDP, die bedeutende Zugewinne machen konnte und den Angriff auf die Arbeiterbewegung in den Mantel mäßigender Liberalität kleidet.

Im bürgerlichen Lager ist vor allem die SPD aufgeschreckt. Koschnick versucht, seine Truppe zusammenzuhalten, indem er Blut und Tränen und Opfer redet. Das kann er machen, weil er weiß, daß die Arbeiter nicht zur Reaktion geben. So versucht er die Partei weiter nach rechts zu trimmen, um sie dem Bürgertum und dem bürgerlichen Empfinden des Mittelstandes noch gefälliger zu machen. Er versucht herauszustellen, daß der Kampf der Arbeiter den Arbeitern geschadet hat, weswegen damit Schluß sein müsse und die Arbeiter – wenn es wieder besser werden soll – ganz seine Tanzbären werden müßten.

Die kommunistische Bewegung vermochte nicht, den Arbeitermassen eine Alternative darzustellen. Entstellt vom Revisionismus, der weiter im Gewand einer Deutschen Kommunistischen Partei auftritt, zersplittert und uneins war das auch nicht anders zu erwarten.

So war jeder, der sich mit Politik befaßt, überrascht, daß die DKP unter der Devise "Die linke Kraft in die Bürgerschaft" angetreten war, aus aller Herren Länder Wahlhelfer nach Bremen beordert hatte und in der eigenen Mitgliedschaft die Hoffnung ausstreute, in Bremen könne auf Kosten der Arbeiterklasse ein Stück parlamentarischer Reputierlichkeit erreicht werden. Die DKP hat nicht gewonnen, sie hat verloren: ein Drittel der Stimmen von vor vier Jahren, absolut vierteinhalbtausend. Es wird ziemlich deutlich, daß mit der revisionistischen Parteigründung im Jahre 1968 nur ganz vorübergehend eine gewisse Erfolgsaussicht verbunden war.

Gleichwohl, die 9 000 Stimmen müssen als Stimmen für den Sozialismus gewertet werden, denn so waren sie gemeint, obwohl schon die pure Existenz dieser Partei geeignet ist, den Sozialismus in Mißkredit zu bringen. Die DKP hat für ihren Mißerfolg den "Antikommunismus" verantwortlich gemacht, womit sie die Gefühle meint, die in den arbeitenden Massen ihr selber, ihrer herrschenden Schwesterpartei in der DDR und der neuen herrschenden Bourgeoisklasse in der Sowjetunion entgegengebracht werden.

Als Organisationen, die sich auf den Marxismus-Leninismus berufen, hatten in den Wahlkampf eingegriffen: der Kommunistische Bund Westdeutschland, der in Bremen seit seiner Gründung tätig ist und sich auf eine Vorläuferorganisation, den Kommunistischen Bund Bremen, stützen kann. Sodann die Gruppe Rote Fahne unter dem Namen KPD.

Die Stimmen, die auf beide Organisationen entfallen, muß man als Stimmen für den Wiederaufbau der revolutionären Partei der Arbeiterklasse werten. Diese Stimmen machen mit 3 848 nicht ganz ein Prozent aus.

Zum Verständnis des Ergebnisses trägt bei ein Vergleich der Stimmenanteile zwischen Bremen und Bremerhaven. In Bremerhaven ist die Gruppe Rote Fahne nicht tätig, sondern bloß zur Wahl gelegentlich aufgetaucht. Die Sympathisantengruppe des KBW in Bremerhaven ist noch sehr jung und sehr schwach.

Der KBW erhielt in Bremerhaven 0,15 % gleich 115 Stimmen, und da uns nach aller Erfahrung nur wählt, wer sich von der Richtigkeit unserer Politik aus eigener Erfahrung hat überzeugen können, ist das als ein ordentliches Ergebnis zu werten, das dem Stand unserer Arbeit entspricht.

Die Gruppe Rote Fahne hingegen erhielt in Bremerhaven 0,3 % gleich 230 Stimmen. Für ihre Tätigkeit in Bremerhaven kann sie diese Stimmen nicht erhalten haben, die ist nicht vorhanden. Der Anteil der Stimmen, die sie erhalten hat vermittels des guten Namens, den di Gruppe Rote Fahne sich angeeignet hat, ist also wägbar. Diese Stimmen, die in der Tradition der KPD abgegeben sind, massieren sich naturgemäß in den Arbeitervierteln.

Bezieht man das Ergebnis auf das ganze Land Bremen, dann bleiben zirka 400 Stimmen für die GRF, deren Herkunft ungeklärt ist. Nach unserer Meinung sind diese Stimmen erreicht worden im wesentlichen durch die Aufstellung der Kandidaten Scholz und Würz, beide Betriebsräte auf dem Bremer Vulkan und seit vielen Jahren als entschiedene Kämpfer gegen die Kapitalisten bekannt.

Die Verteilung der 2 424 Stimmen, die der KBW auf sich vereinigen konnte, zeigt deutlich, daß es hauptsächlich die Arbeiterjugend ist, daneben Schüler und Studenten, die uns heute wählen. Dies geht aus der Verteilung der Stimmen hervor. Dies läßt sich auch in Bremen beobachten, wo im Stadtteil Vorderer Osten, in dem die Ortsgruppe seit längerer Zeit mit Jugendlichen im Kampf für ein Jugendzentrum zusammenarbeitete, mit 1,5 % gute Ergebnisse erzielt wurden.

Die Schwäche der revolutionären Organisation besteht heute zum guten Teil darin, daß revolutionäre Arbeiterführer sich noch nicht in großer Zahl herausgebildet haben, daß der Bruch, den der Revisionismus bedeutet, zum größten Teil neu herausbilden müssen. Und das ist ebenso wie die Herausbildung einer Parteiorganisation, der große Arbeitermassen Vertrauen schenken, eine langwierige Aufgabe.

In den Bremer Bürgerschaftswahlkampf haben wir eingegriffen, um den Forderungen Gewicht und Geltung zu verschaffen, die der Arbeiterklasse den revolutionären Zusammenschluß erlauben. Für diese Tätigkeit haben 2 400 uns ihre Stimme gegeben. Das ist nicht schlecht, das ist ein Anfang. So wie wir den Wahlkampf geführt haben, sind das nicht 2 400 tote Papierzettel. Es sind 2 400 Menschen, die die revolutionäre Umwälzung der heutigen Gesellschaft wollen, in die der Reichen herrschen, und die dieses Ziel gerade auch außerhalb des Wahlkampfes vertreten wollen und werden. – (red)

Zum Zehn-Punkte-Arbeitsprogramm der IG Metall

Die Zersplitterung der Kämpfe überwinden!

Der IG-Metall-Hauptvorstand hat auf einer Klausurtagung ein Zehn-Punkte-Arbeitsprogramm beschlossen, das auf die gegenwärtige Lage der Arbeiter eingeht und die Aufgaben der Gewerkschaft für die nächste Zeit festlegt. Das ist das erste Dokument des Hauptvorstandes, in dem er sich mit den konkreten Maßnahmen der Kapitalisten beschäftigt und Maßnahmen der Arbeiter dagegen vorschlägt.

In den letzten Wochen und Monaten haben einzelne Belegschaften oder Abteilungen durch demonstrative Aktionen und Streiks versucht, die Angriffe der Kapitalisten zurückzuschlagen. Kurze Streiks wurden organisiert, um Prämienkürzungen zu verhindern, betriebliche Zulagen zu erhalten, den Druck der Akkordschraube zu mildern. Diese Kämpfe sind noch auf einen Betrieb und einzelne Abteilungen beschränkt.

Die Kapitalisten versuchen den Widerstand der Arbeiter zu brechen, indem sie auf die Spaltung der Arbeiter setzen und diese zu fördern trachten. In einzelnen Abteilungen werden die Leistungszulagen gestrichen, in anderen werden die Taktzeiten verändert, der sogenannte unproduktive Bereich wird zusammengestrichen. Alle Maßnahmen laufen auf das gleiche hinaus: den Lohn zu drücken oder die Arbeitsleistung zu erhöhen, um den Profit zu vergrößern. Entsprechend der scheinbar vereinzelten Maßnahmen der Kapitalisten entwickelt sich der Kampf der Arbeiter zum Schutze ihrer Arbeitskraft zersplittert. Bleiben die Widerstandsaktionen zersplittert, haben es die Kapitalisten leicht, diese zu zerschlagen. Gegen diese Zersplitterung muß die Arbeiterbewegung kämpfen, will sie nicht im Kampf gegen die vermehrte Auspressung der Arbeitskraft gegen die Kapitalisten unterliegen.

Der Kampf der Arbeiter von Mailänder zeigt dies deutlich. Der Kapitalist konnte die erste Streichung an betrieblichen Zulagen durchsetzen. Der zweite Versuch des Lohnraubs von bis zu 350 Mark pro Monat ist gescheitert. Die Belegschaft hat dagegen den Kampf aufgenommen, nach mehreren Tagen Streik hat sie ihn gewonnen. Zu diesem Schritt konnte die Belegschaft kommen, weil alle Metallarbeiter aus Ludwigsburg nicht nur ihre feste Solidarität versichert haben, sondern auch praktisch bewiesen durch Demonstrationen und Streikposten. Die Zersplitterung war überwunden und gegen den Kapitalisten die Einheit hergestellt. Voraussetzung für die Herstellung der Einheit waren auch hier die Gewerkschaft und Forderungen, unter denen die Einheit hergestellt werden konnte.

Der Herstellung der Einheit der Metallarbeiter, um *gemeinsam die Angriffe abzuwehren,* soll auch das Arbeitsprogramm des Hauptvorstandes dienen. Im Punkt 10 dieses Programms wird angekündigt:

"Der Kampf gegen betrieblichen Lohnabbau durch Kürzungen betrieblicher Sozialleistungen, Änderungen der Vorgabe für Leistungslöhner und Abbau der Effektivverdienste.

Der Kampf gegen die Verschlechterung der betrieblichen Arbeitsbedingungen zu Lasten der Gesundheit des Arbeitnehmers, durch Beschleunigung des Arbeitstempos sowie durch Ausschöpfung aller Rationalisierungsreserven. Die Arbeitgeber müssen daran gehindert werden, den Beschäftigungsstand trotz Besserung der Absatzmöglichkeiten niedrig zu halten."

Damit werden die entscheidenden Auswirkungen der Krise auf die Arbeiter benannt, und es wird eine Absichtserklärung abgegeben, dagegen zu kämpfen. Bei dieser richtigen Feststellung wird stehengeblieben. Wie die notwendige Einheit hergestellt werden soll, um diesen Kampf aufzunehmen, darüber ist nichts geschrieben.

Wie soll die Zersplitterung und Spaltung überwunden werden, wie der Zusammenschluß der Arbeiter über den einzelnen Betrieb hinaus betrieben werden, wenn nicht durch Forderungen, die den materiellen Interessen aller Arbeiter entsprechen? Die einzige Kraft, die die Arbeiter haben, ist ihre Solidarität. Ist diese vorhanden, kann keine Macht diese Kraft bändigen. Diese Solidarität herstellen können die Arbeiter, weil sie gleiche Interessen haben, weil sie sich alle gleichermaßen gegen die Angriffe der Kapitalisten verteidigen müssen. Überall drehen die Kapitalisten an der Akkordschraube, bis zum letzten, allen Arbeitern gehen die Überstunden an die Gesundheit, die Schichtarbeit hat überall die gleichen Wirkungen. Deshalb ist eine Einheit zu erreichen unter den Forderungen:

Für die Abschaffung der Akkordarbeit!

Für das Verbot der Überstunden, für den Siebenstundentag!

Für das Verbot der Schichtarbeit!

Der Hauptvorstand der IG Metall stellt fest:

"Unsere arbeitslosen Mitglieder müssen davon überzeugt werden, daß es nötig ist, die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft aufrechtzuerhalten. Ziel ist es, die arbeitslosen Mitglieder an die Organisation zu binden." 300 000 arbeitslose Arbeiter und 30 000 arbeitslose Angestellte gibt es allein in der Metallindustrie. Bei durchschnittlichem Organisationsgrad von 65 Prozent sind über 200 000 Arbeitslose aus der Metallindustrie Mitglieder der IG Metall.

Die Spaltung zwischen den Arbeitern in den Fabriken und den Arbeitslosen überwinden!

Ihre Möglichkeiten, sich am gewerkschaftlichen Leben zu beteiligen, ihre Rechte und Interessen durch die Gewerkschaft gegenüber dem Staat zu vertreten, sind äußerst gering, an den meisten Orten gleich Null. Darüberhinaus hat die IG Metall bis auf einzelne örtliche Initiativen nichts unternommen, um die Arbeitslosen *an die Organisation zu binden.* Auch hier stellt sich die Frage, auf welcher materiellen Grundlage kann die gewerkschaftliche Organisation von Arbeitslosen wirksam werden? Wie können sie ihre *"Rechte und Pflichten in der IG Metall wahrnehmen"*?

Forderungen, die das Schicksal der Arbeitslosen ändern, die es verhindern, daß laufend arbeitslose Kollegen gezwungen sind, sich unter dem üblichen Lohn zu verkaufen, und damit den Lohn insgesamt drücken, werden nicht aufgestellt. Monatlich werden nach Angaben des Bundesarbeitsamtes 200 000 Arbeitslose in die Produktion vermittelt; bei einem wachsenden Arbeitslosenheer heißt das, daß für sie über 200 000 rausgeschmissen werden.

Die Kapitalisten sparen bei diesem Wechsel, sie zahlen weniger Lohn für die neu Eingestellten.

Mit dem Begriff der zumutbaren Arbeit soll erreicht werden, daß die Arbeitslosen noch schärfer als bisher unter die Drohung mit der Streichung des Arbeitslosengeldes gestellt werden, sich unter Preis zu verkaufen. Was nützt den Arbeitslosen eine Gewerkschaft, wenn sie dagegen keine Forderung hat? Wie kann es den unter Arbeit Befindlichen gelingen, die Arbeitslosen davon zu überzeugen, sich nicht unter Wert zu verkaufen, wenn sie die Forderungen nicht erheben, die die Arbeitslosen davor schützen, sich unter Wert verkaufen zu müssen? Appelle an die Arbeitslosen werden nicht viel nützen. Es müssen Forderungen her, die den Zusammenschluß von Arbeitenden und Arbeitslosen bewirken. Gegen den Zwang, sich unter Wert zu verkaufen, muß gefordert werden **mindestens 80 Prozent Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit.** Gegen die Schikanen auf dem Arbeitsamt und die Lohndrückerei durch die Arbeitsamtsvermittlung, gegen die Plünderung der Arbeitslosenversicherung durch die Kapitalisten und den Staat: **Vollständige Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherung durch die Versicherten!**

In dem Zehn-Punkte-Arbeitsprogramm wird gesagt: *"Die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung macht die Arbeitnehmer haftbar für die Beschäftigungskrisen, die von den Unternehmern geschaffen wurden."* Soweit richtig, aber was folgt daraus? Für den Hauptvorstand in seinem Arbeitspapier noch lange nicht, daß die Erhöhung abgelehnt werden muß. Er hat vor, diese Erhöhung zu schlucken. Der Hauptvorstand geht demnach davon aus, daß gegen die Erhöhung nichts zu machen ist. Warum dagegen nichts zu machen sein soll, das verrät er nicht. Der Hauptvorstand geht weiter, indem er sagt: *"Die abhängig Beschäftigten können diese Risiken nicht verhindern, solange ihnen gleichberechtigte Mitbestimmung in der Wirtschaft vorenthalten wird."* Richtig ist, daß die Arbeiter keinen Einfluß auf die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus haben. Solange die Profitmacherei die Triebfeder der Produktion ist, solange gibt es Krisen und Arbeitslosigkeit. Aber auch ein paritätisch besetzter Vorstand wird nichts an den Gesetzen des Kapitalismus ändern können. Sie verschwinden erst, wenn der Kapitalismus beseitigt ist.

Es wäre nur konsequent, wenn der Vorstand feststellt, daß die Beschäftigten die Krisen nicht verschulden, dies vielmehr die Unternehmer tun, auch weiterzugehen und die Frage zu stellen, warum eigentlich sollen dann die Beschäftigten die Prämien für die Arbeitslosenversicherung zahlen? Stellt man sich aber diese Frage, dann kommt man auch leicht auf die Beantwortung: **Bestreitung der Versicherungskosten ausschließlich durch die Kapitalisten!**

In seinen praktischen Konsequenzen hält sich dieses Arbeitsprogramm offen. In der Arbeit der betrieblichen und örtlichen Gewerkschaftskörperschaften müssen diese Konsequenzen aber gezogen werden, um den Anspruch des Zehn-Punkte-Programms zu erfüllen: **Den Angriff gemeinsam abwehren!**

Was hinderte den IG-Metall-Vorstand, die nötigen Konsequenzen zu ziehen?

Loderer sagt in einem begleitenden Kommentar: *"Darüberhinaus versuchen sie* (die Unternehmer) *den Staat und seine Einrichtungen ihren Interessen dienstbar zu machen. Ihr Druck auf die Parteien nimmt zu."* In diesem Kommentar erscheint der Staat als ein Staat der Arbeiter, die den Staat gegenüber den Angriffen der Unternehmer gleich mit verteidigen müssen. Wie aber kann dieser Staat ein Staat der Arbeiter sein, den die Arbeiter zu verteidigen haben, ein Staat, der die Versicherungsbeiträge erhöht, der durch Gerichtsbeschluß Betriebsräte auflöst, weil sie sich am Kampf der Belegschaft beteiligt haben (Seibel in Erwitte), der offen den Lohnraub im öffentlichen Dienst propagiert, dessen Arbeitsämter durch ihre Art der Arbeitsvermittlung sich aktiv an der Lohndrückerei beteiligen, der festgelegt hat, daß nach dem Arbeitsförderungsgesetz Kurzarbeit und Betriebsruhe infolge von Streikauswirkungen nicht durch die Arbeitslosenversicherung bezahlt werden dürfen, dessen Kanzler behauptet, der Leistungsgedanke sei den Arbeitern abhandengekommen? (Nach: Weser Kurier, 12. September) Ist dieser Staat von den Kapitalisten unter Druck gesetzt oder erfüllt er bereitwillig die Geschäfte der Kapitalisten? Ist *der Ausbau des Netzes der sozialen Sicherheit wesentliche Errungenschaft der sozialliberalen Koalition* oder ist die Arbeitslosenversicherung Ergebnis des Kampfes der Arbeiterklasse und ständig vom Ruin durch die Plünderung des Staates und der Kapitalisten bedroht? Wer überhaupt garantiert den Kapitalisten das Recht, sich fremde Arbeitskraft anzueignen, die Arbeiter an ihren Maschinen arbeiten zu lassen und das Ergebnis der Produktion ihr Eigentum zu nennen? Es ist der bürgerliche Staat mit seinem grundgesetzlichen Schutz des privaten Eigentums. Und im Sinne dieses Schutzes arbeitet der ganze Staat, auch und gerade die derzeitige Regierung.

Der Hauptvorstand sucht das Heil für die Arbeiterbewegung in ihrer Treue zur Regierung. Dies wird als langfristige Perspektive ausgegeben. Deshalb ist er auch nicht fähig, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen und Forderungen an den Staat nach allgemeinen Gesetzen zu stellen, die der zügellosen Ausbeutung der Arbeiter Schranken setzen.

Aber nur solche Forderungen sind geeignet, die Arbeiterklasse zusammenzuschließen, weil sie von den Interessen der Arbeiterklasse ausgehen und alle Arbeiter als **Klasse** zusammenschließen gegen die Kapitalisten. Von diesem grundsätzlichen Interesse der Arbeiter geht der Hauptvorstand nicht aus. Er geht aus von einer Verbesserung der Lage der Arbeiter durch Zusammenarbeit mit der Regierung und Schonung der Regierung. Dies aber nützt den Arbeitern nichts, das hat die jüngste Vergangenheit gezeigt. Deshalb wird auch dieses Zehn-Punkte-Arbeitsprogramm der Arbeiterbewegung keine Perspektive weisen können, wenn nicht die Diskussion dieses Papiers genutzt wird, um die Forderungen für den Zusammenschluß aufzustellen. – **(db)**





Unterstützt von der Solidarität der Kollegen aus anderen Betrieben von Ludwigsburg hatten die Arbeiter von Mailänder, Bietigheim, den Kampf gegen die Streichung der übertariflichen Zulagen aufgenommen. Die Streichung bedeutete bis zu 350 DM weniger Lohn im Monat. Nach dreitägigem Streik mußte der Kapitalist Mailänder zurückstecken und seinen Plan aufgeben. Mailänders Lohnraubversuch ist kein Einzelfall. Überall versuchen die Kapitalisten, den Lohn der Kollegen zu drücken. In der Einheit der Arbeiter liegt ihre Stärke, das hat man beim Mailänder-Streik gut gesehen.

Betriebsversammlung bei Graubremse Heidelberg: Gegen Abbau der Sozialleistungen

„Bloß einzelne Sparmaßnahmen" Die Belegschaft bleibt beim Nein

Heidelberg. Die Belegschaft der Graubremse Heidelberg nutzte die Betriebsversammlung am 23.9. und stärkte ihre Einheit gegen den geplanten Abbau der Sozialleistungen

Vorausgegangen war dieser Betriebsversammlung eine Auseinandersetzung um die Pläne der Geschäftsleitung, Streichungen von innerbetrieblichen Sozialleistungen vorzunehmen. Dagegen hatten über 300 Kollegen eine Resolution des Vertrauenskörpers gegen jeden Abbau von Sozialleistungen unterschrieben. Der Betriebsrat unterstützte diese Forderung und die Kollegen von vier Abteilungen legten gemeinsam für eineinhalb Stunden die Arbeit nieder. (vgl. KVZ 36/75)

Auf der Betriebsversammlung schilderte der Betriebsratsvorsitzende Knauer den bisherigen Verlauf der Auseinandersetzung und schloß mit den Worten: *"Direktor Grau hat bei der Protestaktion in der Montage gesagt, wenn der Betriebsrat Nein sagt, dann bleibt's dabei! Ich sage es noch einmal: Ich bleibe beim Nein zu den Kürzungen der Sozialleistungen."*

Daraufhin versuchte Grau, den Betriebsratsvorsitzenden zur Ordnung zu rufen, indem er sagte: *"Ich höre immer diese Worte von 'Streichung der Sozialleistungen'. Ich muß sagen, daß ich befremdet bin, daß nun auch der Betriebsrat diese Worte benutzt. Das hört sich so kraß an. Dabei geht es doch bloß um einzelne Sparmaßnahmen . . ."* Und dann folgte die gleiche Begründung für die geplanten Sparmaßnahmen auf dem Rücken der Belegschaft, die die Kollegen bereits zur Genüge kannten. Grau ließ klar erkennen, daß er keineswegs die Absicht habe, diese Pläne fallen zu lassen.

Gegen diese Pläne stand dann ein Kollege auf, bekräftigte noch einmal die Forderung: keinerlei Abbau von Sozialleistungen! *"Die Pläne der Geschäftsleitung haben nichts mit ‚gemeinsamem Sparen' zu tun. Es geht darum, daß wir alle uns einschränken sollen, daß wir mit noch weniger Geld leben sollen, damit der Profit der Firma stimmt. Aber wir sind auf dieses Geld angewiesen und wir müssen um jeden Pfennig kämpfen. Zufrieden können wir nur sein, wenn die Geschäftsleitung sich in einer Betriebsvereinbarung schriftlich festlegt, daß die jetzigen Sozialleistungen in ihrer vollen Höhe erhalten bleiben. Die Kollegen von Mailänder in Ludwigsburg haben uns gezeigt, daß wir den Maßnahmen der Unternehmer entschlossen entgegentreten müssen, wenn wir etwas erreichen wollen."* Für diesen Beitrag gab es großen Beifall von der Belegschaft.

Keinen Beifall – oder besser: lediglich von 10 bis 15 Meistern und leitenden Angestellten – bekam Grau, als er den Kollegen wütend aufforderte: *"Sie können sich ja mal Ihre Koffer packen und das System, das Sie propagieren, ansehen!"* Den Kollegen empfahl er: *"Und die eifrigen Beifallspender sollen sich das einmal überlegen, was wir im freien Westen haben."*

Nun, das wußten die Kollegen recht gut und zeigten das mit ihrem lauten Beifall, als der Kollege auf den Angriff Graus erwiderte: *"Sie tun immer so, als sei das alles in unserem Interesse! Wenn Sie wirklich davon überzeugt sind, warum machen wir nicht gleich jetzt eine Abstimmung? Ich glaube, jeder Kollege ist selbst am besten in der Lage, zu entscheiden, was in seinem Interesse ist und was nicht. Im übrigen bin ich nicht für ein System, das die Gewinne staatlich festlegt, wie Sie behauptet haben; ich bin für Verhältnisse, wo die Arbeiter über die Maschinen verfügen, an denen die Arbeiter den Reichtum schaffen, von dem Sie heute den Nutzen haben, und wo wir noch draufzahlen sollen, wenn Ihnen das nicht mehr reicht!"*

Darauf schwieg die Geschäftsleitung.

Der Kollege Zambelli von der Ortsverwaltung der IG Metall unterstützte die Forderung der Belegschaft und betonte ebenfalls die Lehren, die alle Arbeiter aus dem Mailänder-Streik ziehen müssen: Ohne den Kampf um die eigenen Interessen werden die Unternehmer nur zu weiteren Angriffen ermutigt.

Durch diese Betriebsversammlung, wo noch eine Reihe anderer Forderungen an die Betriebsleitung gerichtet wurden, hat die Belegschaft der Graubremse einen erfolgreichen Schritt gemacht, um die Einheit gegenüber den Angriffen der Geschäftsleitung zu stärken. Die Voraussetzungen sind gut, um eine Betriebsvereinbarung durchzusetzen, die die jetzigen Sozialleistungen absichert. – (i, Graubremse)



Essen. Die Belegschaft der Essener Eisenwerke demonstrierte am Mittwoch, dem 24.9. gegen Entlassungen und Abbau der Sozialleistungen. Auf einer von ihr erzwungenen Belegschaftsversammlung forderte die Belegschaft die Rücknahme der Kündigungen sowie der anderen Maßnahmen. Die Belegschaft soll von 390 auf 320 abgebaut werden. Das 13. Monatsgehalt der Angestellten soll um rund 50 Prozent reduziert werden. Drei Tage Zusatzurlaub bei einer Belegschaftszugehörigkeit von mehr als 20 Jahren soll gestrichen werden. Bereits im Mai hatte die Belegschaft gegen die Vernichtung der Arbeitsplätze gestreikt. Seit 1969 war die Belegschaft von 1 200 auf 390 gesenkt worden.

Im Werkzeugbau bei Bosch-Waiblingen/ Testfall für alle Bosch-Betriebe Baden-Württembergs:

Akkordpausen sollen umgangen werden - ein erster Schritt zum Lohnabbau

Waiblingen. Bei Bosch soll im Werkzeugbau von Akkordlohn auf Stundenlohn umgestellt werden. Von dieser Maßnahme sind zirka 50 Kollegen betroffen. Ihnen sollen die tariflich gesicherten Akkordpausen gestrichen werden. Vom Lohn her gesehen sollen die Kollegen nach den Worten der Geschäftsleitung nicht schlechter dastehen, d. h. der Lohn soll der gleiche bleiben, aber mit einem wichtigen Unterschied: Die Mengenprämie und der Akkordzuschlag, die bis jetzt für die Kollegen tariflich abgesichert waren, fallen weg und werden in persönliche Zulagen umgewandelt. Persönliche Zulagen können aber jederzeit gestrichen werden, da sie ja nicht tariflich abgesichert sind. Weitere 50 Kollegen sind davon betroffen, da sie Mengenprämie erhalten. Insgesamt also zirka 100 Kollegen.

Durch den Wegfall der Pausen können die Bosch-Kapitalisten bei einem Stundenlohn der Werkzeugmacher von 12 DM zirka 1 DM pro Arbeitsstunde einsparen, denn die Pause macht zirka 8 Prozent (laut Geschäftsleitung) des Stundenlohns aus. Bei 1 000 Arbeitsstunden sacken die Kapitalisten 1 000 DM ein.

Mit solchen Beträgen werden sich die Bosch-Kapitalisten langfristig nicht zufrieden geben. Sie wollen sich damit eine bessere Position für weiteren Lohnabbau schaffen. Da die persönlichen Zulagen ja nicht abgesichert sind, kann man sich an fünf Fingern abzählen, daß die Kapitalisten versuchen werden, sie Monat für Monat ein Stück zu kürzen und bei der nächsten Tariferhöhung gegebenenfalls vollkommen zuschlagen werden, indem sie den Rest der persönlichen Zulage auf die Lohnerhöhung anrechnen.

Die Bosch-Kapitalisten wären nicht die ersten, die auf diese Idee kommen würden! Wenn die Bosch-Kapitalisten jetzt im Werkzeugbau die Akkord abbauen, werden die Vorgabezeiten genau die gleichen bleiben, die Arbeitshetze wird nicht geringer werden. Dies zeigt sich auch schon jetzt, wenn in anderen Abteilungen, in denen nicht Akkord gearbeitet wird, die Kollegen Aufträge vom Werkzeugbau bekommen, mit genau gleichen Karten, auf denen die Vorgabezeiten stehen.

Dazu kommt noch, daß das Waiblinger Bosch-Werk zum Testfall für alle Bosch-Werke in Baden-Württemberg gemacht wird. Gelingt es hier, die Akkordpausen zu umgehen, dann wird das anderswo mit dem Hinweis auf Waiblingen auch passieren. Ein weiterer Grund, hart zu bleiben. Der Betriebsrat hat jetzt gegen den Abbau der Akkordpausen gestimmt.

(Aus: KVZ-Ortsbeilage Waiblingen 38/75)

„Sozialismus! Sozialismus!"

Das Geschrei über die „Investitionskontrolle"

Einige regionale Parteitage der SPD haben angesichts der Krise des Kapitalismus und der zurückgehenden Investitionen der Kapitalisten in der BRD beschlossen, man müsse einmal prüfen, ob dem nicht staatlicherseits abzuhelfen sei. Diese Überlegungen laufen unter dem Stichwort "Investitionskontrolle". Was genauer damit gemeint ist, läßt sich aus den Beschlüssen der regionalen SPD-Parteitage nicht entnehmen.

Wenn man von Investitionskontrolle redet, dann ist damit offensichtlich vorausgesetzt, daß das Kapital Privateigentum der Kapitalisten bleibt, daß es die Kapitalisten sind, die investieren und daß niemand anderes als sie die Profite einstreicht, die mit diesen Investitionen erzielt werden. Und wer soll kontrollieren? Kontrollieren soll der bürgerliche Staat, also der geschäftsführende Ausschuß der Kapitalistenklasse. Das würde eine "Kontrolle" werden! Ungefähr so: Wieviel muß man noch in die Futtertränke schütten, bis die Pferde saufen?

Was immer sich die Sozialdemokraten unter Investitionskontrolle im einzelnen vorstellen: Es kann jedenfalls nichts Schlimmes sein. Und dennoch ist das Geschrei groß, das die Beschlüsse des Bezirks Hessen-Süd, des schleswig-holsteinischen und des west-westfälischen Parteitags hervorgerufen haben. Der Kehrreim dieses Geschreis lautet stets: Zerstörung der Marktwirtschaft! Sozialismus! Sozialismus! So tönt es von den Kapitalistenverbänden, so tönt es von der CDU/CSU, vom Koalitionspartner FDP. Die SPD-Führung hat dem Delegierten gleich gesagt: *"Laßt doch den Quatsch."* (Apel) Sie hatte das Geschrei schon im Ohr.

Warum das Geschrei?

Je mehr der Kapitalismus in die Krise gerät, desto mehr ist es die Devise: Noli me tangere! Rühr mich nicht an! Unfähig, die Krise rasch und wirkungsvoll zu überwinden, wird der Bourgeoisie jede noch so harmlos gemeinte Maßnahme zum Teufel an der Wand: Überall riecht sie Sozialismus. Das zulässige Denken wird eingeschränkt auf die ständige Wiederholung von zwei Worten: Marktwirtschaft und Sozialismus. Das eine ist gut, das andere ist schlecht und alles, was schlecht ist, ist Sozialismus.

In der Sphäre der Politik ist es nicht anders. Hier ist es auf der einen Seite die freiheitlich demokratische Grundordnung und auf der anderen Seite ist es der "Extremismus". Wie ein altes Weib, das hinterm Ofen hockt und immer den gleichen Stumpfsinn vor sich hinbrabbelt, so verhalten sich die Bourgeoisie und ihre Politiker.

Der Sinn ist klar: Je mehr es drunter und drüber geht, desto weniger soll in Bewegung kommen. Genscher hat die Sache auf den Begriff gebracht: "Ruhe an der Ideologiefront", das ist die erste Bürgerpflicht. Ist es nicht schon schlimm genug, daß es mit dem Kapitalismus bergab geht, darf man da auch noch riskieren, daß die Massen darüber nachdenken? Das Nachdenken aber kann durch die harmlosesten Gedankenspiele gefördert werden und in Gang kommen. Fängt man erst an, über die Notwendigkeit der Investitionskontrolle nachzudenken, wird das Nachdenken vor dem Privateigentum an den Produktionsmitteln Halt machen? Wird sich nicht schnell die Frage erheben: Wer soll kontrollieren? Und wie weit ist es da bis zur Frage der politischen Macht?

"Sozialismus! Sozialismus!" schreit die Bourgeoisie. Ihre Empfindlichkeit liegt daran: Die Verhältnisse sind reif für den Sozialismus.

Deshalb muß es verboten sein, an die Verhältnisse auch nur zu rühren. Und sei es auch in der besten Absicht wie von seiten der Jungsozialisten und sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre. Im Chor schallt es aus dem Blätterwald: Rühr mich nicht an! Sozialismus! Sozialismus! Die Gefahr soll gebannt werden, indem man sie überall und stets beschwört. Es ist der kindische Aberglauben, der mit dem Greisenalter kommt. – (js)

Krankengeld verweigert

Ludwigsburg. Was fällt einem Kapitalisten ein, wenn er seinen Profit erhöhen will? Der Kapitalist Benseler aus Markgröningen bei Ludwigsburg dachte an die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und beschloß, wenn irgend möglich, sie den Arbeitern zu streichen oder die Arbeiter zu zwingen, trotz Krankheit weiterzuarbeiten.

In einem vorgedruckten Schreiben hat er den kranken Kollegen mitteilen lassen, daß in für ihn *"zweifelhaften Fällen kein Krankengeld mehr bezahlt wird"*. Das hat er in einigen Fällen bereits getan. So hat er einen türkischen Kollegen, der arbeitsunfähig geschrieben war, aufgefordert, ein Attest über die Art der Krankheit beizuschaffen. Eine rechtliche Grundlage gibt es dafür nicht, deshalb hat der Kollege das Attest auch nicht beschafft. Benseler hat daraufhin die Zahlung des Krankengeldes verweigert.

Die IG Metall hat dagegen Klage erhoben und Zahlungsbefehle erwirkt, im Fall des türkischen Kollegen hat der Kapitalist Widerspruch eingelegt mit der Begründung: *"Der erkrankte Arbeitnehmer konnte uns bisher noch nicht beweisen, daß er arbeitsunfähig ist. Es steht lediglich fest, daß er Beschwerden hatte. Ein angefordertes ärztliches Attest wurde bisher nicht vorgelegt."*

Die Krankmeldung genügt ihm offenbar nicht; die Kollegen sollen wohl beweisen, daß es beim besten Willen nicht mehr geht, zum Beispiel durch Vorzeigen einer abgeschlagenen Hand.

Der Herr Benseler ist seines Zeichens Vorsitzender des Evangelischen Jugendwerks des Kreises Ludwigsburg. – (u, Ortsgruppe Ludwigsburg)

50 000 Arbeitsplätze frei: Stundenlöhner bekommen für alle Tätigkeiten 4,80

Arbeitsplätze bei attraktivem Einkommen im Gaststättengewerbe?

Im Gaststättengewerbe gibt es 50 000 offene Stellen, "krisenfeste Arbeitsplätze bei attraktivem Einkommen und Arbeitsbedingungen", schreibt der Weser Kurier vom 13.8. unter der Überschrift: "Arbeitnehmer müssen umdenken".

50 000 offene Stellen bei "attraktivem Einkommen und Arbeitsbedingungen" auf der einen Seite und über eine Million Arbeitslose auf der anderen, daran muß etwas faul sein. Und das ist es auch. Die Tariflöhne in Bremen liegen für die Mehrzahl der gelernten Köche zwischen 750 und 1 100 DM je nach Berufsjahr bei freier Anwesenheitskost, für die meisten gelernten Bedienungen bei 750 bis 1 050 DM. Stundenlöhner bekommen für alle Tätigkeiten 4,80 DM, egal ob als Portier, Garderobefrau, Bedienung oder Küchenhilfe.

Auf Arbeitssuche hier in Bremen stellt man zudem noch fest, daß in dieser Branche schon gut dran ist, wer überhaupt Tariflohn bekommt. Ein Beispiel: Radio Bremen bot eine Stelle als Büfetthilfe an: sieben Stunden täglich, davon drei Stunden Putzarbeit, für 670 DM netto pro Monat ohne Lohnsteuerkarte. Möchte man aber auf Lohnsteuerkarte arbeiten, weil man versichert sein und im Fall einer Entlassung Arbeitslosengeld erhalten will, muß man mit 670 DM brutto zufrieden sein.

In vielen Hotels und vielen Gaststätten gibt es für Vollbeschäftigte den sogenannten geteilten Dienst. Das bedeutet vormittags vier Stunden Arbeit, drei Stunden frei, danach nochmal vier Stunden, allerdings meist länger, weil man erst Feierabend hat, wenn die Gäste gegangen sind und nicht, wenn die acht Stunden um sind. Auf diese Weise wird der gesamte Tag zum Arbeitstag! Was soll man mit den drei Stunden Pause anfangen, wenn sich für viele der Nachhauseweg nicht lohnt?

Außerdem darf man nicht vergessen, daß regelmäßig in der Zeit gearbeitet werden muß, wenn alle anderen Freizeit haben: wochentags abends und jedes zweite Wochenende.

Besonders kraß wirken sich diese Arbeitsbedingungen auf die Jugendlichen aus, für die alle sozialen Kontakte reißen, sowie für Frauen, die Kinder zu versorgen haben.

Es ist fast keine **feste** Anstellung zu bekommen, höchstens zwanzig Stunden in der Woche, ohne Steuern und Versicherung.

Als Aushilfe zu arbeiten heißt meist, daß man auf Abruf bereit sein muß! Das bedeutet einerseits immer verfügbar zu sein, andererseits froh sein zu müssen, wenn man genügend Stunden zusammenbekommt, um davon leben zu können.

Die Hotelbesitzer nutzen die Krise und die Aufsplitterung der Kollegen auf viele kleinere Betriebe, um die Arbeitsbedingungen weiter zu verschlechtern und den Lohn zu drücken. – (c, Bremen)

Als Aushilfskraft im Hotel

„Man kann mit uns fast alles machen"

Bremen. Ich hab im Hotelgewerbe gearbeitet (bis gestern), ich war Aushilfe für die Urlaubszeit. Man kann mit uns fast alles machen, weil es für Aushilfen viele Ausnahmeregeln gibt, die den Manteltarifvertrag ausschalten. Wenn wir auf irgendwas bestehen, fliegen wir raus. Zum Beispiel mußte ich, als bei uns Saison war, drei Wochen hintereinander 7-Tage-Woche machen (zum Glück arbeite ich nur fünf Stunden am Tag), von morgens um 6 bis um 11 Uhr. Im Manteltarif steht mir allerdings ein freier Tag die Woche zu. Sonntags und sonnabends war normaler Arbeitstag. Die letzte Zeit war wenig los, da durfte ich nur am Wochenende oder mal nen Tag zwischendurch arbeiten. Noch schlimmer dran sind die Festangestellten. Ich kriege ja wenigstens Stundenlohn. Die Jungs in der Küche bekommen Monatsgehalt. Unsere Kaffeemamsell arbeitet offiziell bis 12 Uhr. Weil aber die Wirtschafterin nicht immer kommt, aber bis 14 Uhr arbeitet und bezahlt wird (auch höheres Gehalt bekommt), muß die Kaffeemamsell ihre Arbeit mittun. Die Zeit, die sie dranhängen muß, sind unbezahlte Überstunden. Denn in ihrem Gehalt ist ja nur die Arbeitszeit bis 12 Uhr berechnet. Als wir darüber sprachen, warum sie sich das gefallen läßt, sagte sie, daß sie die Arbeit nicht rausfliegen will.

Besonders mit den älteren Frauen können die Kapitalisten fast alles machen, weil diese ihre Jahre rumkriegen müssen, damit die Rente reicht. Oder sie haben so wenig Rente, daß sie weiterarbeiten müssen. Unsere Tellerwäscherin ist derzeit 72!

Bei uns ist ja auch noch niemand in der Gewerkschaft. Im Gaststättengewerbe ist das "nicht üblich" und die Betriebe sind meist klein und zersplittert.

Tarife gekündigt

Die drei großen Tarifkommissionen Baden-Württembergs haben den Tarifvertrag über die Urlaubsregelung und die bisherige Leistungszulagenregelung zum 31.12.1975 gekündigt. Die Tarif- und Gehaltstarife laufen ebenfalls zum 31.12.1975 aus.

Benz-Belegschaft gegen Entlassungen

Mannheim. Trotz guter Auftragslage, trotz Gewinnsteigerungen bei einem Belegschaftsabbau von minus 2,7 % im letzten Jahr plant die Geschäftsleitung der Daimler Benz AG Mannheim jetzt insgesamt 700 Entlassungen, zu einem Teil Änderungskündigungen nach Sindelfingen (über 100 km entfernt).

Das sind ca. 5 % der Belegschaft, die stufenweise abgebaut werden soll, dieses Jahr noch zweimal 49, nächstes Jahr pro Monat 20.

Mit dieser Zeitbombe im Nacken der Belegschaft versucht die Geschäftsleitung, die Zeit der Krise zu nutzen, um durch verschärfte Akkord- und Überstunden ihre Profite zu erhöhen. Der Betriebsrat, an der Spitze der SPD-Funktionär Herbert Lucy, stimmte solchen Machenschaften mit dem Argument zu, das Beste rauszuholen.

Die Belegschaft ist gegen diese Rationalisierungsentlassungen. Deutlich wurde das auf der Betriebsversammlung am Dienstag, dem 30.9., als gegen eine verlesene Resolution aus einer Abteilung großer Beifall bekam. Auf der Mittelschicht stimmten die Kollegen geschlossen dagegen ab. – (Benz-Betriebszelle, Mannheim)

Enka-Glanzstoff: 6 000 Arbeitsplätze weniger

Wuppertal. In den Betrieben der Enka-Glanzstoff AG in der Bundesrepublik, Belgien und in den Niederlanden sollen 6 000 Arbeitsplätze abgebaut werden. In den westdeutschen Betrieben sind 1 200 betroffen. Dabei sollen ganze Werke stillgelegt werden.

Sozialamt Wiesbaden: Personalversammlung faßt Beschluß gegen Sparmaßnahmen

5 Schreibkräfte sollen die Arbeit von 13 machen

Wiesbaden. Konkreter Anlaß für die Betriebsversammlung des Sozialamtes am 17.9. war, daß acht Schreibkräfte mit sofortiger Wirkung im Sozialamt abgezogen und als Teil der "Personalreserve" auf anderen Ämtern eingesetzt werden sollen. Ihre Stellen waren vom Magistrat gestrichen worden. Dagegen hatte sich die ÖTV-Betriebsgruppe ausgesprochen und die Personalversammlung beantragt.

Auf der Versammlung klagte der Oberbürgermeister Schmitt zunächst über die schlechte Finanzlage, um dann deutlich zu sagen, wo in erster Linie gespart werden soll: Bei den Arbeitskräften und bei den Löhnen. 200 Stellen wurden im Stellenplan für 1975 gestrichen, davon 35 besetzte Stellen. Im nächsten Jahr müssen es nach Aussage des Oberbürgermeisters mindestens nochmal soviel sein. Es brauche aber niemand Angst vor Entlassungen zu haben, bei den Stadtwerken Wiesbaden seien in den letzten Jahren durch Wegrationalisieren und Nichtbesetzen auch massenhaft Stellen eingespart worden, ohne das jemand entlassen werden mußte.

Zur Tarifrunde meinte der Oberbürgermeister, daß ein Einkommenszuwachs unter keinen Umständen drin wäre, höchstens ein Ausgleich für die Teuerung. Aber auch das noch nicht einmal, sondern die Kollegen sollen sich darauf vorbereiten, Verschlechterungen in Kauf zu nehmen. So wurde zum Beispiel vom Magistrat die innerbetriebliche Dienstvereinbarung über das Urlaubsgeld gekündigt.

Als Trost für die Kollegen sagte er dann noch, daß es ihm gar nicht leicht fallen würde, diese ganzen Sparmaßnahmen zu beschließen. Es ließe sich nun aber einmal nicht umgehen, daß sich alle "etwas strecken" müssen und die Ausgaben gekürzt werden, damit nicht die Situation eintritt, daß eines Tages vielleicht keine Löhne mehr gezahlt werden können.

Wer sich hier strecken soll, d.h. mehr arbeiten, brachten einige Kollegen klar zum Ausdruck. Sie stellten dar, daß die Arbeit in den letzten Jahren immer mehr geworden ist. Gerade durch die zunehmende Zahl von Arbeitslosen, die bis zur Zahlung von Arbeitslosenunterstützung vom Sozialamt unterstützt werden und oft auch noch danach wegen der geringen Höhe des Arbeitslosengeldes, hat z. B. der Publikumsverkehr bis zu 100 % zugenommen. Die Anzahl der von den Sachbearbeitern zu bearbeitenden Fälle ist in den letzten Jahren über 50 % gestiegen.

Dabei ist die Zahl der Beschäftigten schon so knapp bemessen, daß bei Krankheit oder anderen Ausfällen gleich wochen- oder monatelange Rückstände entstehen.

5 Schreibkräfte sollen jetzt die Arbeit von 13 machen

Auch die Schreibkräfte stellten dar, daß sie jetzt schon den ganzen Tag mit Schreibarbeiten ausgelastet sind und daß es ganz unmöglich ist, die Arbeit zu bewältigen, wenn die acht Schreibkräfte abgezogen werden. Zur Zeit sind im Sozialamt insgesamt 13 Schreibkräfte, d.h., daß dann fünf die ganze Arbeit machen müssen. Wie das zu schaffen sein soll, darauf konnte der Oberbürgermeister keine Antwort geben. Er sagte nur zu, daß jetzt, nachdem die Stellen schon gestrichen sind, eine Organisationsuntersuchung durchgeführt werden soll. Das war die einzige Zusage, die der Oberbürgermeister machte. Nicht gelungen ist es, eine konkrete Zusage zu erzwingen, daß die Kolleginnen im Sozialamt bleiben.

Aber daß die Kollegen nicht bereit sind, die Sparmaßnahmen einfach hinzunehmen, hat die Versammlung gezeigt. Es wurde eine Resolution der ÖTV-Betriebsgruppe von der Personalversammlung einstimmig verabschiedet, in der es unter anderem heißt:

"Die Maßnahmen, die in den letzten Monaten von Magistrat und Regierung beschlossen wurden, zeigen uns deutlich, daß hier genau wie in der freien Wirtschaft mit Methoden und Zielen rationalisiert und gespart wird, die ausschließlich die Arbeitnehmer belasten."

Solche Maßnahmen sind z. B. die Einstellungssperre bei der Stadtverwaltung, die Streichung von Zulagen, Materialeinsparungen, Stellenstreichungen, die geplante Kontrolle der Mittagspause durch die Stechuhr und die verschärfte Beurteilung der Kollegen z. B. in der Probezeit.

Dazu steht in der Resolution:

"Alle diese Maßnahmen wirken sich in Mehrarbeit oder finanziellen Verlust für die Kollegen aus. Dagegen müssen wir uns entschieden wehren. Wir fordern daher:

Keine Stellenstreichungen!

Weg mit der Einstellungssperre!

Schluß mit dem Abbau von Zulagen!

Keine Abstriche von Arbeitsmaterialien!

Keine Zeiterfasssung der Mittagspause!" – (j. , aus KVZ-Ortsbeilage Wiesbaden 38/75)

Protestanzeige

Bremen. Die Mitgliederversammlung der Postgewerkschaft des Fernmeldeamtes 1 am 24.9. beschloß: Die Ortsverwaltung wird beauftragt, im "Weser Kurier" eine halbseitige Anzeige zu veröffentlichen und darin dem Protest der Gewerkschaftsmitglieder gegen die Sparmaßnahmen der Regierung Ausdruck zu geben.

Im öffentlichen Dienst

Kein Arbeitsplatzrisiko?

Köln. Mit dem Grund, daß die Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst sicher seien und sie deshalb nicht so viel Lohn fordern dürften wie ihre Kollegen in der "freien Wirtschaft", sollen die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes vom entschiedenen Lohnkampf abgehalten werden. Daß es mit den sicheren Arbeitsplätzen nicht weit her ist, zeigt die folgende Zuschrift:

Meine Mutter arbeitete als Wäscherin in den Mehrheimer Krankenanstalten.

Nun ist ihr gekündigt worden. Über 6 Jahre arbeitete sie in der Wäscherei.

Nun soll sie entlassen werden, weil sie durch die Krankheiten, die sie sich auf der Maloche geholt hat, zwei Krankenhausaufenthalte hinter sich und einen Kuraufenthalt vor sich hat.

Von drei Ärzten hat sie bestätigt bekommen, daß sie körperlich verschlissen sei und nur noch leichtere Arbeit ausüben kann. Eine solche hat die Stadt aber angeblich nicht für sie. Sie ist 46 Jahre alt und eine Arbeit für sie (wo sie auch mal sitzen kann) wird sie wohl nirgendwo finden.

Aber auf Rente kann sie auch noch nicht gehen. Was sie da an Geld bekommt ist sehr wenig.

Außer ihr sollen noch fünf weitere Wäscherinnen aus den gleichen Gründen entlassen werden. Für die Entlassenen sind bereits wieder neue ausländische Arbeiterinnen eingestellt worden.

An diesem Beispiel sieht man, daß ein städtisches oder staatliches Unternehmen nach den gleichen wirtschaftlichen Gesetzen handelt wie jeder private Kapitalist, nämlich aus dem Arbeiter soviel wie möglich herauszupressen wie es geht. Geht es eines Tages nicht mehr, hat sich der Arbeiter frühzeitig, d. h. vor seiner normalen Rentenzeit, krumm und buckelig malocht, so daß er nicht mehr kann, schmeißt man ihn oder sie kurzerhand auf die Straße. – (d, KVZ-Ortsbeilage Köln Nr. 37/75)

Stellensperren unten und Stellenhebungen oben

In einem Atemzug

Wiesbaden. Am 24.6. hat das Kabinett der hessischen Landesregierung eine Stellenbesetzungssperre für die Landesverwaltungen erlassen, in der es heißt:

"1. freie und freiwerdende Planstellen für Beamte und Richter sowie Stellen für Angestellte und Arbeiter dürfen ... ab sofort bis auf weiteres nicht wieder besetzt werden (unbefristete Stellenbesetzungssperre) ..." (aus: Bund technischer Beamten, Nr. 4/75)

Diese Maßnahme bedeutete für die Masse der Kollegen im öffentlichen Dienst Mehrarbeit und Überstunden. Deshalb hat auch der Bezirksvorstand Deshalb hat auch der Bezirksvorstand Hessen der ÖTV gegen diese Maßnahme als Kampfmaßnahme die Überstundenverweigerung vorgeschlagen.

Etwa zur gleichen Zeit hat der hessische Landtag mit dem Haushaltsgesetz 1975 die Landesregierung ermächtigt, im gehobenen technischen Verwaltungsdienst Stellenhebungen (d.h. Beförderungen) durchzuführen. Im Haushaltsgesetz heißt zur Finanzierung dieser Stellenhebungen:

"Der hierdurch erforderlich werdende jährliche Mehraufwand ist durch den Wegfall von Planstellen und Stellen abzudecken." Die Stellenhebungen betreffen *"die Beamten mit Kontroll- und Leitungsfunktionen"*. (aus: Bund technischer Beamter, Nr. 4/75)

Man sieht: beide Maßnahmen widersprechen sich überhaupt nicht. Die eine wird eine aus der anderen finanziert: Mehrarbeit und Überstunden der Masse der Kollegen im öffentlichen Dienst sollen nicht nur Staatsfinanzen und Kapitalisten in der Krise sanieren, sondern sie sind auch Grundlage, die Kontrolle durch die höheren Beamten auszubauen. Die Masse der Lohnabhängigen wird die Maßnahmen des staatlicen Dienstherrn zur verstärkten Ausbeutung ihrer Arbeitskraft nicht hinnehmen können. Der Dienstherr weiß dies und baut die Kontrolle aus und schiebt den hohen Beamten allerhand Pfründen zu. Vor allem geht es darum, die Aufseher gut zu schmieren, damit die Rationalisierungen und Lohnkürzungen für die Masse der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst durchgesetzt werden können. Viel Geld kosten also die "Sparmaßnahmen" im öffentlichen Dienst. – (g/Red)

GEW Hamburg

Landesvertreterversammlung lässt sich nicht erpressen

Hamburg. Annahme der GEW-Bundessatzung mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen, ja oder nein?

Diese Frage mußte die 1. Landesvertreterversammlung (LVV) des Landesverbandes beantworten, nachdem auf der letzten Mitgliederhauptversammlung der Vorstandsantrag auf Übernahme der Bundessatzung gescheitert war und nur allgemein festgelegt wurde, daß sich der Landesverband "gemäß der Bundessatzung zu verhalten habe". Das reichte dem Bundes- und Landesvorstand nicht hin. Sie wollten eine automatische Übernahme aller Bundessatzungsregelungen "ohne Wenn und Aber". Ergebnis des Hauptversammlungsbeschlusses war nämlich u. a., daß alle vom Bundesvorstand ausgeschlossenen GEW-Mitglieder ihre vollen Mitgliedsrechte im Landesverband behielten.

So stellte der Hauptvorstand der GEW am 14./15. Juni 1975 zu den Ergebnissen der Satzungshauptversammlung in Hamburg fest: Mit dieser Neufassung der Satzung ist "die Forderung nach einer Verankerung des Vorrangs aller Vorschriften der Satzung der GEW in den Satzungen jedes Landesverbandes außer dem Beschluß der außerordentlichen Vertreterversammlung vom 8. März 1975 noch nicht erfüllt.

Der Hauptvorstand erwartet von der zu bildenden Vertreterversammlung des Landesverbandes Hamburg eine weitergehende Änderung der Satzung des Landesverbandes, die dem Beschluß der außerordentlichen Vertreterversammlung entspricht." (Hamburger Lehrerzeitung Nr. 11/12/1975)

Flugs zimmerte der alte Hamburger Vorstand drei Anträge für die erste Vertreterversammlung zurecht, die diesen Erwartungen des Hauptvorstandes entsprachen.

Totale Unterwerfung, das war der Inhalt der drei satzungsändernden Anträge, die in scheinbar alternativen Formulierungen den "Vorrang" bzw. die "automatische" Gültigkeit der Bundessatzung festlegen sollten.

Ein weiterer Antrag wurde von einem der Kandidaten für das Amt des ersten Vorsitzenden der GEW Hamburg, Dietrich Lemke, gestellt. Sein Antrag – als Alternative zu den Vorstandsanträgen propagiert – sah vor, daß Regelungen der Landessatzung denen der Bundessatzung "nicht entgegenstehen" dürfen. Weiter trat er für eine "demokratische Anbindung" des Landesverbandes an die GEW Bund ein. In der Begründung seines Antrages beklagte er sich über die mangelnde Kompromiß- und Gesprächsbereitschaft des Vorstandes. Doch dieser war nach wie vor zu Kompromissen nicht bereit. Kein Wunder! Geht es dem Vorstand jedoch keineswegs um eine engere oder losere Verbindung von Bundes- und Landesverband. Es geht der Fraktion der Bewahrer des treuen Staatsdienertums vielmehr darum, der Gesinnungsschnüffelei, dem Maulhalten und Ducken vor dem Dienstherrn und allen anderen Beamtenrechtsherrlichkeiten eine Heimstätte in der GEW zu schaffen und so den Kampf gegen den gewerkschaftlichen Gegner zu spalten und zu hintertreiben. Diesen Inhalt haben die Beschlüsse von Mainz und Köln, und er soll durchgesetzt werden.

Frister machte vor der Abstimmung über die Anträge noch einen wenig beeindruckenden Einschüchterungsversuch. Unter Verzicht auf jegliche Argumente drohte er mit dem Ausschluß des Landesverbandes aus DGB und GEW. Er spielte sich als Boss auf, der mit seinen Untergebenen Schlitten fährt. Die Vertreter sollten lieber gleich zustimmen und nichts erst so ein Getue machen wie in Westberlin. Er gab einen deutlichen Vorgeschmack davon, was bei Übernahme der Satzungsbeschlüsse zu erwarten ist. Die Abstimmung über alle vier Anträge fand im Anschluß an die Frister-Rede auf Beschluß der Vertreter ohne Debatte statt. Ein Vorstandsantrag nach dem anderen fiel durch.

Der Lemke-Antrag fand ebenfalls keine Mehrheit. Für ihn stimmten nur die linken Sozialdemokraten und die DKP. Gegen ihn stimmten die, die die Unvereinbarkeitsbeschlüsse bekämpfen. Gegen ihn stimmten weiterhin die Rechten, weil der Vorrang der Bundessatzung ihnen nicht eindeutig genug verankert wird. Die Ablehnung der Bundessatzung geschah also aus zwei Gründen:

1. Die Front der Gegner der Bundessatzung und der Unvereinbarkeitsbeschlüsse hat sich verbreitert. Die Sparmaßnahmen des Hamburger Senats, die Angriffe auf die Besoldung und die Streiks und Demonstrationen von Eltern und Schülern haben zur Folge, daß diese Lehrer und Erzieher auf den Staat nicht mehr gut zu sprechen sind. Sie haben erfahren, daß sie eine Gewerkschaft brauchen, in der sie sich gegen die Angriffe des staatlichen Dienstherrn zusammenschließen können.

2. Die Befürworter der Bundessatzung waren uneinig. Die Ablehnung jedes Kompromisses durch die Staatsfraktion verhinderte die Übernahme der Bundessatzung in einer Formulierung, wie Lemke sie vorschlug. Nach dieser Abstimmung lehnte es die Landesvertreterversammlung ab, Mitglieder für die Landesschiedskommission zu wählen, wie es der Vorstand eigenmächtig angesetzt hatte.

Ebenso wurden aus dem Haushaltsentwurf 5 000 DM, die für die Arbeit der Landesschiedskommission vorgesehen waren, ersatzlos gestrichen. Die Begründung war eindeutig: Dieses Organ gibt es in Hamburg nicht. Die Staatsfraktion hat in dieser Landesvertreterversammlung entgegen ihren Bestrebungen und Erwartungen kein Organ, das ihre Politik der Versöhnung mit dem Dienstherrn bestätigte.

Fristers Reaktion war laut "Bild"-Zeitung: *"Die Hamburger Kollegen haben noch bis Jahresende eine Nachfrist. Wenn sie dann nicht mitmachen, bedeutet das den Ausschluß aus dem DGB. Chaoten haben nichts in einer demokratischen Gewerkschaft zu suchen."* Und: *"Wir hoffen, daß sie* (die Hamburger) *sich dann eines Besseren besinnen."* Frister erpreßt also weiter. Doch durch viele Wiederholungen wird er nicht glaubwürdiger.

Am zweiten Tag der Landesvertreterversammlung fand die Wahl zum ersten Vorsitzenden der GEW Hamburg statt. Angetreten waren Schulleiter Jan Norden (staatstreuer bekannter Rechter und erwählter Vorstandskandidat) auf der einen und Realschullehrer Dietrich Lemke, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer, auf der anderen Seite. Norden trat in der Begründung für seine Kandidatur für die automatische Übernahme der Kölner und Mainzer Beschlüsse, vor allem der Unvereinbarkeitsbeschlüsse, ein. Von ihm ist bekannt, daß er in seiner Funktion als Personalrat staatliche Berufsverbote durchsetzt. Lemke versprach, für die "Revidierung und Modifizierung" der Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der Bundessatzung einzutreten. Weiter sprach er sich für Kampfmaßnahmen und eine von den Mitgliedern getragene Politik aus. Zur Wahl standen damit ein offener Vertreter der Staatsfraktion und ein Kandidat, der sich für gewerkschaftliche Ziele und Maßnahmen aussprach.

Lemke wurde mit 370 Stimmen gegen Norden mit 277 Stimmen gewählt. Beide haben bereits ihre Bereitschaft zu Gesprächen und Kompromissen beteuert. Wie so ein Kompromiß aussieht, zeigte die Fraktion um den neuen Vorsitzenden Lemke, als sie ihren Kandidaten für den zu wählenden Vertreter in den Hauptausschuß GEW Bund zurückzog und somit dem ehemaligen Vorsitzenden Wunder dieses Amt zuschusterte. Die Delegierten haben aber in den Abstimmungen klar gegen Wunder, Norden und die Staatsfraktion entschieden und Lemke als Alternative gewählt. Sie werden dem neuen Vorsitzenden Lemke, der durch ihre Entscheidung gewählt wurde, auf die Finger schauen müssen. Lemke und die politischen Kräfte, die er vertritt, stehen vor der Entscheidung: Entweder man geht aus vom Gegensatz zwischen den Lohnabhängigen und dem staatlichen Dienstherrn und allein von den Interessen der Lohnabhängigen oder man schließt einen Kompromiß mit dem gewerkschaftlichen Gegner und seinen Anhängern und schlägt sich so auf die Seite des Dienstherrn.

Für einen Großteil der Delegierten kommt die Übernahme der Unvereinbarkeitsbeschlüsse nicht in Frage. Die Wahl Lemkes hat Möglichkeiten eröffnet, diese Front zu festigen und zu verbreitern. Notwendig ist es, für einen außerordentlichen Bundeskongreß einzutreten, auf dem u. a. die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und die Einheit der GEW Bund gegen den Dienstherrn hergestellt wird. Dies ist der satzungsmäßige Weg, der aus der jetzigen Situation herausführt. So wird man auch Raum gewinnen gegenüber weiteren Erpressungsversuchen Fristers und des Hauptvorstandes.

Ein entsprechender Antrag, der aus Zeitgründen auf dieser Landesvertreterversammlung nicht behandelt wurde, wird auf der Fortsetzung der Versammlung zur Abstimmung stehen. – (b.,j., Hamburg)

GEW-Frankfurt:

Gegen Sparbeschlüsse

Frankfurt. Der Vorstand des GEW-Bezirksvorstandes Frankfurt hat am 23. September einstimmig festgelegt, ernsthafte Anstrengungen zur Mobilisierung der Lehrerkollegen gegen die Sparbeschlüsse des Staates zu unternehmen. Dazu sollen im Oktober an allen Schulen Betriebsgruppenversammlungen durchgeführt werden, zu denen der Vorstand Referenten entsendet. Dort sollen "die Maßnahmen des Staates erläutert, der gewerkschaftliche Standpunkt in dieser Sache dargestellt und Vorschläge zur Gegenwehr unterbreitet werden. Zu diesen Versammlungen werden auch die nicht gewerkschaftlich organisierten Kollegen eingeladen. – (k., Frankfurt)

ÖTV-Mitgliederversammlungen zur Tarifforderung!

Wetzlar. Auf der ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz der Nebenstelle Wetzlar am 24.9.1975 wurde eine Resolution an die Kreisdelegiertenkonferenz am 28.10.1975 verabschiedet, in der man sich gegen die Einsparungen im öffentlichen Dienst auf dem Rücken der Beschäftigten aussprach und gegen die Angriffe der Regierung auf die Tarifautonomie. Die Kreisverwaltung wurde aufgefordert, bald Mitgliederversammlungen zur Aufstellung von Tarifforderungen durchzuführen und Maßnahmen gegen die geplanten Einsparungen vorzunehmen. – (b, Ortsgruppe Wetzlar)

Offenbach. Die in der ÖTV organisierten Beamten in Offenbach lehnen die Sparmaßnahmen der Regierung als "Angriff auf die Tarifautonomie und soziale Demontage" ab.

Demonstration der Lehramtsanwärter

10 000 haben die Forderungen der Lehramtsanwärter durch ihre Unterschrift unterstützt

2 000 Menschen demonstrierten am 26. September in Düsseldorf gegen Lehrerarbeitslosigkeit. Aufgerufen hatte zu dieser Demonstration die Landesvereinigung der Lehramtsanwärter von Nordrhein-Westfalen, nachdem der Kultusminister von Nordrhein-Westfalen durch einen Erlaß verfügte, daß zum 1. Februar 1976 keine Lehrer für Grund- und Hauptschulen hauptamtlich in den Schuldienst des Landes Nordrhein-Westfalen eingestellt werden (vgl. KVZ Nr. 36/1975).

Dieser Erlaß hatte bei den Lehramtsanwärtern große Empörung hervorgerufen. Sie sind nicht bereit, diesen Angriff auf ihre Lebensbedingungen kampflos hinzunehmen.

Am 20. September fand deshalb in Nordrhein-Westfalen ein zentraler Aktionstag statt, an dem die Lehramtsanwärter die Bevölkerung über die Auswirkung dieser Maßnahmen auch für die Ausbildung der Schüler an den Grund- und Hauptschulen informierten. So ist es heute noch immer so, daß auf 37 Schüler in den Grund- und Hauptschulen nur ein Lehrer kommt, daß Unterrichtsausfall wegen Lehrermangels auf der Tagesordnung steht. Weit über 10 000 Menschen unterstützten durch ihre Unterschrift die Forderungen der Lehramtsanwärter nach sofortiger Zurücknahme des Erlasses und Einstellung aller ausgebildeten Lehrer.

Ebenso versuchen die Lehramtsanwärter die Kollegen, die im Schuldienst tätig sind, für eine Unterstützung ihrer Forderungen zu gewinnen.

Die Bedingungen, den Kampf zu führen, sind gut: Obwohl bis zur Demonstration nur knapp zehn Tage zur Vorbereitung zur Verfügung standen und die Diskussionen innerhalb der Kollegien und der Elternschaft kaum begonnen haben, fanden die Forderungen und die Demonstration der Lehramtsanwärter eine breite Unterstützung. Dies zeigten auch die Redebeiträge auf der Schlußkundgebung.

Die Parolen der Demonstration waren im Prinzip von der Landesvereinigung der Lehramtsanwärter festgelegt worden. Darunter waren die Forderungen:

– Rücknahme der Entscheidung der Landesregierung!

– Einstellung aller Lehrer und Lehramtsanwärter sofort nach der entsprechenden Ausbildung!

– Keine weitere Verschlechterung der Bildungschancen für Grund- und Hauptschule!

Mitgeführt wurden auch Transparente mit den Forderungen:

– Weg mit den Berufsverboten!

– Für eine Ausbildung im Dienste des Volkes!

Neben den Verbänden GEW und VBE sprachen Vertreter der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS), der Schülermitverwaltung Nordrhein-Westfalen, des Landesjugendausschusses des DGB und der Vereinigung der Studienreferendare Nordrhein-Westfalens. Die Solidaritätsadressen vom Vertrauensleutekörper und Betriebsrat Mannesmann-Hüttenwerke, Rheinstahl-Gießerei sowie eine Reihe weiterer Solidaritätsadressen verschiedener Organisationen waren ebenso ein Ausdruck der breiten Unterstützung, die diese Demonstration aus den Betrieben, Schulen und Hochschulen erhielt. – (s., Aachen)



Düsseldorf, 26.9.: 2 000 demonstrierten gegen die Lehrerarbeitslosigkeit und gegen einen Erlaß der Landesregierung, der vorsieht, daß 1976 an den Grund- und Hauptschulen keine hauptamtlichen Lehrer mehr eingestellt werden sollen.

Fortsetzung von S. 3

„Das Radio gehört dem Volk und nicht dem Kapital!"

Arbeiterkommissionen verurteilen sämtlich den reaktionären Schritt der Regierung. Später heißt es, man habe sich nach langer Diskussion getrennt, ohne daß irgendeiner seine Meinung geändert habe. Carvalho teilt die Auffassung der Regierung, er unterstützt die Regierung.

Ich spreche mit einigen Arbeitern, die in Arbeitsanzügen inzwischen in Gruppen von jeweils 30 Mann zu der Menge hinzukommen. "Wie hat die Mobilisierung bei Euch geklappt, habt Ihr eine Vollversammlung gemacht?" Antwort: "Ja, wir haben eine Vollversammlung gemacht, alle haben beschlossen, hierher zu kommen, aber vieles hat heute nicht geklappt. Die Exekutive unserer Kommission hat heute nicht funktioniert, wir haben eine Exekutive in unserem Stadtteil, da sind Vertreter aus den Betrieben, aus den Stadtteilen und aus den Kasernen. Die Exekutive hat aber nicht funktioniert. So mußten wir in der Fabrik allein was machen. Dasist sehr schlecht. Wir müssen daraus lernen, da müssen persönliche Verantwortliche her, die schlagartig mobilisieren nach einem Beschluß der Exekutive. Anders geht es nicht."

Ich habe den Eindruck, daß die Mobilisierung nicht nur hier nicht geklappt hat. Inzwischen sind 6 Stunden nach der Besetzung von Radio Renascenca und der anderen Radioanstalten vergangen und noch wenige Arbeiter sind zu sehen. Dann wird es 18 Uhr; wieder vor Radio Renascenca: Polizei-Verstärkung ist nicht gekommen. Plötzlich schwillt eine Parole aus der Ferne immer mehr an: "Das Radio gehört dem Volk und nicht dem Kapital!" Die Arbeiter kommen ausden Betrieben.

Sie ziehen vor Radio Renascenca, alle in Arbeitsanzügen, mit Helmen, direkt aus der Fabrik, Hunderte von Arbeitern aus den beiden großen Werften und auch aus den Großbetrieben. Es sind insgesamt etwa 6 000, die in einem geschlossenen Zug mit erhobenen Fäusten aufmarschieren, geschlossen, in kraftvollem Aufmarsch. "Das Radio ist des Volkes und nicht des Kapitals!" und "Es lebe die Arbeiterklasse!" ruft die Menge.

Es wird eine Grußadresse der Soldaten-Organisation SUV verlesen. Parole: "Soldaten, immer, immer auf der Seite des Volkes!" Die Internationale wird gesungen, und dann ziehen alle zum Informationsministerium.

Carvalho soll sich äußern

Carvalho, auf den viele so große Stücke gesetzt haben, soll sich äußern. Die Arbeiter haben eine Wut ohnegleichen, daß Carvalho sie verraten hat und diese reaktionäre Regierung unterstützt. Vor dem Informationsministerium stehen inzwischen ca. 60 000 Menschen. Auf einem Dach stehen die Redner. Einer spricht: "Es sind hier schon versammelt viele, viele Arbeiter aus den Betrieben, ganze Belegschaften sind vertreten. Wir meinen, wir müssen jetzt eine große Demonstration organisieren und diese soll von der Arbeiterklasse angeführt werden. Die Arbeiter sollen an der Spitze gehen.".

Die Arbeiter stellen sich auf, gleichzeitig taucht der Ruf auf, daß General Carvalho ans Fenster kommen soll. "Wir wollen eine Antwort." Die Menge ist aufgeregt, wütend. "Otelo, ans Fenster!" Der Redner: "Wir müssen jetzt vorwärts, Genossen! Wir müssen die Radioanstalten wieder zurückerobern. Die Arbeiter an der Spitze der Demonstration zu Radio Renascenca und das Radio zurückerobern."

Die Menge will aber erst eine Antwort von Carvalho. Es wird eine Delegation gebildet. Alle Arbeiter aus den Betrieben sollen eine Abordnung nach vorne schicken, die über die Delegation beschließen und die weiteren Entscheidungen über den gesamten Tag treffen. Es ist 19.20 Uhr. Gleichzeitig wird der Ruf immer lauter: "Otelo, ans Fenster!"

Die Balkone des Informationsministeriums sind überfüllt mit den dort Angestellten. Sie überreichen eine Solidaritätsadresse, die verlesen wird. "Otelo, ans Fenster!" brüllt die Menschenmenge. Der Redner: "Es ist richtig, er soll ans Fenster kommen, wenn er das nicht tut, dann geht die Delegation hin und zwingt ihn."

Ein Arbeiter reißt das Mikrofon an sich und fragt: "Die Kriegsversehrten, die Verstümmelten, die manchmal keine Arme mehr haben, sie haben eine Woche lang den Regierungspalast belagert und gekämpft für ihre Rechte, sie mußten durch Panzerwagen am vorigen Samstag vertrieben werden, und auch das ist nicht gelungen, weil das Volk sie unterstützt hat. Wer ist hier nun wirklich Invalide? Sind es die Kriegsversehrten oder ist es der General Carvalho, der nicht bis ans Fenster laufen kann?"

Während sich die Delegation bildet, werden Grußadressen der Arbeiter-Versammlungen aus den Betrieben verlesen, alles zu verlesen, ist unmöglich, die Menge will Taten sehen. "Otelo, ans Fenster!" Umstehende Arbeiter halten es schon für Quatsch, hier noch länger auf eine Persönlichkeit zu warten und wollen vorwärts, Radio Renascenca zurückerobern. Aber hier sind die Meinungen noch geteilt, die Menge ist sich noch nicht einig, viele wollen Otelo hören, er soll Rechenschaft ablegen.

Ein Arbeiter teilt mit, die versammelten Kollegen seines Werkes hätten gerade beschlossen, dem General Carvalho eine Zeit von 30 Minuten zu geben. Diese 30 Minuten verstreichen. Sie werden um 15 Minuten verlängert. Aber immer mehr wollen die Demonstration gleich.

Jetzt erscheint ein Arbeiter der Delegation, die im Informationsministerium ist, auf dem Balkon und sagt, Otelo wolle heute noch Klassen-Position klären, er wäre bereit, gleich vom Fenster aus zu den Arbeitern zu sprechen. Es vergehen einige Minuten, bis Otelo auf dem Balkon erscheint und mit Pfiffen empfangen wird.

"Nieder mit der bürgerlichen Regierung!"

"Verräter, Verräter, Verräter!" und "Soldaten, immer, immer auf der Seite des Volkes!" ruft die Menge. Der Arbeiter der Delegation erbittet Ruhe für – wie er sagt – "unseren General". Aber die Menge pfeift ihn gleich zurück. "Das ist nicht mehr unser General!"

Dann spricht Otelo: "Ich bin in diesem Augenblick angesichts des großen Eindrucks von dieser großen Menge, die hier steht und bei meinem Eintritt in dieses Gebäude mich 'Sozialdemokrat' und auch 'Faschist' genannt hat, fast in der Lage, daß ich die Position, die ich seit dem 25. April eingenommen habe, für falsch halte. Ich finde das alles äußerst unschön, daß hier nach kaum 17 Monaten Revolution ein Klima äußersten Mißtrauens in unserem Land herrscht." Pfeifen in der Menge. "Ich habe nach dem 25. April den tiefen revolutionären Wunsch gehabt, der mich dahin gebracht hat, die Dinge so zu sehen, daß vollkommen verändert werden müßte die ganze soziale Struktur der portugiesischen Gesellschaft, um die Portugiesen zu den wirklichen Herren dieses Landes zu machen."

Dann geht er auf seine Verdienste ein, über die er niemals laut geredet habe, im Gegensatz zu – wie er sagte – wortradikalen Revolutionären, und mit denen er sich immer in große Gefahr begeben habe. Er verstünde nicht, warum das so falsch verstanden werde.

Rufe aus der Menge: "Sozialdemokrat"

"Ich bin", fährt Otelo fort, "immer auf der Seite des Volkes, auf der Seite der Arbeiterklasse und der ausgebeuteten Massen. Ich muß als Kommandant der Copcon, als Chef der Militärregion von Lissabon, immer im Gleichgewicht halten einmal meine revolutionären Gefühle und dann auch mein Gefühl, daß über mir Organe sind, die ich akzeptieren muß, wenn ich ein funktionsfähiges Regierungssystem voranbringen will." Rufe aus der Menge: "Ein Regierungssystem der Sozialdemokratie, der Bourgeoisie!" Dann der Ruf: "Wählt Jaime Neves! Wählt Jaime Neves!"

Das ist ein reaktionärer Offizier von den sogenannten Kommandos, der von den Soldaten schon einmal hinausgeworfen werden sollte, aber durch Otelo selber geschützt wurde Jaime Neves befehligt jetzt alle Panzerwagen – Einsätze gegen das Volk, so wie vergangenen Samstag gegen die Kriegsversehrten vor dem Regierungspalast nachts um drei Uhr.

,Otelo geht auf die Frage der Kriegsversehrten ein. Er sagt: Dieses Problem muß gemeinsam von Regierung und Revolutionsrat gelöst werden. Pfeifen aus der Menge – Parole: "Aber mit Panzerwagen!" Dann der Ruf: "Nieder mit der 6. Regierung! Nieder mit der Regierung der Bourgeoisie! Nieder mit der Sozialdemokratie!"

Otelo fährt fort: "Diese Regierung hat noch gar nicht die Möglichkeit gehabt zu bestätigen, daß es eine gute Regierung sein kann." Wieder Pfiffe und Rufe: "Diese Regierung hat aber schon Scheiße gebaut!"

Otelo: "Man kann nach einer Woche nicht von einer Regierung erwarten, daß sie die Probleme von 16 Monaten löst!" Die Menge daraufhin: "Eine Woche reicht schon!"

Jetzt geht Aufregung durch die Menge: Panzerwagen sollen im Anrücken sein. Die Menschen rücken zusammen. Otelo unterbricht seine Rede. Die Parole geht durch die Masse: "Keiner weicht! Keiner weicht!" und "Soldaten, immer, immer auf der Seite des Volkes! Die Waffen der Soldaten kehrt man nicht gegen das Volk!" Es ist 20.15 Uhr.

Otelo ergreift wieder das Wort: "Wenn nur ein Funke Gerechtigkeitssinn bei Euch ist, dann könnt Ihr nicht verlangen, daß Probleme von 16 Monaten in einer Woche gelöst werden!" Wieder der Ruf: "Und nicht mit Panzerwagen!" Jetzt kommt Otelo kaum mehr richtig zu Wort, die Menge ist aufgeregt, Arbeiter brüllen: "Gehen wir! Sofort, gehen wir los!"

"Wir können nicht warten, bis die Kleinbourgeoisie ihre Klassenposition festgelegt hat"

Ein Arbeiter ergreift das Wort: "Genossen, wir sind die Demagogie des Generals satt." Lauter Applaus, Bravorufe. "Genossen Eure Wut ist berechtigt auf den Mann, der das Volk betrogen hat. Die Arbeiterklasse braucht heute mehr als zuvor Taten als Klatscherei. Wir haben hier gesehen, welche Auffassungen der Herr General hat. Wir haben die Gelegenheit gehabt, festzustellen, daß nicht nur die 6. Regierung, sondern auch alle bürgerlichen Regierungen vorher gegenüber den Ausgebeuteten immer nur die Haltung hatten, daß sie ausgebeutet werden müssen, wir müssen uns jedesmal mehr politisches Gewicht erkämpfen. Wir müssen sehen, daß die Bourgeoisie, so demokratisch sie sich auch immer geben mag, immer nur eines will, die Ausbeutung derer, die arbeiten. Genossen, wir müssen folgendes machen. Jetzt gleich machen wir eine große Demonstration und die Arbeiterklasse stellt sich an ihre Spitze und diese Demonstration muß erobern . . ."

Der Redner dringt nicht mehr durch. Die Menge will Otelo noch hören, und man ist unschlüssig, wie es mit der Eroberung der Radioanstalten sein soll. Alles diskutiert wild durcheinander. Plötzlich schießt alles durcheinander. In die Menschenmenge fahren Jeeps mit bewaffneten Soldaten. Keiner weiß, wer die Soldaten sind: Freund oder Feind? Ein Schuß löst sich, alles ist in heller Aufregung. Einige Arbeiter brüllen: "Organisiert Euch" und halten die Menge auf, dann der Ruf: "Soldaten, immer, immer auf der Seite des Volkes!" Und siehe da, die Soldaten auf ihrem Lastwagen heben die Fäuste und rufen teilweise mit, sofort sitzen unter ihnen Zivilpersonen. Es sind Truppen der Militärpolizei, also Freunde.

Ein Arbeiter der Sesnave-Werft fordert jetzt Otelo auf, endlich Stellung zu der Besetzung der Radioanstalten zu beziehen, die 30-Minuten-Frist ist längst vorbei. Sie seien es satt zu warten. Otelo drückt sich vor der Antwort. Er sagt nur: "Ich bin der Meinung, Ihr alle solltet eine Demonstration sofort nach Belem machen und vor dem Regierungspalast fordern, was Ihr wollt." Das ist ein Ablenkungsversuch von den Radionanstalten.

Die Nacht vor Radio Renascenca

Es taucht der Ruf auf: "Otelo, Du gehst mit! Otelo, Du gehst mit!" Otelo antwortet: 'Wenn noch Machtorgane bestehen, an die ich noch glaube, dann kann ich nicht Positionen beziehen, die gegen den Präsidenten der Republik sind."

Vor Radio Renascenca angekommen wird bekannt gegeben, daß inzwischen Vertreter der Arbeiterkommissionen, Vertreter der UDP und der FUR mit den Arbeitern von Radio Renascenca und den dort befindlichen Soldaten sich versammelt hätten. Es geht um folgendes Problem: Panzerwagen, von denen vorhin die Rede war, haben um 20 Uhr unter dem Kommando von Jaime Neves die Station Monfanto besetzt, von der alle Radioanstalten ihre Programme ausstrahlen.

Radio Renascenca konnte man nicht zum Schweigen bringen durch die Besetzung. Die Polizei ist nicht geschickt worden, das hätte ein Massaker gegeben. Also hat man jetzt die Zentralstelle für die Radioanstalten überhaupt in die Hand genommen, von der aus man jetzt jederzeit die Sendungen Radio Renascencas abschneiden kann.

Ein Murren geht durch die Zehntausende. Manche sagen neben mir: "Das haben wir Otelo zu verdanken!" Dieser Jaime Neves wurde von ihm eingesetzt, und der sagt noch, das Copcon wäre gegen die Konterrevolution. Die in Radio Renascenca Versammelten beschließen, die Radiosendungen wieder zu beginnen und zu warten, ob sie abgeschnitten werden. Es werden im Radio die Ereignisse des Tages berichtet, Grußadressen aus den Betrieben, Stadtteile n und Kasernen verlesen.

Heute Nacht um 3 Uhr dann wurde Radio Renascenca zum Schweigen gebracht. Ob das nun endgültig ist, ist ungewiß.

Heute Abend sind alle aufgerufen, zu Radio Renascenca zu kommen, gleichzeitig aber will die Sozialdemokratie die Reaktionäre unter der Parole "Verteidigung der revolutionären 6. Regierung" zu einer Kundgebung um 19 Uhr zusammenrufen.

Der Ausgang ist offen

Der Tag gestern hat die Kampfkraft der Arbeiterklasse gezeigt und die Notwendigkeit, sich auf die eigene Kraft zu stützen und nicht auf Persönlichkeiten mit fortschrittlichem Mantel. Gleichzeitig wurde deutlich, daß die Bourgeoisie jetzt die Waffen gegen die Arbeiter richtet, um die Eigentumsverhältnisse zu verteidigen, und daß die Bourgeoisie ihre Diktatur – koste es, was es wolle – herstellen will.

Der Tag zeigte aber auch, daß die Arbeiterklasse noch Schwächen hat, die ausgeräumt werden müssen. Ein großer Teil hängt noch an sogenannten revolutionären Führern aus dem kleinbürgerlicher Lager und die organisatorische Schlagkraft ist nicht voll entwickelt. Für beide Klassen, für die Bourgeoisie und für die Arbeiterklasse, war der gestrige Tag eine Probe auf ihre Kampfkraft. Die Lage ist nicht entschieden.

Daß die Lager aber entscheidend zu werden droht, das besagt die Regierungserklärung von Azevedo in bezug auf die Besetzung der Radioanstalten. Sie erklärt, daß es sich – wie offenkundig ist – um eine Ausnahmeregelung handele, die bestimmt ist dazu, die Erklärung des Ausnahmezustandes, die man in einer solchen Situation wie heute eigentlich ausrufen müßte, zu verhindern. – (kkw, Lissabon, 30.9.1975)

Der Weizen der CDU blüht auf den Trümmern sozialdemokratischer Reformpolitik

Taktik und soziale Demagogie der CDU/ CSU

Einem treuen Sozialdemokraten muß sich doch einfach der Magen umdrehen, wenn ausgerechnet Karl Carstens, diese Herrenreitertype von der CDU, der SPD/FDP-Regierung vorwirft, die geplante Mehrwertsteuererhöhung sei *unsozial*. Da kann er doch nur noch sagen: Wenn die in der Regierung wären, machten sie es doch genauso – womit der Sozialdemokrat zwar das Richtige, aber nichts zur Verteidigung der SPD gesagt hätte. Ausgedrückt hat er damit nur, daß man mit jeder der bürgerlichen Parteien beschissen ist.

Daß sich diese Erkenntnis gegenwärtig im Volk immer weiter verbreitet, daran haben die bürgerlichen Parteien selbst lebhaften Anteil. Regierungsparteien und Oppositionsparteien werfen sich gegenseitig den Betrug am Volk vor – wie recht sie darin haben!

Was die Politik der CDU/CSU betrifft, so baut ihre ganze gegenwärtige Taktik auf dem zusammengebrochenen Reformbetrug der SPD auf. Es ist ein Lehrstück dafür, wie im bürgerlich-parlamentarischen System der Betrug der einen jeweils auf dem Betrug der anderen bürgerlichen Partei aufbaut.

Die Oppositionstaktik der CDU/ CSU

Mit Reformversprechen ist die SPD zusammen mit der FDP in die Regierung gekommen. Die CDU/CSU war zunächst ohne Konzept, sondern versuchte mit Parolen wie *"Reformen ja, aber mit Maß und Vernunft"* hinterherzuschwimmen. In dieser Unsicherheit spiegelt sich die Tatsache, daß große Teile des Volkes weit über die Wähler der SPD und FDP hinaus mit den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen unzufrieden sind und Änderung durch Reformen erhofften.

In dem Maße, wie sich die Reformversprechen der SPD als Reformillusionen erwiesen und durch die wirkliche Krisenentwicklung der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft widerlegt wurden, in dem Maße, wie die SPD durch ihre wirklichen Taten in der Regierung bewies, daß sie – wie alle bürgerlichen Regierungen – Regierung des Kapitals ist, in dem Maße hat die CDU/CSU ihr Konzept wiedergefunden. Darüber ist der Fraktionsvorsitzende Barzel gestürzt und die Führungsrolle von Strauß, der diesen Kurs durchgesetzt hat, hergestellt worden. Dieser Kurs heißt grob: *"Die Reformpolitik der SPD ist schuld an der gegenwärtigen Krise in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft."* Diese negative Bestimmung ist gegenwärtig der Leitfaden der CDU/CSU-Taktik und zugleich das einigende Band zwischen den beiden Unionsparteien.

Diese Taktik erlaubt es der CDU/CSU, hemmungslos alle Krisenerscheinungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung anzuprangern und zugleich die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu verteidigen. Solange die CDU an der Regierung war, habe es weder Arbeitslosigkeit noch Inflation und Finanzkrise gegeben. Da treten die konservativen CDU-Senioren als jugendliche Sozialankläger auf und vergießen Tränen über die seelischen Grausamkeiten des Arbeitslosendaseins (freilich nicht über das materielle Elend, denn das Arbeitslosengeld ist nach den Vorstellungen der CDU/CSU eher zu hoch).

Die "ordnungspolitischen Grundsätze" der CDU/ CSU

Wenn die CDU/CSU von der *"Vertrauenskrise"* spricht, dann um auf ihre *"ordnungspolitischen Vorstellungen"* hinzuweisen, an denen sich die Unternehmer langfristig orientieren könnten, um wieder Vertrauen in die Zukunft zu bekommen. Es handelt sich also um die der gegenwärtigen Taktik der CDU/CSU zugrundeliegenden Grundsätze.

Kernformel dieser *"ordnungspolitischen Vorstellungen"* ist die *"humane Leistungsgesellschaft"* oder *"personale Gesellschaft, die Generalformel . . . in klarer Abgrenzung von einer sozialistisch-kollektivistischen Gesellschaftsvorstellung"*. Auf den ersten Anschein sind die Ausdrücke *"humane Leistungsgesellschaft"* und *personale Gesellschaft"* ganz nichtssagend, enthalten sie doch nichts, was nicht allen Gesellschaften eigen wäre, daß es Gesellschaften von Personen sind, in denen Menschen Leistungen erbringen. Doch ihre Bedeutung besteht darin, daß sie gerade verschweigen, was die gesellschaftliche Ordnung ausmacht, wer was für wen *"leistet"*. Sie sollen gerade über das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft hinwegtäuschen, das darin besteht, daß zwar viele viel *"leisten"*, aber zugunsten der wenigen, die nichts anderes *"leisten"*, als die *"Leistungen"* anderer einzusacken. Für die CDU/CSU sind gerade die *"Leistungen"* der letzteren, der *"freien Unternehmer"*, am höchsten einzuschätzen. Die "humane Leistungsgesellschaft" muß deshalb vor allem die *"Freiheit des Unternehmers"* schützen. Die Unternehmerfreiheit ist überhaupt das Wesen der Freiheit in der kapitalistischen Gesellschaft, die Freiheit, andere auszubeuten, das höchste Gut. Die CDU/CSU tritt deshalb immer wieder unermüdlich gegen die *"allgemeine Verteufelung des freien Unternehmertums"* an.

"Unternehmerpartei" nimmt Einfluß auf die Lohnabhängigen

Inzwischen, wo wir an dem Punkt der Beweisführung angelangt sind, daß die CDU eine *"Unternehmerpartei"* ist, wird sich der treue Sozialdemokrat wieder wohler fühlen. Jedoch, das gleiche gilt auf andere Weise auch für die SPD, und wie erklärt sich der Einfluß der CDU/CSU auf große Teile der Bevölkerung, wo es doch nur so wenig *"freie Unternehmer"* gibt?

Parolen wie *"Leistungsgesellschaft"* und *"personale Gesellschaft"* knüpfen an bürgerlichen Vorstellungen an, die im Volk und auch in der Arbeiterklasse selbst verbreitet sind. Sie werden von allen bürgerlichen Parteien und in der Arbeiterklasse insbesondere von der SPD verbreitet, und der Kern dieser falschen bürgerlichen Vorstellungen ist die Leugnung des Klassenwiderspruchs und der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse. Den Lohnabhängigen zu dem Glauben bringen, es hänge sein Schicksal nur von seiner persönlichen individuellen Leistung ab; wenn er was leiste, könne er es persönlich zu was bringen usw. Im Begriff der *"Leistung"* wird die Arbeit des Lohnabhängigen mit der Nichtarbeit dessen, der von der Ausbeutung der Arbeit lebt, gleichgesetzt. Es gibt da nur noch Personen, die verschieden viel leisten, eine Pyramide, auf der jeder von unten nach oben zu klettern versucht. Es ist eine Ideologie, die direkt gegen die Einheit der Arbeiterklasse gerichtet ist. Ihre Verbreitung unter den Lohnabhängigen wird begünstigt durch die Auslieferung der Gewerkschaften an die Kapitalinteressen durch die SPD-Gewerkschaftspolitik, ihre zerstörerische Wirkung auf die Einheitsgewerkschaft und das bürgerliche Karrieretum der SPD-Funktionäre in den Gewerkschaften. Erst an diesen Merkmalen der SPD-Politik bekommt die CDU/CSU-Demagogie ihre Ansatzpunkte.

Das CDU-Leitbild von der personalen Leistungsgesellschaft lebt überhaupt nur aus der demagogischen Gegenüberstellung zu dem Bild, das sie von der SPD-Politik zeichnet, von der *"Abgrenzung von einer sozialistisch-kollektivistischen Gesellschaftsvorstellung"*, wie Strauß sagt. *"Kollektivismus"* kann an und für sich für die Arbeiterklasse kein schreckliches Zukunftsbild sein, denn die Lohnarbeit steckt die Arbeiterklasse in ein Zwangskollektiv unter das Kommando des Profits. Dagegen kann Kollektivismus doch nur bedeuten, daß das Kollektiv selbst über seine Arbeit bestimmt, bedeutet also die Befreiung der Arbeit von den Fesseln der Profitproduktionsweise. Für die CDU/CSU hingegen bedeutet Kollektivismus die *"Herrschaft der Funktionäre"*. Von dort zum *"Gewerkschaftsstaat"*, bis zum *"Kommunismus Moskauer Prägung"* zieht die CDU/CSU eine Linie, die bei der Verunsicherung durch das SPD-Reformgerede beginnt. Dieser Rundschlag nach dem Motto "Sieben auf einen Streich" zielt in seinem Kern gegen die selbständige gewerkschaftliche und politische Organisation der Arbeiterklasse. Die hochdotierten Funktionäre des Kapitals und seiner bürgerlichen Parteien haben schon immer gegen Arbeiterorganisationen mit Ausdrücken wie "Funktionärswirtschaft" oder ähnlichem Stimmung zu machen versucht. Die CDU/CSU versucht ihren Angriff wirkungsvoll zu machen, indem sie alle Enttäuschung und Erbitterung in der Arbeiterklasse über ihre falschen bürgerlichen Führer, über ihre Funktionäre, die nicht im Interesse der Arbeiterklasse funktionieren, sondern im Interesse des bürgerlichen Staates, über die Funktionäre in den revisionistischen Ländern, die sich als neue bürgerliche Ausbeuterklasse über die Arbeiterklasse erhoben haben, über Mitbestimmungspläne, die in der Tat nicht den Arbeiterinteressen, sondern den Karriereinteressen der SPD-Gewerkschaftsführer dienen – indem sie alle diese Untaten der Verräter an den Interessen der Arbeiterklasse, am Sozialismus zur Munition gegen die Interessen der Arbeiterklasse macht. Dies ist Sozialismus, hämmert die CDU/CSU und versucht damit den Sozialismus auf dem Scheiterhaufen der SPD zu verbrennen und mit den Entartungen des Revisionismus Zunder zu geben.

Die SPD verteidigt sich als der bessere Anwalt der Kapitalinteressen

Die SPD, angetreten als Partei, die vorgibt, die Übel des Kapitalismus heilen zu können, kann diesen Angriff nicht prinzipiell abwehren, müßte sie doch sagen, daß keine bürgerliche Regierung die Übel des Kapitalismus beseitigen kann. Sie antwortet, daß diese Kritik noch kein Regierungskonzept ausmache. Im übrigen sei sie sich doch einig mit den Unionsparteien, daß nur über eine *"Verbesserung der Kapitalerträge"* die Krise zu überwinden sei. Wir sind gar keine *"Systemveränderer"*, antwortet die SPD der CDU, wir machen kapitalistische Krisenpolitik, wir haben schließlich die Maßnahmen für das Kapital ergriffen wie z.B. die Investitionszulage, und ihr habt nicht mal Vorschläge. Und die SPD scheut sich nicht, im Bundestag namhafte Kapitalisten als Zeugen für die Richtigkeit ihrer Politik zu nennen. Auf die Antwort der SPD, sie mache, während die CDU/CSU nur opponiere, erwidert die CDU/CSU: *"Das sind keine Macher, sondern Stümper."*

Die empfindliche Unternehmerseele der CDU/CSU

Doch damit ist die Leitlinie der CDU/CSU, die Reformpolitik der SPD habe die Krise verursacht, noch nicht am Ende. Nicht tatsächliche Reformen, sondern das *"Reformgerede"* habe *"falsche Erwartungen"* im Volk genährt und die *"Unternehmer verunsichert"*. Solange das *"Reformgerede"* die Unternehmer verunsichere, würden diese nicht ausreichend investieren, weil sie kein Vertrauen in die Zukunft haben könnten.

Oh du empfindlicher Unternehmergeist, der du einst skrupellos über Krüppel und Leichen den kapitalistischen Fortschritt über die ganze Erde gewalzt hast, zitterst du heute vor den ausgetüftelten Reformtheorien der Jusos, von denen sich der SPD-Kanzler Schmidt doch erst erneut öffentlich im Bundestag distanziert hat? Freilich, die Zukunftsaussichten des Kapitalismus sind nicht gut, die Völker der Welt streben danach, das Joch der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung abzuschütteln, und nichts spricht dafür, daß die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik die Ausbeuterordnung ewig ertragen will. Jedoch daß die Kapitalisten gegenwärtig nicht investieren, liegt nicht an ihrer Zukunftsangst, sondern schlicht und einfach daran, daß ihre Produktionskapazitäten gegenwärtig nur zu 75 Prozent ausgelastet sind, weil die Märkte in der Krise geschrumpft sind und Neuanschaffungen von Maschinen gegenwärtig keinen Profit versprechen, weil die Krise dem Kapital keine produktive Ausdehnung erlaubt. Diese Krise ist nicht psychologisch, sondern höchst real, und sie wird allerdings in der Arbeiterklasse die Entschlossenheit und das Bewußtsein fördern, daß die kapitalistische Ordnung nicht reformiert, sondern beseitigt werden muß.

Fassen wir zusammen: Der Leitsatz der CDU, die SPD habe die Krise verursacht, stellt die Wirklichkeit auf den Kopf. Die Wirklichkeit ist, daß der SPD-Reformbetrug schnell an der kapitalistischen Krise gescheitert ist. Der Leitsatz der CDU hat aber so viel mit der Wirklichkeit gemein, als er die entsprechende betrügerische Quittung ist auf die betrügerische Politik der SPD, die nicht nur angetreten war, die kapitalistische Krise zu meistern, sondern auch mehr *"Lebensqualität"* im Kapitalismus zu schaffen. Wer vorgibt, Macher zu sein, hat auch die Krise gemacht, das ist die Logik der CDU/CSU. Tatsächlich gemacht hat die SPD/FDP-Regierung, was alle bürgerlichen Regierungen machen: die arbeitenden Massen mit Versprechen ködern, schröpfen und unten halten, damit die Geschäfte der Kapitalisten laufen und die Ausbeutung fortgeht, auch wenn der Kapitalismus durch seine inneren Krisen geschüttelt wird.

CDU-Angriff auf die Schutzrechte der Arbeiterklasse

Die CDU/CSU spricht also keineswegs nur den Unternehmer an, sondern versucht offensiv in die Masse der Lohnabhängigen einzuwirken. Die *"Leidtragenden"* aus der Verunsicherung der Unternehmer seien *"vor allem die Arbeitnehmer"*, die die Folgen der Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Teuerung zu tragen haben. Der *"SPD-Wohlfahrtsstaat"* nehme ihnen durch Steuern und Sozialabgaben die *"Früchte ihrer Leistung"*, er strafe die *"Fleißigen"* durch ein Steuersystem, das *"den Fleißigen stärker trifft als den weniger Fleißigen"*. Das sagt Strauß, ungeachtet der Mitwirkung der CDU/CSU an diesem "Sozialstaat", und er fährt fort:

"Gerade die Arbeitnehmer als zahlenmäßig stärkste Schicht stehen heute vor der Frage: Wollen sie einen Versorgungsstaat, der sie über ein wachsendes Heer von Funktionären mit 'Lebensqualität' ausstattet, oder besitzen sie genug Mündigkeit, um bei einer gewissen Begrenzung des Staates auf das vernunftgemäße Notwendige über einen größeren Teil ihres Einkommens nach eigener Verantwortung und eigener Mündigkeit entscheiden zu können?" (Aus: Strauß, Deutschland deine Zukunft, Seite 27)

Natürlich ist dies ein übler Angriff auf erkämpfte Schutzrechte der Arbeiterklasse. Aber bekommt der ausgeworfene Köder, auf Schutzrechte zu verzichten zugunsten der Verfügung über mehr Einkommen, nicht dadurch seine Wirkung, daß diese Schutzrechte, die Sozialversicherungen, zu einem Instrument der Ausplünderung durch den kapitalistischen Staat geworden sind, daß die Sozialversicherungen nicht in den Händen der Lohnabhängigen, sondern in den Händen des bürgerlichen Staatsapparates sich befinden? Der Angriff auf die Solidarität der Lohnabhängigen geschieht auf der Grundlage, daß die SPD diese Solidarität so weit mißbraucht hat, daß sie schon zerstört wäre, wüßte die Arbeiterklasse sie nicht selbständig zu gebrauchen.

Während es die Politik der SPD ist, die Arbeiterklasse insgesamt an den bürgerlichen Staat zu fesseln, kann die CDU/CSU Einfluß in der Arbeitnehmerschaft nur gewinnen, indem sie die Lohnabhängigen als Einzelne aus der Solidarität herauszubrechen versucht.

Die "neue soziale Frage" der CDU

Ein neuer Einfall in der CDU-Demagogie ist die sogenannte *"neue soziale Frage"*, die besagt, daß Gewerkschaften und Großkapital alle Vorteile dieser Gesellschaft unter sich aushandeln zu Lasten der Rentner, Bauern, Kleinunternehmer und Arbeitslosen. Dieser Versuch, die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft in ein Boot mit den Monopolen und in Gegensatz zu dem Rest der Gesellschaft zu stellen, steht zunächst im Widerspruch zur Polemik gegen *"Kollektivismus und Gewerkschaftsstaat"*, in der ja behauptet wurde, die Gewerkschaftsmacht schade vor allem den Organisierten selber. Dann steht sie auch in Widerspruch zu dem CDU-Angriff auf die Sozialleistungen, die ja zugunsten des höheren Einkommens des *"Fleißigen"* abgebaut werden sollen. Sie ist also mit der Ideologie der *"Leistungsgesellschaft"* nicht richtig vereinbar und in der CDU auch nicht einhellig vertreten. Gemeinsam hat sie mit der Ideologie der *"Leistungsgesellschaft"*, daß sie den Klassengegensatz leugnet. Sie ist vor allem gegen den Lohnkampf gerichtet, denn da holten sich die Arbeiter zu hohe Löhne, was das Großkapital über die Preise wieder reinholen könne, während Bauern und Kleinunternehmer dabei pleite gingen, die Rentner leer ausgingen und die Arbeitslosigkeit zunehme.

Nun machen die Großkapitalisten die Kleinen nicht über die Löhne, sondern über den Markt fertig, und wären die Löhne niedriger, so blieben doch alle Konkurrenzvorteile beim Monopolkapital. Daß die Löhne nicht die Arbeitslosigkeit verursachen, ist in dieser Zeitung mehrfach dargelegt worden, und die Renten sind bekanntlich an die Lohnentwicklung gebunden. Daß sie miserabel sind, liegt also nicht an der Lohnentwicklung. Es bleibt an dieser *"neuen sozialen Frage"* nichts, was stimmt, aber sie ist eine freche Verhöhnung der Lohnabhängigen. Denn die SPD, die die Führung der Gewerkschaften innehat, liefert die Gewerkschaftsmacht immer wieder den Monopolinteressen aus, versucht die Gewerkschaftsmitgliedschaft in die Ohnmacht gegenüber den Monopolen zu führen, und dann kommt die CDU/CSU und behauptet obendrein, die gewerkschaftlichen Lohnabhängigen sitzen in einem Boot mit den Monopolen und teilen mit diesen alle Vorzüge der Gesellschaft zu Lasten der Anderen. Dem treuen Sozialdemokraten kann man da nur sagen: Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen. Nur die von der SPD-Politik verursachte Schwächung der Gewerkschaften ermöglicht der CDU diesen frechen Angriff. Dagegen ist es für die Arbeiterklasse eine klare Sache, daß sie starke Gewerkschaften braucht, um dem Kapital nicht wehrlos ausgeliefert zu sein, und daß es wesentliche Aufgabe der Gewerkschaft ist, die Interessen derer wahrzunehmen, die aus der Produktion ausscheiden, der Rentner, der Arbeitslosen, und zwar im notwendigen Interesse der Stärke und Einheit der Arbeiterklasse. Doch diese elementare Aufgabe der Gewerkschaft wird von der SPD-Führung sabotiert, die CDU nutzt diese Blöße.

Spaltung der Volksmassen ist das Geschäft der bürgerlichen Parteien und die Wirkungsweise des parlamentarischen Systems

Demagogie heißt Volksbetrug – Volksbetrug ist das Geschäft der bürgerlichen Parteien. Die Entstellung der Wirklichkeit, um das Volk und die Arbeiterklasse gegen sich selbst und gegeneinander und wiederum auf die Interessen der Ausbeuter und Unterdrücker des Volkes auszurichten, dieser Betrug kann nie ein reines Lügengespinst fern aller Wirklichkeit sein, sondern muß Elemente der gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit aufgreifen, um ihren Zusammenhang auf den Kopf zu stellen. Wir haben gesehen, wie der Betrug der einen, der CDU/CSU, auf dem Betrug der anderen bürgerlichen Partei, der SPD, aufbaut. Das heißt, die Auseinandersetzung zwischen den bürgerlichen Parteien ist selbst ein Betrugssystem. Das bürgerlich-parlamentarische System ist selbst eine Einrichtung zum Betrug der Volksmassen im Interesse der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Herrschaft, der Herrschaft des Monopol- und Finanzkapitals.

Die Bourgeoisie kann nur herrschen durch Gewalt einerseits und Spaltung der Volksmassen andererseits, denn die Interessen der arbeitenden Massen stehen den Interessen der Bourgeoisie schnurstracks entgegen. Die Wirkungsweise der bürgerlich-parlamentarischen Form der Diktatur der Bourgeoisie besteht darin, das Volk in verschiedene bürgerliche Parteien zu spalten. *"Im Namen des Volkes"*, aber auf die Interessen des Kapitals verpflichtet, streiten sie gegeneinander um die Kommandoposten im bürgerlichen Staatsapparat. Sie sollen das Volk ständig vor die Wahl zwischen Pest und Cholera stellen, dazu bringen, daß es die Repräsentanten seiner Unterdrückung selbst wählt. Immer diejenige bürgerliche Partei ist am geeignetsten für die Regierungsgeschäfte des Kapitals, der es am besten gelingt, die Massen zu täuschen und an die kapitalistische Ausbeuterordnung zu fesseln.

Die Arbeiterklasse kämpft für die Einheit der Volksmassen

Dagegen kann die Arbeiterklasse die politische Macht nur erringen, wenn sie sich zum Sturz der bürgerlichen Staatsgewalt vereint, sie kann sich einigen, weil sie ein gemeinsames Interesse hat an der Abschaffung der Ausbeutung. Sie kann sich schließlich mit den breiten Volksmassen vereinen, weil die Volksmassen ebenfalls ein Interesse an der Abschaffung von Ausbeutung und Unterdrückung haben. Denn die Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung ist die Voraussetzung für die Abschaffung jeglicher Unterdrückung. Die Einheit der Arbeiterklasse und der Zusammenschluß der Volksmassen unter Führung der Arbeiterklasse, um diese revolutionären Aufgaben zu vollbringen, das ist das Programm der Diktatur des Proletariats gegen die bestehende Ausbeutergesellschaft, das Programm der Kommunisten. – **(bb)**

SPD/FDP-Entwurf zementiert den § 218 - Lückenlose Kontrolle geplant

Soziale Notlagenindikation- ein Betrug

Nachdruck aus der Zeitung der Komitees gegen den § 218

Am 25. September 1975 hat die SPD/FDP-Mehrheit im Bundestag endlich ihren Gesetzesentwurf zur Neufassung des § 218 der Öffentlichkeit vorgelegt. Bereits im Febr. hatte das Urteil des Bundesverfassungsgerichts festgelegt, was Inhalt des neuen § 218 sein muß. Seitdem tagten die Parlamentsausschüsse, seitdem fanden Geheimsitzungen und interne Beratungen statt. Was sie nach fünf Monaten ans Licht gebracht haben, ist ein Gesetzesungetüm, dem man die Mühe ansieht, es zu gebären.

Glaubt man der Presse, hat die Koalition ihre Sache fein gemacht; das Urteil des Bundesverfassungsgerichts geschickt umgangen, die acht höchsten Richter trefflich aufs Kreuz gelegt.

"Alles klar für den neuen § 218!" schreibt die Bild-Zeitung vom 26. September. *"Ein Schwangerschaftsabbruch ist nicht strafbar ... bei einer Notlage." "Auch Frauen in bedrängter sozialer Situation können in Zukunft nicht mehr gezwungen werden, ein Kind auszutragen"*, schreibt die "Hamburger Morgenpost" vom 26. September. *"Weit gefaßte Ausnahmeregelungen sichern dem Arzt und der Schwangeren jedoch Straffreiheit zu"*, so die "Bremer Nachrichten".

Noch weiter geht die Bild-Zeitung im oben zitierten Artikel. Als Beispiel für eine solche Notlage führt sie fettgedruckt an: *"Die Schwangere hat schon sechs Kinder, die Wohnung ist zu klein, der Lohn des Mannes ist zu gering."*

Offensichtlich rechnen die Parteien und die Presse damit, daß sich keiner im Wust der Gesetzesbestimmungen zurechtfindet, daß kaum einer das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes kennt, das ihnen zugrundeliegt.

Was ist in dem "Reformentwurf" festgelegt?

1. Der § 218 bleibt. Bestraft werden die Schwangere und der, der den Abbruch vornimmt. Das ist der Kern, dem Auftrag des Bundesverfassungsgerichts entsprechend.

2. Neu eingeführt werden die Paragrafen 218 a, 218 b und 219. Sie stellen das Beiwerk dar. Festgelegt sind dort die Ausnahmebedingungen für einen legalen Schwangerschaftsabbruch.

Straffreiheit kann vom Staat zugestanden werden bei
- schwerwiegender Schädigung des Kindes (eugenische Indikation);
- Gefahr für das Leben der Mutter (bisher übliche "medizinische" Indikation);
- Verbrechen als Ursache der Schwangerschaft ("ethische Indikation") und
- der Gefahr einer Notlage für die Schwangere ("Notlagenindikation").

Festgelegt ist allerdings gleich, daß in allen Fällen die Zubilligung einer "Indikation" erst der letzte Ausweg ist. Jede andere "zumutbare" Lösung muß von der Schwangeren akzeptiert werden. Das nennt sich "medizinische Generalklausel". "Medizinisch" deshalb, weil ausschließlich die "ärztliche Erkenntnis" maßgeblich sein soll für die Beurteilung, ob eine Indikation vorliegt oder nicht.

Das scheint noch annehmbar. Doch um sich ein Bild davon zu machen, was diese Bestimmungen bedeuten, muß man genau untersuchen, was gemeint ist mit "zumutbar" und was von der "ärztlichen Erkenntnis" zu erwarten ist bezüglich der Notlagenindikation. Tatsache ist nun mal: Arbeitslosigkeit, knapper Lohn, viele Kinder usw. sind keine Krankheiten. Trotzdem zwingen sie zur Abtreibung, machen ein Kind oder ein weiteres Kind unzumutbar.

"Soziale Indikation" – groß angelegtes Täuschungsmanöver

Der Begriff für die "soziale Notlagenindikation" legt nahe, daß dem der neue Gesetzentwurf auch gerecht wird. Weit gefehlt! Das Bundesverfassungsgerichtsurteil hat dazu festgelegt: *"Für die inhaltliche Ausfüllung des Unzumutbarkeitskriteriums müssen jedoch Umstände ausscheiden, die den Pflichtigen nicht schwerwiegend belasten, da sie die Normalsituation darstellen, mit der jeder fertig werden muß. Vielmehr müssen Umstände* erheblichen *Gewichts gegeben sein, die dem Betroffenen die Erfüllung seiner Pflicht (zur Austragung der Schwangerschaft, die Red.)* **außergewöhnlich** *erschweren, so daß sie von ihm billigerweise nicht erwartet werden kann."* (Bundesverfassungsgerichtsurteil, Seite 41) *"Bei der Regelung dieses Indikationsfalls muß der Gesetzgeber den straffreien Tatbestand so umschreiben, daß die* Schwere *des hier vorauszusetzenden sozialen Konfliktes deutlich wird und ... die Kongruenz (Gleichwertigkeit, die Red.) dieser Indikation mit den anderen Indikationsfällen gewahrt bleibt."*

Die Regierungsparteien sind diesem Auftrag nachgekommen. § 218 a besagt, daß nur eine "Notlage" anerkannt werden kann, die *"so schwer wiegt, daß von der Schwangeren die Fortsetzung der Schwangerschaft nicht verlangt werden kann"*.

Was davon zu halten ist, kann man in der Entschließung des Bundesärztetages 1975 nachlesen: *"Eine medizinische Indikation liegt vor, wenn der Abbruch der Schwangerschaft nach ärztlichem Wissen angezeigt ist, um von der Schwangeren eine Gefahr für ihr Leben oder für ihre körperliche oder seelische Gesundheit abzuwenden. Die drohende Beeinträchtigung der Gesundheit muß allerdings schwerwiegend sein;* **denn nicht jede Beeinträchtigung des 'physischen, geistigen und sozialen Wohlbefindens'** *(im Sinne der Definition der Weltgesundheitsorganisation, die Red.)* **kann die Vernichtung werdenden Lebens rechtfertigen.** *Dies käme praktisch der Lösung gleich, das Leben der Leibesfrucht in das Belieben der Schwangeren zu stellen. (...) Aus den gleichen Gründen muß auch die Indikation einer 'allgemeinen Notlage" abgelehnt werden, weil auch sie zwangsläufig auf die subjektive Einstellung der Schwangeren zu der durch die Schwangerschaft und Geburt eintretenden Veränderung ihrer Lebensverhältnisse abzielt."*

Im Klartext heißt das: **Die "ärztliche Erkenntnis" kennt keine "soziale Notlage".** Es wird sie also in der **Praxis** des § 218 nicht geben.

So hat es auch die Koalition gemeint. Nicht umsonst hat sie wortwörtlich aus dieser Entschließung des Ärztetages die Beschreibung der Indikation übernommen.

Von der großartigen "sozialen Notlagenindikation" bleiben so schließlich nur noch die leeren Worte. Sie erweist sich als großangelegter Bluff, als ein gezieltes Täuschungsmanöver gegenüber dem Volk.

Nicht anders sieht es mit der Behauptung aus, *"Voraussetzung für die Straffreiheit der Frau ist lediglich die Beratung, nicht aber eine gutachtlich festgestellte Indikation"* (Bremer Nachrichten, 26. September). Auch das entspricht zunächst dem Wortlaut des Gesetzestextes. Die Formulierung des § 218 b legt diese Behauptung bewußt nahe. Der Anschein wird dort erweckt, daß nur der Zwang besteht, sich spätestens drei Tage vor Abbruch der Schwangerschaft an eine Beraterstelle und einen Arzt zu wenden, um sich sozialrechtlich und medizinisch "beraten" zu lassen. Erst im nächsten Paragrafen (§ 219) ist festgelegt: Ein Schwangerschaftsabbruch wird bestraft, wenn kein schriftliches Gutachten eines Arztes vorliegt, das eine "Indikation" feststellt.

Für dieses Machwerk an Lug und Trug haben sie lang gebraucht, die Herren Experten der Parlamentsparteien. Ganz zufrieden sind sie mit dem, was ihnen gelungen ist. So zufrieden, daß die Fraktionen der SPD und FDP frech gegenüber der Presse behauptet haben, *"daß der vorgesehene legale Weg so kurz wie möglich gehalten und kein bürokratischer Hindernislauf sei. Die Frauen würden nicht mehr in die Illegalität gedrängt, sondern könnten einen legalen Weg gehen und die angebotene Beratung annehmen."* (Bremer Nachrichten, 26. September)



Wiesbaden. Gleich am Wochenende traten die Komitees gegen den § 218 öffentlich gegen den neuen Gesetzesentwurf der SPD/FDP-Koalition auf. Das Bild zeigt eine Demonstration in Wiesbaden, an der sich 150 Menschen beteiligten.

Die Beratung – perfektes System staatlicher Kontrolle

Der Weg, den sie in ihrer "Reform" vorgeschrieben haben, straft diese Behauptung Lügen. Denn der "unbürokratische", "kurze" legale Weg sieht so aus: In den sechs Wochen nach Feststellung der Schwangerschaft (maximal bis zum dritten Monat) muß

1. die Schwangere zuerst einen Arzt finden, der ihr – aufgrund "ärztlicher Erkenntnis" – bescheinigt (Gutachten!), daß eine Indikation nach § 218 vorliegt;

2. die Schwangere dann spätestens drei Tage vor dem Eingriff (für den sie einen anderen Arzt finden muß!) sich von einem Berater *"über die zur Verfügung stehenden öffentlichen und privaten Hilfen für schwangere Mütter und Kinder"* beraten lassen, *"insbesondere über solche Hilfen, die die Schwangerschaft und die Lage von Mutter und Kind erleichtern"*.

Das heißt: Geraten wird ihr zu kirchlichen Heimen für ledige Mütter, ein Heimplatz für das "werdende Leben" wird ihr angeboten und nahegelegt, das Kind doch zur Adoption freizugeben. Hingewiesen wird, daß eine "Notlage" nicht besteht, solange nicht alle Möglichkeiten der zwangsweisen Bettelei bei den Ämtern ausgeschöpft sind. Zusätzlich muß sich die Schwangere

3. von einem Arzt über die "ärztlich bedeutsamen Gesichtspunkte" beraten lassen. Das heißt, sie wird sich die Schauermärchen von der Gefahr der Abtreibung, bleibender Unfruchtbarkeit, lebensgefährlichem Eingriff anhören müssen.

Auch hier gibt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts noch genauere Auskunft. *"Beratung und Hilfe"*, steht dort, muß der Staat *"anbieten mit dem Ziel, die Schwangere an die grundsätzliche Pflicht zur Achtung des Lebensrechts des Ungeborenen zu mahnen, sie zur Fortsetzung der Schwangerschaft zu ermutigen." "Der Arzt muß die Schwangere auch darüber aufklären, daß durch den Eingriff menschliches Leben vernichtet wird und in welchem Entwicklungsstadium es sich befindet." "Auf eine solche Einflußnahme auf den Entschluß der Schwangeren kommt es jedenfalls entscheidend an, wenn der Beratung ein Schutzeffekt zugunsten des werdenden Lebens zukommen soll."*

So sieht die Beratungspraxis aus

"Danach hat er mir gesagt, ich wäre so gesund, daß ich noch ein neuntes und auch zehntes Kind zur Welt bringen kann. Da war ich erst einmal fassungslos. Aber es ging noch weiter. *'Wissen Sie, daß Sie Mord begehen, wenn Sie abtreiben?'* hat er mich gefragt. Mein Kind hätte jetzt schon Ärmchen und Beinchen. Ob ich denn kein Gewissen hätte? Ob ich es denn vor Gott verantworten wolle, das Kind abzutreiben.

'Jetzt sind Sie noch gesund', sagte er, *'aber wissen Sie, ob Sie gesund sind, wenn Sie von Holland wiederkommen? Ich kenne Frauen, die von Holland wiedergekommen sind mit zerstochenem Unterleib.'* Das hat er wirklich gesagt. Zweieinhalb Stunden hat er mir Predigten gehalten. Als ich ihm dann nochmals zu erklären versuchte, daß ich das Kind aber nicht mehr großziehen kann, hat er mir angeboten, das Kind auszutragen und dann zu verschenken! Ich bräuchte das Kind nur zu gebären und mir nach der Geburt gar nicht mehr anzusehen. In Deutschland gebe es doch jetzt so wenig Nachwuchs." (Bericht der Frau S. aus Essen, Zeitung der Komitees vom 3. September)

Damit diese "Beeinflussung" im Sinne des Bundesverfassungsgerichtsurteils auch umfassend garantiert ist, hat die Koalition im Gesetzentwurf ein engmaschiges Beratersystem ausgeklügelt, das dem Staat jederzeit die lückenlose Kontrolle gewährt.

Gültig ist die zwangsweise Beratung nur dann, wenn sie von einer staatlichen Beraterstelle selbst oder von einem Arzt ausgeführt wird. Damit die "schwarzen Schafe" unter der Ärzteschaft, die für das Recht auf Abtreibung eintreten, keinen Spielraum haben, ist ein dreigliedriges System der Auswahl durch den Staat festgelegt (§ 218 b, Abs. 2).

1. Ärzte, die in der Beratungsstelle angestellt sind – d.h. direkte staatliche Handlanger (§ 218 b, Abs. 2, Nr. 2 a).

2. Ärzte, die vom Staat als Berater anerkannt sind (§ 218 b, Abs. 2, Nr. 2 b), d.h. Vertreter der Auffassungen der Ärztekammer – soziale Notlage gibt's für die nicht.

3. Für alle anderen Ärzte gilt: In **jedem Einzelfall** müssen sie sich von der staatlichen Beratungsstelle beraten lassen, ob sie eine Abtreibung befürworten dürfen oder nicht – d.h. sich der Entscheidung der Beratungsstelle unterwerfen.

Dieses undurchlässige Netz der Beratungskontrolle soll alle erfassen. Wer sich erst einmal in gutem Glauben an einen "Berater" gewandt hat, um einen legalen Schwangerschaftsabbruch zu erreichen, der ist erfaßt, die Schwangerschaft ist staatlich dokumentiert, aktenkundig, ein Entrinnen ist nicht mehr möglich. So sieht in Wahrheit die "unkomplizierte, großzügige Indikationsregelung" der Regierungsmehrheit aus.

Fest steht: Dieser Entwurf ist unannehmbar für das Volk. Er wird keine Unterstützung finden. Die Forderung des Volkes ist:

Ersatzlose Streichung des § 218!
Weg mit diesem Strafgesetz!

Gegen den Paragraf 218

Köln Die Mitglieder der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger (GDBA) des Lokalverbandes Köln fordern auf ihrer Jahresvollversammlung den Genossenschaftstag 1975 in Berlin auf, entlang den Forderungen:
Weg mit dem § 218!
Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes!
Das Volk selber soll entscheiden!
Volksentscheid gegen den § 218!
einen Beschluß zu fassen.

Hanau. Die Fachgruppe Sozialarbeit in der ÖTV Hanau hat einen Antrag an die Kreisdelegiertenkonferenz beschlossen, in dem die ersatzlose Streichung des § 218 gefordert wird und daß das Volk selber darüber entscheidet. Der DGB-Kreisvorstand wird zur Durchführung einer Versammlung gegen den § 218 aufgefordert.

176, München. Auf der letzten Sitzung der Fachgruppe Grund-, Haupt- und Sonderschule des GEW-Kreisverbandes München waren Vertreter des Komitees gegen den § 218 eingeladen, um über die Arbeit des Komitees zu berichten. Die versammelten 19 Gewerkschafter verabschiedeten eine Resolution mit den Forderungen: "Weg mit dem § 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes! Das Volk selbst soll entscheiden!"

Leserbrief

Liebe Redaktion!

Ich bin 48 Jahre, Putzfrau bei der Stadt Schwerte und zudem noch Hausfrau. Am 21. September bin ich mit nach Bonn gefahren zur Demonstration gegen den § 218.

Zunächst war ich ganz einfach neugierig, ob es wirklich stimmt, daß Demonstranten Schlägereien anzetteln, so daß die Polizei dann zum Schutze der Bürger eingreifen muß. So jedenfalls liest man es doch immer in den Zeitungen. Zum anderen meine ich, daß der § 218 nicht nur die Jugendlichen unterdrückt, sondern gerade die berufstätigen Frauen und ihre Familien.

Wir verließen im Demonstrationszug den Hauptbahnhof Bonn, wobei ich am Rande ging, weil ich alles genau sehen wollte, und weil ich Angst hatte vor der Polizei, die massenhaft da rumstand. Wir hatten uns in Ketten eingehängt, weil die Polizei unseren friedlichen Zug ständig überfiel, um unsere Transparente unbrauchbar zu machen. Die brauchten wir aber, um unsere Forderungen deutlich zu machen.

Dann sah ich, wie zwei Polizisten zusammenstanden und hörte, wie der eine zum anderen sagte: "Geh da rein, wo die Frau da drüben ist." In dem Moment kam der Polizist schon auf mich zu, schlug auf meinen Arm, stieß mich in den Rücken, riß mir die Tasche weg, riß mir die Brille runter und stieß mich dann nochmal so, daß ich mühsam auf den Knien meine Sachen zusammensuchen mußte.

Als ich meine Sachen wieder hatte, ging ich empört zu einem Beamten, der alles gesehen hatte und beschwerte mich. Da sagte der mir: "Ich habe nichts gesehen."

Am nächsten Tag las ich in der Zeitung, zugespitzte Dachlatten seien als Waffen mitgeführt worden.

Ich weiß aber jetzt, daß dies alles nur gelogen ist (...)

Ich werde, wenn in Zukunft wieder einmal die Rede von Schlägereien auf Demonstrationen ist, sehr genau untersuchen, wer denn nun wirklich angefangen ist und den Zeitungen nichts glauben.

Vor allen Dingen werde ich aber meinen Kollegen darüber berichten, was die Polizei da in Bonn verbrochen hat.

C. Schwerte

Angeklagt wegen der Entlarvung eines Spitzels

Am ersten Prozeßtag einen weiteren Spitzel ertappt

Delmenhorst. Am Montag, dem 22.9.1975 fand im Amtsgericht Delmenhorst der erste Verhandlungstag eines politischen Prozesses gegen zwei Genossen statt, denen "vorgeworfen" wird, als Redakteure der Ortsbeilage Delmenhorst der KVZ ein Foto des Verfassungsschutzspitzels G. Fleischer veröffentlicht zu haben, gegen seinen Willen.

Fleischer war in unserer Ortsbeilage als Spitzel entlarvt worden, als er versucht hatte, mittels Bestechung einen mittellosen Studenten in die Ortsgruppe Delmenhorst des KBW zu schleusen, als Spitzel für den Verfassungsschutz. Der Student machte das schmutzige Geschäft nicht mit und informierte uns sofort. Die Veröffentlichung dieser Vorgänge wurde durch Beschlagnahmeandrohung sowie Durchsuchung des KBW-Büros sowie Strafbefehle seitens des bürgerlichen Staatsapparates zu verhindern versucht, was nicht gelang.

Der erste Verhandlungstag nun zeigte deutlich, daß es dem Gericht in erster Linie darum geht, die Spitzelei Fleischers im Gerichtssaal fortzusetzen, um Einblick in die innerorganisatorischen Verhältnisse des KBW zu bekommen.

Von einem Büro des Delmenhorster Standesamtes aus fotografierte ein Mann unmittelbar vor Verhandlungsbeginn die beiden Verteidiger der Angeklagten und offenbar auch die Besucher des Prozesses. Er wurde von den Rechtsanwälten entdeckt und zur Rede gestellt. Scheinheilig gab er vor, Beamter des Straßenbauamtes zu sein, der die Straßenkreuzung fotografieren müsse.

Der angebliche Straßenbaubeamte tauchte dann plötzlich im Gerichtssaal auf und mischte sich unter die Zuhörer.

Die Rechtsanwälte forderten Richter Ewert sowie den Staatsanwalt auf, die Personalien des Mannes festzustellen, da es sich offensichtlich um einen Spitzel handele. Beide lehnten dies ab. Daraufhin ließen die Rechtsanwälte die Verhandlung unterbrechen, um durch Polizeibeamte die Personalien feststellen zu lassen.

Sofort versuchte sich der Mann wegzuschleichen, was ihm jedoch aufgrund der Aufmerksamkeit der Prozeßbesucher nicht gelang.

Durch das Erscheinen der Streifenpolizisten gezwungen, seine Personalien preiszugeben, entpuppte sich sein Lügengebilde.

Die Rechtsanwälte forderten sofort nach der Prozeßunterbrechung den Ausschluß des Agenten aus dem Gerichtssaal. Richter Ewert gab dem Antrag nicht statt. Hier wird deutlich, wie die bürgerliche Justiz ihre Gesetze anwendet.

Unter dem Vorwand, das Recht auf eigenes Bild verletzt zu haben, stehen zwei Genossen unter Anklage.

Dieses Recht wird jedoch mit Füßen getreten, indem das selbe Gericht den Polizeispitzeln einen Freibrief ausstellt, die Verteidiger und andere Prozeßbesucher zu fotografieren.

"Kein Grund läge vor", so Richter Ewert, "diesen Mann auszuschließen!"

Unter dem Beifall der anwesenden Öffentlichkeit führten daraufhin die Angeklagten aus:

– daß Fleischer kein Einzelfall ist, sondern nur die Spitze eines Eisberges;

– daß dieser Staat angeklagt werden muß, der das Volk durch geschmierte Agenten bespitzelt, und nicht die angeklagt werden müssen, die Fleischer entlarvt haben sollen;

– daß deshalb sofortiger Freispruch gefordert wird.

Ewert hielt es nicht eine Sekunde für notwendig, sich mit diesen Ausführungen auseinanderzusetzen. Sein einziges Ziel war, die Bespitzelung fortzusetzen, mit der plumpen Frage: "Aus Ihren Ausführungen kann ich schließen, daß Sie die Redakteure der Ortsbeilage sind?"

Als die Angeklagten erklärten, daß sie sich nicht aushorchen lassen, vertagte er den Prozeß. Bei der nächsten Verhandlung will er mit den Chefagenten der politischen Polizei Delmenhorsts, Schmedes und Jahncke, aufwarten. – (w., Delmenhorst)

saal auf und mischte sich unter die Zuhörer.

Die Rechtsanwälte forderten Richter Ewert sowie den Staatsanwalt auf, die Personalien des Mannes festzustellen, da es sich offensichtlich um einen Spitzel handele. Beide lehnten dies ab. Daraufhin ließen die Rechtsanwälte die Verhandlung unterbrechen, um durch Polizeibeamte die

fortzusetzen, mit der plumpen Frage: "Aus Ihren Ausführungen kann ich schließen, daß Sie die Redakteure der Ortsbeilage sind?"

Als die Angeklagten erklärten, daß sie sich nicht aushorchen lassen, vertagte er den Prozeß. Bei der nächsten Verhandlung will er mit den Chefagenten der politischen Polizei Delmenhorsts, Schmedes und Jahncke, aufwarten. – (w., Delmenhorst)

Heidelberger Gemeinderat beschließt neue Polizeiverordnung

Freibrief für Polizeiwillkür

Heidelberg. Mit 23 gegen 9 Stimmen hat der Gemeinderat eine neue Polizeiverordnung "zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Stadtkreis Heidelberg" verabschiedet. Die Verordnung gibt die Handhabe, Ordnungswidrigkeiten mit Geldbußen bis 1 000 DM zu ahnden.

Die Verordnung untersagt auf öffentlichen Straßen und Anlagen das Herumtreiben und Lagern, das Betteln, das Verrichten der Notdurft, das Anzünden von Feuern. Bei der Benutzung von Straßen und Plätzen der Stadt Heidelberg sind Verunreinigungen, Lärmen, sich dort in angetrunkenem oder betrunkenem Zustand aufzuhalten oder Hunde, wo nicht ausdrücklich erlaubt, frei laufen zu lassen, verboten. Personen ohne Unterkommen müssen nachweisen, daß sie sich um Unterkommen bemühen. Öffentliche Bedürfnisanstalten sind nur zum Zweck der eigentlichen Bestimmung aufzusuchen, und schließlich ist auf und an öffentlichen Straßen und in Anlagen das Plakatieren oder Beschriften fremder Sachen untersagt. Die Stadt kann bei letzterem Ausnahmen zulassen.

"Polizeiverordnung gegen das Unerträgliche" nennt der Oberbürgermeister der Stadt, Reinhold Zundel, diese Verordnung. Tatsächlich will er damit das Benehmen der Menschen auf Heidelbergs Straßen und Plätzen überwachen und nach den Vorstellungen der herrschenden Klasse regeln lassen. Die Polizeiverordnung gibt der Stadt die rechtliche Grundlage, also die "Handhabe", und der Polizei die "Freiheit", jederzeit einzugreifen.

Vorbereitet wurde die Durchsetzung dieser Verordnung in der Lokalpresse Heidelbergs, bekannt als Hofpresse OB Zundels. Unter der fetten Überschrift "Für 'Penner' wird das Leben schwerer" (Heidelberger Tageblatt vom 22. August) heißt es da: "Bislang kann die Polizei in der Regel nur einschreiten, wenn ein Verstoß gegen die Bestimmungen des Strafgesetzbuches vorliegt. – Schwieriger sind Festnahmen aufgrund des bestehenden Polizeigesetzes, denn dabei ist eine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung als Voraussetzung erforderlich." Nach der neuen Verordnung ist die Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht Voraussetzung der Festnahme durch die Polizei.

In der Debatte im Gemeinderat trat die kommunistische Stadträtin Helga Rosenbaum gegen die Polizeiverordnung auf und führte aus, welche Konsequenzen diese "Handhabe" für die Masse der Bevölkerung hat: "Diese Verordnung ermöglicht polizeiliche Willkürmaßnahmen gegen jedermann und zu jeder Zeit, wenn er sich auf Straßen und Plätzen bewegt. Ein erstes Beispiel – es ist bereits strafbar das "Herumtreiben". Nach juristischen Grundsätzen kann daraufhin die Polizei gegen jeden vorgehen, von dem sie "glauben darf", er "treibe sich herum". Und wenn er auf die Person, von der er glauben darf, sie treibe sich herum, Gewalt anwendet – sie arrestiert –, angeblich, um dies herauszufinden, so hat er nach dieser Verordnung das Recht dazu.

Einige SPD-Stadträte wollten den Punkt der Verordnung, nach dem es verboten ist, in ange- oder betrunkenem Zustand auf den Straßen und Plätzen sich zu bewegen, heraushaben. In einer engagierten und lautstarken Rede versuchte ein SPD-ler dies der CDU schmackhaft zu machen. Selbst CDU-Fraktionsvorsitzender Knoblauch könne damit – etwa nach der Feier eines Wahlsieges in angetrunkenem Zustand – von der Polizei aufgegriffen werden. Über so viel Unverstand konnten die CDU-ler im Gemeinderat nur den Kopf schütteln. Offensichtlich wollte der SPD-Mann glauben machen, daß diese Verordnung ihre Anwendung auf die Bourgeoisie selber finden könnte.

Das "Unerträgliche", von dem OB Zundel spricht, sind nicht besoffene Stadträte, sondern unerträglich ist es ihm, daß Menschen ohne Obdach sich in dieser Stadt aufhalten. "Dabei leuchtet es eigentlich ein", so die kommunistische Stadträtin in ihrer Rede gegen die Polizeiverordnung, "daß sich niemand die Straße freiwillig als Aufenthaltsort auf Dauer aussucht. Und wer nach den Ursachen fragt, warum sich Menschen auf Straßen und Plätzen aufhalten, obwohl diese zu den meisten Zeiten des Tages und des Jahres keine gemütliche Bleibe sind, der braucht nur einmal in die Fabriken, in die Arbeitsämter, die Sozialämter und die Gerichte hineinzuschauen.

Nicht zuletzt sind es die Verfasser der Polizeiverordnung selbst, die durch die Sanierungspolitik, die sie hier in Heidelberg betreiben, die Mieten in die Höhe treiben und die Obdachlosigkeit produzieren. Man kann also einerseits sagen, daß es nicht die Obdachlosen sind, die die Obdachlosigkeit verursacht haben, sondern die gesellschaftlichen Verhältnisse sind es, die sie in die Obdachlosigkeit getrieben haben. Andererseits lassen sich aber auch diejenigen benennen, die von den Verhältnissen, die Obdachlosigkeit hervorbringen, profitieren: Es sind die Kapitalisten, die als Klasse verantwortlich sind für das Elend der Arbeiterklasse und des Volkes." – (r., Heidelberg)

„Zur Diskussion brauchen wir keine Polizei"

8 Polizeispitzel entdeckt / Versammlung zum KKW Biblis geplatzt

Biblis. Mit dem Auszug von zwei Dritteln der Versammelten endete am 24.9.1975 in Biblis ein "Bürgergespräch", zu dem die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke eingela-

formieren. Sie sind nur deshalb hierhergekommen, um festzustellen, wo der Gegner sitzt und was für Argumente er hat." Der Diskussionsleiter fuhr ihm sofort dazwischen und verlangte, daß er auf-

den sie nicht diskutieren und verließen den Saal. Etwa 50 der Versammelten konnten vor dem Saal noch für eine Protestresolution gegen die Machenschaften der RWE gewonnen werden.

„Zur Diskussion brauchen wir keine Polizei"

8 Polizeispitzel entdeckt / Versammlung zum KKW Biblis geplatzt

Biblis. Mit dem Auszug von zwei Dritteln der Versammelten endete am 24.9.1975 in Biblis ein "Bürgergespräch", zu dem die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke eingeladen hatten, um über den Bau weiterer Reaktorblöcke in Biblis zu "informieren". Es stellte sich nämlich wärend der Versammlung heraus, daß sich mehrere Spitzel in der Versammlung herumtrieben, die die Versammelten fotografierten.

Schon zu Beginn der Versammlung gab es Pfiffe und Mißfallensrufe, weil die Referenten der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE) ständig hart an der Sache vorbeiredeten und der Diskussionsleiter, Walter Brand vom Hessischen Rundfunk, mit üblen Tricks versuchte, die Versammelten daran zu hindern, mit ihrer Meinung zu Wort zu kommen.

Die Versammelten sollten nur Fragen stellen, nicht selbst zur Sache Stellung nehmen dürfen. Auf die Fragen wurde dann lang, breit und nichtssagend von den Referenten geantwortet. Das ließen sich die Versammelten nicht lange bieten. Ein Versammlungsteilnehmer stand auf und sagte: "Sie sind nicht hierhergekommen, um die Bevölkerung zu informieren. Sie sind nur deshalb hierhergekommen, um festzustellen, wo der Gegner sitzt und was für Argumente er hat." Der Diskussionsleiter fuhr ihm sofort dazwischen und verlangte, daß er aufhöre, weil er keine Frage stelle. Das war den Versammelten dann doch zu bunt und sie stimmten darüber ab, daß er weiterreden könne.

Schließlich kam heraus, daß die Versammelten und insbesondere die Sprecher ständig von Kriminalbeamten fotografiert worden waren und daß die RWE alle Äußerungen auf einem Tonband aufgenommen hatte.

Außerdem stellte sich heraus, daß 40 Polizisten in einem Nebensaal bereit standen. Die Versammelten forderten sofort, die Fotografen und die Tontechniker aus dem Saal zu weisen. Ein älterer Mann aus Biblis erklärte: "Zur Diskussion brauche ich keine Polizei, das ist eine Unverschämtheit, die sollen gefälligst verschwinden." Der Bibliser Bürgermeister Seib stürzte ans Mikrofon und rief in den Saal: "Hier entscheidet nicht die Mehrheit, wer aus dem Saal gewiesen wird, sondern der Hausherr, und das bin ich."

Das ließ sich die Mehrheit der Versammelten nicht bieten. Sie erklärten, unter diesen Bedingungen würden sie nicht diskutieren und verließen den Saal. Etwa 50 der Versammelten konnten vor dem Saal noch für eine Protestresolution gegen die Machenschaften der RWE gewonnen werden.

Das Innenministerium erklärte anderentags die Bespitzelung zur "vorbeugenden Schutzmaßnahme", weil konkrete Hinweise vorgelegen hätten, "daß die Versammlung politisch umfunktioniert werden sollte".

Vorsehen müssen sich die Herren, das ist richtig. Die Bewohner von Biblis und Umgebung sind nämlich keine "dummen Schuljungen", sie haben gelernt, wie sich die Kernkraftwerkskapitalisten über die Interessen der Bevölkerung hinwegsetzen.

Als 1968 die RWE in Biblis den Bau eines Atomkraftwerks planten, regte sich in Biblis und Umgebung kein Widerstand. Heute sieht es anders aus. Seitdem Block A im Frühjahr des Jahres in Betrieb genommen wurde und dabei die RWE zugleich bekanntgaben, daß das Atomkraftwerk Biblis auf insgesamt vier Reaktorblöcke ausgebaut werden soll, wird der Widerstand in der Bevölkerung zunehmend stärker. Heute gibt es schon zehn Initiativen gegen den Bau von Atomkraftwerken in Biblis. (N., Lampertheim)

Verfassungsschutz: 25 Jahre schon das Volk beschnüffelt

„Dienst am Volk"

"Der Beamte dient dem ganzen Volk, nicht irgendeiner Partei", diesen Satz aus dem Bundesbeamtengesetz hat Polizeiminister Maihofer in einer Rede bei der Amtsübergabe an den neuen Chef des Verfassungsschutzes, Richard Meier, dem Verfassungsschutz vorgehalten. 25 Jahre lang hat jetzt der Verfassungsschutz "dem ganzen Volk" "gedient", indem er das Volk bewacht und beschnüffelt hat.

"Die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder haben . . . den Auftrag, alle politisch motivierten Bestrebungen zu beobachten, die gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung oder gegen den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder die durch Gewaltanwendung – oder Vorbereitung dazu – auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden." (Arbeitsbericht der Bundesregierung 1975)

So lautet der Auftrag der Verfassungsschützer nach dem Änderungsgesetz zum Verfassungsschutzgesetz von 1972. Über 70 Millionen sind 1974 allein für das Bundesamt für Verfassungsschutz an sächlichen Verwaltungsausgaben aus Steuergeldern bezahlt worden. Seit 1969 ist das Personal um mehr als 50 Prozent auf zirka 1 500 Stellen aufgestockt und sind die gesamten Haushaltsmittel um 150 Prozent erhöht worden, wie der Polizeiminister in seiner "Leistungsbilanz" "Innere Sicherheit im freiheitlichen Rechtsstaat" ausführt. Die Bespitzelung der Bevölkerung ist also umfassender geworden.

Zum "Sammeln von Nachrichten im Vorfeld der Staatsschutzdelikte" treiben sich die Spitzel des Verfassungsschutzes auf Demonstrationen gegen Fahrpreiserhöhungen, gegen den § 218 oder gegen die Todesurteile in Spanien rum, hantieren mit versteckten Kameras auf Bürgerversammlungen, wie jüngst in Biblis, wo 800 Menschen gekommen waren, um über die geplante Erweiterung des Kernkraftwerks zu debattieren. Sogenannte V-Männer werden auf revolutionäre Organisationen angesetzt, schnüffeln in den Betrieben und Gewerkschaften rum. Die Überwachung von Briefen und Telefonaten wird mit einem Eifer betrieben, daß nach einer Umfrage fast ein Viertel der Bevölkerung sich überwacht fühlt!

Der Polizeiminister ist aber trotz des "in der Welt beispiellosen nachrichtendienstlichen Informationssystems" "NADIS", mit dem die ganzen Schnüffeleien jetzt über Computer ausgewertet und abgefragt werden können, nicht zufrieden, er will über diese konventionellen Methoden hinaus. *"Mir scheint, daß . . . die Aufgabe des Verfassungsschutzes . . . stärker noch auf jenen präventiven Schutz unserer Verfassung erstreckt werden muß, der sich nicht allein damit begnügt, verfassungsfeindliche und sicherheitsgefährdende Bestrebungen nur einfach zu beobachten und aufzuzeichnen, sondern deren tatsächliche gesellschaftliche wie geistige Ursachen zu erforschen, um damit aus solchem gesichertem Wissen vertiefter Verfassungsaufklärung die demokratischen Kräfte in unserem Lande besser als heute zu einer politischen Auseinandersetzung mit extremistischen Bestrebungen in Stand zu setzen."* Nicht bloß diesem oder jenem dem Staat Verdächtigen soll der Spitzel nachsteigen, die ganze Gesellschaft soll unter die Lupe des Staatsschutzes genommen werden, um herauszufinden, warum es Widerstand gibt gegen einen Staat, der das Volk unterdrückt, um das private Eigentum an den Produktionsmitteln zu schützen.

Verständlich, daß Maihofer die Verfassungsschützer ausdrücklich ermahnt, nicht irgendeiner Partei zu dienen. Er weiß, was dabei herauskommen würde. Das würde nur Krach untereinander geben. Denn wenn herausgelassen würde, was die Parteien und Spitzenpolitiker voneinander wissen, würde von Schleswig bis Garmisch ein ungeheurer Gestank ruchbar werden. Die streitbaren Demokraten müssen untereinander Ruhe bewahren. Die "Solidarität der Demokraten" brauchen sie, damit sie ihre Waffen ganz auf das Volk konzentrieren können. – **(hv)**

‚Gemeinsame Unterbringung' verweigert

Antrag der inhaftierten KBW-Genossen abgelehnt

Die Genossen Braunbehrens, Hildebrandt, Noth und Schmierer sind bei Haftantritt in "Abweichung vom Vollstreckungsplan" des baden-württembergischen Justizministeriums in vier verschiedene Strafanstalten eingewiesen worden. Dagegen haben sie im Juli einen Antrag auf Zusammenlegung gestellt. Dieser Antrag ist jetzt durch das Justizministerium mit folgenden Gründen abgelehnt worden:

"Die obengenannten Gefangenen verbüßen zur Zeit aus dem Urteil des Landgerichts – Strafkammer – Mannheim vom 1. Juli 1974 (2 KLs 17/68) wegen Landfriedensbruchs u.a. Freiheitsstrafen zwischen 8 und 12 Monaten. Ausweislich der Feststellung des Urteils haben sich die Gefangenen an massiven Ausschreitungen im Anschluß an eine Demonstration in Heidelberg beteiligt. Ihr Verhalten wird vom Gericht als gravierender und bedenkenloser Angriff auf die bestehende Rechtsordnung dargestellt.

Zum Vollzug der Freiheitsstrafen wäre nach dem Vollstreckungsplan für das Land Baden-Württemberg an sich die Vollzugsanstalt Ludwigsburg zuständig. Mit Zustimmung des Justizministeriums Baden-Württemberg als höherer Vollzugsbehörde hat die Staatsanwaltschaft – Vollstreckungsbehörde – Heidelberg die Strafgefangenen H., N. und S. gemäß § 26 StVollStrO in Abweichung vom Vollstreckungsplan in andere Vollzugsanstalten eingewiesen. Auf Grund dieser Bestimmung kann aus wichtigem Grund vom Vollstreckungsplan abgewichen werden. Nach allgemeiner Ansicht wird ein solcher Grund u.a. auch dann angenommen, wenn Belange des Vollzugs die Inanspruchnahme einer nicht zuständigen Vollzugsanstalt erforderlich machen. Im vorliegenden Fall hat die Vollstreckungsbehörde in Übereinstimmung mit der Auffassung des Justizministeriums einen wichtigen Grund in der Gefahr gesehen, daß die Verurteilten bei einer gemeinsamen Unterbringung in der Vollzugsanstalt Ludwigsburg versuchen werden, die von ihnen in Freiheit gezeigten Aktivitäten auch während der Strafverbüßung fortzusetzen. Aus diesem Grund wurde ihre getrennte Unterbringung angeordnet.

Mit den vorliegenden Gesuchen vom 14. und 15. Juli 1975 wird beantragt, die Gefangenen in einer Vollzugsanstalt gemeinsam unterzubringen. Zur Begründung wird vorgetragen, daß die Unterbringung in verschiedenen Vollzugsanstalten die Tätigkeit der Verteidigung beeinträchtige.

Die Gesuche waren abzulehnen.

Die Gründe, die zur getrennten Unterbringung der Gefangenen geführt haben, dauern nach wie vor an."

Es ist offensichtlich, daß die Gründe für die Ablehnung der Zusammenlegung nicht in den konkret abgeurteilten Tatbeständen (Überlaufen einer Polizeikette während einer Massendemonstration) liegen, sondern in den politischen Anschauungen der inhaftierten Genossen. Das zeigt sich schon daran, daß das Justizministerium den abgeurteilten Tatbestand schlampig und falsch darstellt ("massive Ausschreitungen im Anschluß an eine Demonstration"). Das Justizministerium hat also das Urteil nicht mal herangezogen. Das war auch unnötig, denn die Gesinnung der Häftlinge stehtfest. Das ist richtig. Richtig ist aber auch, daß eine solche Justiz zu Recht politische und Gesinnungsjustiz genannt wird.

Das fängt bei der Anklage an, setzt sich mit dem Urteil fort und hört beim Vollzug selbstverständlich nicht auf.

An 62 Gymnasien den Unterricht boykottiert

Mit Drohungen versuchte das Ministerium, den Boykott zu verhindern / Im Verband der Elternräte haben bürgerliche Politiker das Sagen

Hannover. Am 24. September ist der Unterricht an 62 Gymnasien in Niedersachsen boykottiert worden, an über 140 Gymnasien fanden Veranstaltungen statt. Damit sind die Elternräte gegen den großen Unterrichtsausfall – etwa 25 Prozent – aufgetreten.

Mit ihrem Schulboykott haben die Eltern ihre Konsequenz aus der Hinhaltetaktik des Kultusministers und der Landesregierung gezogen.

Angetreten waren diese zu Schuljahresbeginn mit der Behauptung, durch Neueinstellung von Lehrern würde es bergauf gehen an den Schulen. Das Gegenteil hat sich herausgestellt. Von da an ist die Landesregierung dazu übergegangen, den "Schülerberg" zu beschwören und die Haushaltsschwäche des Landes Niedersachsen.

Aber wer wird sich auf eine Versprechung für das Jahr 1980 vertrösten lassen, der heute erfährt, wie der Staat die Schulausbildung verkommen läßt? Geld war in diesem Staat noch nie für das Volk übrig.

Also muß Druck gemacht werden und eine Sprache gesprochen werden, die der Staat nicht überhören kann. Dazu ist der Boykott ein nützlicher Schritt. Denn damit haben die Eltern deutlich gemacht, daß sie sich nicht bedingungslos der Schulhoheit des Staates unterwerfen.

Die regierende SPD ist durch den Schulboykott in Schwierigkeiten gekommen. Sie fürchtet mit Recht, daß dies Beispiel Schule macht und es zu einer Schulstreikbewegung in Niedersachsen kommt.

Dann ist mit beschönigenden Ministerworten kein Durchkommen mehr. Also hat sie alle Hebel gegen den Boykott in Gang gesetzt: Der Kultusminister Mahrenholtz hat den Schulboykott "ungesetzlich" genannt. Der Präsident des niedersächsischen Verwaltungsbezirks Oldenburg hat geschrieben an seine Gymnasialleiter: *"Ich bitte Sie,* die Schülerinnen und *Schüler Ihrer Schulen in geeigneter Weise darauf hinzuweisen, daß sie verpflichtet sind, am 24. September 1975 den Unterricht wie üblich zu besuchen und daß ein Unterrichtsboykott rechtswidrig ist."* Die Eltern sind doch beim Boykott geblieben.

Der "Verband der Elternräte der Gymnasien Niedersachsens e.V.", der zum Boykott aufgerufen hatte und ihn leitete, behauptet, der Unterrichtsausfall könne gemindert werden, fordere man von den Gymnasiallehrern, daß sie mehr Unterrichtsstunden halten und daß sie ihre Fortbildung in die Ferien verlegten. Die diesbezüglichen Forderungen bewirkten aber, daß die Schulmisere, welche der Staat zu verantworten hat, auf dem Rücken der Lehrer ausgetragen würde.

Den Staat können solche Forderungen nur freuen, erhält er doch damit die Unterstützung der Eltern, um mehr Arbeitsleistung aus den Lehrern herauszupressen. Die Lehrer wehren sich dagegen zu Recht. Richtig dagegen ist, wenn der Verband die Einstellung aller Lehrer fordert.

Der Verband der Elternräte hat zur Finanzierung der Gymnasien weiterhin vorgeschlagen, die Eltern sollten dem Staat eine Bildungsanleihe, die mit 5 Prozent verzinst ist, gewähren, damit Geld da sei. Es liegt aber auf der Hand, daß ein solcher Vorschlag nur bewirkt, daß das Recht auf die Gymnasialbildung damit zum ausschließlichen Vorrecht der reichen Eltern werden wird, denn wer sonst kann eine solche Bildungsanleihe zeichnen? Auf einer Schülervollversammlung der Gymnasien in Seesen mit etwa 250 Teilnehmern wurde dagegen zu Recht herausgestellt, daß Geld da ist, daß der Staat aber immer nur Geld hat, wenn es um die Kapitalisten und ihre Sicherheit geht. Daß der Elternverband aber vor allem die Vorrechte der Kinder der Reichen im Auge hat, gab er auch offen zu, denn er ist für die *"Beibehaltung der Konkurrenz zwischen den bestehenden Gesamtschulen und dem dreigliedrigen Schulwesen".*

Damit macht sich der Elternverband zum Fürsprecher einer Schulpolitik, die die berechtigte Unruhe an den Gymnasien zum Anlaß nimmt, um Privilegien für die Kinder reicher Eltern zu sichern. An den Grund-, Haupt- und Realschulen soll sich so nach dem Willen dieses Elternverbandes nichts ändern.

Unter den Eltern der Gymnasiasten wie beim Philologenverband hat diese Politik des Elternverbandes Beifall gefunden. Auf einer Veranstaltung mit 1 000 Eltern in Osnabrück z.B. wurden die Forderungen des Elternverbandes mit starkem Beifall aufgenommen. Aber unter den Gymnasiasten und ihren Eltern sind auch viele, die nicht auf die Sicherung von Vorrechten aus sind, sondern fordern, daß alle Jugendlichen eine gute Ausbildung erhalten.

So beschloß der Stadtelternrat von Wolfsburg für den 22. Oktober einen Streiktag an allen Wolfsburger Schulen gleich welchen Schultyps. Auch hier ging die Intitiative von den Eltern und Schülern der Gymnasien aus. 52 von 64 Wolfsburger Schulen haben sich diesem Beschluß mittlerweile angeschlossen, und auch die GEW unterstützt diesen Streik.

Der Wolfsburger Elternrat hat damit zum Ausdruck gebracht, daß man, wo die Lage an allen Schultypen schlecht ist, einheitlich gegen den Staat vorgehen muß. Daß man durch die Aufgliederung des Schulwesens sich nicht gegeneinander ausspielen läßt.

Auch die Schüler haben teilweise die Forderungen des Elternverbandes zurückgewiesen. In Seesen hat die Schülervollversammlung den Boykott und die Forderung nach Einstellung aller Lehrer unterstützt, die Forderung nach Mehrarbeit für die Lehrer aber zurückgewiesen.

Auf der Protestkundgebung in Hannover verlegte sich der Minister Mahrenholtz zunächst einmal wieder aufs Drohen. Als ihm das vor allem Pfiffe einhandelte, lobte er den Elternverband als Verhandlungspartner.

Antwort des Verbandsvorsitzenden: Er forderte die Eltern auf, nun bis zum 30. November abzuwarten und die Sache der Verhandlungskunst des Verbandes zu überlassen. Dagegen wurde Unmut laut und die Ansicht geäußert, nur die einheitliche Kraft der Eltern, Lehrer und Schüler könne etwas erreichen.

In diesem Schulboykott wurde so deutlich, daß in der Bewegung an den Gymnasien jene Kräfte noch das Sagen haben, die sich auf den Staat verlassen, und daß der für ihre Vorrechte sorgen wird.

Daß es aber auch hier bereits Kräfte gibt, welche nicht für ihr besonderes Recht, sondern für eine bessere Ausbildung aller Jugendlichen eintreten. Ganz falsch wäre es daher, sich still und abwartend zu verhalten. Die Unruhe an den Gymnasien ist berechtigt und wird bleiben. Genutzt werden kann sie, um in ihr die Forderung der Arbeiterjugend nach der Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr darzulegen. – (g., Hannover / Red.)



Am 24.9.75 streikten nahezu alle 1 000 Schüler des Scharnhorstgymnasiums und führten zusammen mit Schülern anderer Hildesheimer Oberschulen vormittags eine Demonstration durch, die sich gegen die Nichteinstellung aller Lehramtsanwärter in Niedersachsen richtete. An der Demonstration nahmen ca. 5 bis 6 000 Schüler und Eltern teil. – (KSG Hildesheim)

Hochschulstreik gegen politische Entlassung

Darmstadt. Am Donnerstag, den 25. September, beschloß die Gesamtvollversammlung der Fachhochschule Darmstadt bei Anwesenheit von über 1 000 Studenten einen aktiven Streik.

Der Streik richtet sich gegen die politische Entlassung des Dozenten Victor Pfaff, dem unter anderem seine Kandidatur für den KBW bei den hessischen Landtagswahlen vorgeworfen wird.

Bereits im letzten Semester war bekannt geworden, daß das Kultusministerium Disziplinarmaßnahmen gegen vier Dozenten, unter ihnen Victor Pfaff, beabsichtigt.

Dagegen faßte die Studentenschaft bereits am 25. Juni eine Resolution, in der sie zum Ausdruck brachte:
in der sie zum Ausdruck brachte:
"Die Studentenschaft der Fachhochschule Darmstadt fordert für ihre Dozenten freie politische Betätigung. Sie kann in der inhaltlichen Auseinandersetzung selbst entscheiden, welche Lehrinhalte ihren Interessen entsprechen, und spricht deshalb dem Staat das Recht ab, durch Berufsverbot in diese inhaltliche Auseinandersetzung einzugreifen."

Die Ferienzeit hat das Kultusministerium nun genutzt, Victor Pfaff zu entlassen.

Daß über 1 000 der rund 3 000 Studenten der Fachhochschule den Streik dagegen beschlossen haben, hat dem Kultusministerium gezeigt, daß die Studenten darin einig sind, daß man die politische Entlassung von Victor Pfaff nicht hinnehmen kann.

Welche Antwort hat es diesem einheitlichen Willen der Studenten entgegengestellt? Unter Androhung von Strafe wurde dem Allgemeinen Studentenausschuß untersagt, zum Streik aufzurufen und ihn in irgendeiner Form zu unterstützen. Durch Ausschaltung der Interessenvertretung der Studenten hofft so das Ministerium, die Studenten von ihren Kampfmaßnahmen abhalten zu können.

In der Studentenschaft gibt es jetzt auch heftige Auseinandersetzungen um die Frage, wie man sich verhalten soll. Soll man das Wort Streik nicht mehr benutzen, oder ist es richtig, an dem Beschluß der Vollversammlung festzuhalten und dem Ministerium zu zeigen, daß wir uns nicht einschüchtern lassen?

Das Kultusministerium, soviel ist klar, setzt auf die Einschüchterung der angedrohten Geldstrafen für den Allgemeinen Studentenausschuß. Aber wir Studenten müssen uns klarmachen, daß man solche Angriffe gegen unsere Vertretungskörperschaft nicht hinnehmen kann und daß man vor ihnen nicht zurückweichen darf.

In der nächsten Woche werden Arbeitsgruppen stattfinden, in denen wir uns Klarheit u.a. über das Beamtenrecht und das KPD-Verbot verschaffen wollen. Beides nämlich waren die rechtlichen Säulen, mit denen das Ministerium die Entlassung von Victor Pfaff betrieben hat. – (n., Darmstadt / Red.)

Die Auslese unter den Oberschülern wird verschärft

Fast jeder zweite Abiturient, der sich in diesem Sommer für eines der 26 Numerus-Clausus-Fächer beworben hat, hat von der Zentralen Vergabestelle für die Studienplätze in Dortmund eine Ablehnung erhalten.

Nur 52 000 der 103 000 Bewerber erhielten einen Studienplatz. Hinzu kommen noch 17 500 Ablehnungsbescheide bei den rund 40 000 Bewerbern für ein Lehramtsstudium. Die Noten, die man vorweisen muß, um sofort einen Studienplatz zu bekommen, rücken immer mehr in die Höhe. Für Medizin und Zahnmedizin müssen die Abiturienten schon einen besseren Notendurchschnitt als 1,5 aufweisen, für Biochemie sogar 1,3. Entsprechend länger werden die Wartezeiten. Sieben bis acht Jahre soll man sich inzwischen gedulden müssen für Studienplätze in einigen der Numerus-Clausus-Fächer.

Der bayerische Kultusminister Maier hat jetzt einen Vorstoß unternommen, um diesen Zustand zu beseitigen: Er fordert eine Verschärfung der Auslese an den Oberschulen in allen Bundesländern. Dies ist in Bayern schon seit längerem gegenüber anderen Bundesländern der Fall. Die Zahl der Abiturienten im Verhältnis zur gleichaltrigen Bevölkerung ist in diesem Land so niedrig wie in keinem anderen Bundesland. Gleichzeitig wird nirgends so gesiebt wie in Bayern: Über 50 Prozent eines Oberschülerjahrgangs bleiben auf der Strecke. Entsprechend haben die bayerischen Studenten im Durchschnitt bessere Abiturnoten als die Abiturienten anderer Bundesländer. "Was Bayern angeht", so der Kultusminister, "könnte man sagen, daß die Öffnung etwas weniger groß war als in anderen Ländern."

Bei der Vergabe der Studienplätze in den Numerus-Clausus-Fächern bekommen die bayerischen Studenten auf ihren Notendurchschnitt einen Zuschlag von 0,2 oder 0,3. Damit sollte verhindert werden, daß im Verhältnis mehr bayerische Studenten solche Plätze bekommen als Abiturienten anderer Bundesländer. Das bayerische Verfassungsgericht hat dieses Verfahren jetzt für ungerecht erklärt und damit dem bayerischen Kultusminister den Rücken gestärkt. Dieser fordert jetzt die Änderung der bisherigen Vergabe der Studienplätze. Es sollen Länderquoten für die Verteilung der Studienplätze festgelegt werden und an den Hochschulen sollen darüberhinaus fachspezifische Tests eingeführt werden zur Vergabe der beschränkten Studienplätze.

Bis 1976 hat das bayerische Verfassungsgericht Frist gesetzt zur Änderung der gegenwärtigen Zwangsregelung. Die Regierungen in den übrigen Ländern sind jetzt aufgescheucht. Sie beschlossen beim Bundesverfassungsgericht zu klagen, um Zeit zu gewinnen. Gleichzeitig nutzte der sozialdemokratische Politiker Jahn die Stunde, um einen Coup zu landen: Er schlägt vor, daß künftig die Abiturienten in Leistungsklassen eingeteilt und die Studienplätze verlost werden sollen. Dies ist ein fauler und durchsichtiger Trick zur Bemäntelung der staatlichen Willkür und Schikane, denn in Prinzip geht sein Vorschlag in die gleiche Richtung wie die Forderung des bayerischen Kultusministers: Verschärfung der Konkurrenz, des Drucks und der Auslese an den Oberschulen. Denn die Abiturienten der besten Leistungsklassen werden mit großer Wahrscheinlichkeit einen Studienplatz erhalten, während die schlechteren Leistungsklassen mit großer Wahrscheinlichkeit Nieten bekommen sollen. Auswirken wird sich die Verschärfung der Konkurrenz und des Drucks dahingehend, daß der Hochschulzugang wieder verstärkt zum alleinigen Recht der Kinder reicher Eltern werden wird. Daß Zigtausende Oberschüler und Abiturienten um das geprellt werden, was ihnen jahrelang an den Oberschulen und mit Abitur versprochen wurde, daß sie auf der Straße stehen, ohne mit ihrer Ausbildung etwas anfangen zu können, das stört die bürgerlichen Politiker ebensowenig wie das Schicksal der Zehntausende von Hauptschulabgängern, die weder Lehrstelle noch Arbeit finden, denn dies trifft die Reichen und die Besitzenden nicht. Die Sorge der bürgerlichen Politiker gilt der Verschärfung und der Vervollkommnung der Auslese an den Schulen. Ihre Vorschläge zur Abhilfe zielen auf die Vermehrung und die Erweiterung des Drucks, der Schikane und der Bevormundung der Masse der Oberschüler durch die staatliche Schulhoheit. **(hj)**

Studienaufnahme nicht angebracht

Zu Eurem Artikel "Die Hochschulen werden für die Jugend der besitzlosen Klassen dichtgemacht" ein praktisches Beispiel:

Vor ein paar Tagen erhielt ich von der Universität Münster einen Zulassungsbescheid für das nächste Semester. Gleichzeitig wurde mir aber folgendes mitgeteilt: Die Lebenshaltungskosten betragen in Münster 500 bis 600 DM (Zimmer: 150 bis 200 DM). Mit einer Beihilfe könne ich nicht rechnen (nicht weil mein Vater zuviel verdient, sondern weil ich, zwar in der Bundesrepublik geboren, die schweizerische Staatsangehörigkeit habe). Außerdem bestünde für mich keine Aussicht, mein Studium durch Werkarbeit finanzieren zu können.

Das Fazit, das diese Herren daraus ziehen: *"Eine Studienaufnahme in Münster erscheint nur dann angebracht, wenn das Studium finanziell durch eigene Mittel gesichert ist."*

Dies würde bedeuten, daß vom Lohn meines Vaters allein fast 50 Prozent für die Finanzierung meines Studiums aufgebracht werden müßten. Es erübrigt sich wohl zu erwähnen, daß dies unmöglich ist. Im Moment sieht es also so aus, daß ich auf ein Studium werde verzichten müssen. Und dies wird nicht nur bei mir, sondern auch bei vielen anderen Arbeiterkindern der Fall sein, denn die Beihilfe, die diese vielleicht bekommen, reicht bestimmt nicht, die Lebenshaltungskosten zu decken. – (r., Essen)

Zwei Jahre umsonst

Braunschweig. Meine Schwester lernt Krankenschwester. Sie hat zwei Jahre als Vorschülerin in dem gleichen Krankenhaus gearbeitet, in dem sie jetzt ihre Ausbildung macht.

Abgesehen davon, daß sie in diesen zwei Jahren nur Putzarbeiten machen mußte, anstatt auf ihren Beruf vorbereitet zu werden, hat sie jetzt in ihrer Ausbildung auch noch ein Vierteljahr Probezeit. Ob sie die Ausbildung beenden kann, ist gänzlich ungewiß.

Gegenwärtig versuchen viele Abiturienten und Jugendliche, welche die Mittlere Reife als Abschluß haben, Krankenschwester zu werden. Sie tun das nicht, weil sie mit Leib und Seele Krankenschwester sein wollen, sondern weil sie keine ihrer Ausbildung entsprechende Arbeit bekommen.

Das wirkt sich dahingehend aus, daß sie den Schwesternschülerinnen, die Volksschulabschluß haben, ohne daß sie es wollen die Plätze wegnehmen. Dem kann entgegengewirkt werden, wenn alle arbeitslosen Schulabgänger Arbeitslosengeld erhalten.

Die Schwesternschüler mit Volksschulabschluß versucht man jetzt auszusortieren. Und das ist nicht nur in einem Krankenhaus der Fall, sondern in fast allen in Braunschweig, wie ich dann herausbekam.

Man nimmt lieber Leute mit mehr Schulbildung, denn man kann sie bei der Arbeitslosigkeit ja sehr billig bekommen.

Die anderen mit Volksschulabschluß bekommen erst mal eine um 100 Prozent verlängerte Probezeit, in der man versucht, sie mit dem Zensurensystem auszusieben. Ihre Chancen, die angefangene Ausbildung zu Ende zu bringen, sind ganz schlecht geworden. – (r., Braunschweig)

Soldaten fordern Suspendierung von 2 Offizieren

Aktionen der Soldaten der 4./PzGrenBtl zur Absetzung von Oberleutnant von Plotho und Hauptmann Doblanzki

München, Kronprinz-Rupprecht-Kaserne. In der 4. Kompanie des Panzergrenadierbataillons 243 hatten zwei Offiziere Mittel zur Unterdrückung gegen ihre Untergebenen angewandt, die nicht einmal der bürgerliche Staat zuläßt. Oberleutnant v. Plotho hatte vor dem versammelten Zug einen Panzergrenadier mit niederträchtigen Beleidigungen versucht fertigzumachen. Er nannte ihn dreist einen "Idioten" und anderes mehr. Der Soldat wurde daraufhin vom Kompaniechef Hauptmann Doblanzki aus den Zug genommen und in den Kompaniefeldwebeltrupp gesteckt.

Die Beschwerde des beleidigten Soldaten gegen den Oberleutnant wurde dann von dem Hauptmann mit der Drohung beantwortet, daß der Soldat, sollte er die Beschwerde nicht zurückziehen, wieder in den Zug des Oberleutnant eingegliedert würde und den Schikanen erneut ausgesetzt sei.

Aus Furcht vor weiterem unerträglichem Druck ging der Soldat darauf ein, was ihm gar keine Vorteile gebracht hat. Im Gegenteil: Außergewöhnlich oft muß er nun GvD schieben und wird weiterhin erniedrigend behandelt. So wurde er z.B. von dem Oberleutnant beim Antreten zynisch angefaucht: "Was suchen Sie hier vorn in der ersten Reihe!", weil er offensichtlich nicht den Vorstellungen des Herrn v. Plotho entsprach, die er sich von "soldatischem Auftreten" macht.

Die Handlungen der beiden Offiziere sind nach Wehrstrafgesetz strafbar, weil sowohl die sogenannte "würdige Behandlung" als auch das Beschwerderecht der Soldaten die Aushängeschilder der Bundeswehr sind für eine Armee im "demokratischen Rechtsstaat". (Vgl. auch KVZ Nr. 37/1975)

Die Soldaten wenden sich an den Wehrbeauftragten

Die Soldaten der 4. Kompanie sahen diese Fälle als zwei von vielen Angriffen auf ihre Rechte an, die sie nun endgültig nicht mehr hinnehmen wollten.

Die drei Vertrauensmänner hatten schon eine Eingabe an den Wehrbeauftragten eingereicht, in der sie eine Untersuchung der Vorfälle forderten.

Fast ohne Ausnahme begrüßten die Mannschaften diese Schritte ihrer Interessenvertreter. Viele hegten aber berechtigt Zweifel, ob der Wehrbeauftragte daraufhin den Interessen der Soldaten entsprechend eingreifen würde. Er wird ohne Nachdruck seitens der Mannschaften keinen Skandal riskieren, der die untragbaren Zustände in der bürgerlichen Armee bloßlegt.

Die Soldaten fordern die sofortige Suspendierung der beiden Offiziere

Richtig war es, das bürgerliche Gesetz auszunutzen und die strafrechtliche Verfolgung zu fordern. Andererseits entspricht es den Interessen der Mannschaften, ihre Unterdrücker loszuwerden, was nichts anderes hieß, als daß die Soldaten die sofortige Suspendierung des Oberleutnant von Plotho und des Hauptmann Doblanzki verlangten. Die Zustimmung der meisten Soldaten gab ihnen recht. 50 der ca. 80 Mannschaftsdienstgrade unterschrieben eine entsprechende Erklärung, die diese Forderungen enthielt. Diese Unterschriftensammlung wurde ebenfalls an den Wehrbeauftragten geschickt, um die Eingabe der Vertrauensmänner zu unterstreichen, vor allem aber soll sie sowohl dem Wehrbeauftragten als auch der Bundeswehrführung unmißverständlich darlegen, daß sie nicht an den Forderungen der Mehrheit der Mannschaften in der 4. Kompanie vorbeikommen und sich ihnen stellen müssen.

Die Soldaten führten eine Versammlung durch

Die Kompanieführung hatte recht schnell Wind von der Aktion der Soldaten bekommen. Ihr war auch der Artikel eines Soldaten der 4./243 in der KVZ Nr. 37 bekannt. Das war nicht verwunderlich, weil 26 der Kameraden ein Exemplar besaßen und in der Kaserne lasen.

Verbissen suchte der Kompaniechef nach demjenigen, der den Artikel geschrieben hatte, indem er Verhöre durchführte. Nicht umsonst ist es Soldaten verboten, über Vorgänge in der Armee außerhalb der Kasernen zu berichten. Offiziell heißt es, dies geschehe aus "Sicherheitsgründen". Sicher sein will der Staat offensichtlich davor, daß die Arbeiter und anderen Werktätigen erkennen, mit welcher Unterdrückung der bürgerliche Staat seinen Gewaltapparat aufrechterhält.

Die meisten Soldaten beunruhigte das nicht, sondern sie sahen, daß den Herren Offizieren die Angelegenheit recht unangenehm wird.

Allerdings wurde von vielen vertreten, daß man beraten müsse, wie die Mannschaften darauf antworten. 15 Soldaten hielten eine Versammlung ab, in der einstimmig beschlossen wurde, daß sie jetzt erst recht die Zustände in ihrer Kompanie veröffentlichen werden. Es wurde festgelegt, daß vor der Kaserne am Freitag letzter Woche nach Dienstschluß Flugblätter verteilt werden, um die Soldaten anderer Kompanien zu informieren. Die Verteiler wurden gestellt, als sie auf dem Parkplatz die Flugblätter an die Windschutzscheiben der Wagen steckten. Ihnen wurde mit einer Anzeige wegen Hausfriedensbruch gedroht, obwohl der Parkplatz für jedermann zugänglich und nicht als Eigentum der Bundeswehr ausgewiesen ist.

Auf große Zustimmung traf der Vorschlag eines Soldaten, sich sowohl an Vertrauensmänner anderer Kompanien als auch an gewerkschaftliche Jugendvertreter zu wenden, um eine Solidarisierung mit dem Kampf der Soldaten zu erreichen.

Beim "großen Zapfenstreich": Diskussion der Soldaten verboten

Ebenfalls versprachen wir Soldaten uns etwas davon, wenn wir am Freitag, dem 26.9. unter den Zuschauern des "Großen Zapfenstreichs" zu "Ehhren" des NATO-Generals Ferber, Kommandierender der NATO-Streitkräfte Europa-Mitte, unsere Forderungen verbreiteten, wo auch Verteidigungsminister Leber anwesend war. Was wir dort antrafen, das waren vor allem riesige Aufgebote von Polizei, Bundeswehr, Feldjäger und jede Menge Spitzel, die um unsere Verteiler herumschwirrten. Trotz Anzeigen in Münchner Zeitungen kamen fast nur Offiziere der Bundeswehr. Ein klägliches Bild für die Streitkräfte, bedenkt man den Aufwand, mit dem die Parade abgehalten wurde. Schließlich versucht die Bundeswehr, mit Glanz von Paraden ihr Ansehen im Volk zu heben.

Unsere Forderungen nach Suspendierung zweier Offiziere mußten natürlich für die Bundeswehrführung eine Provokation sein, zumal diese Offiziere dem Bataillon entstammen, das die Parade mitstellte. Wir verzichteten auch nicht darauf aufzuzeigen, mit welchen Mitteln die Parade bei uns in der Kaserne eingeübt wurde. So wurde an mehreren Tagen bis über den Dienstschluß hinaus weitergeübt. Die Soldaten wurden bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit getrieben: in praller Sonne wurde immer wieder Stillstehen über eine halbe Stunde verlangt. Vielen wurde schwarz vor den Augen und sie mußten sich hinsetzen, einer fiel bewußtlos wie ein Streichholz um und hatte eine Platzwunde am Kopf. Der Kommentar des stellvertretenden Bataillonskommandeurs war: "Es gibt für Sie nur zwei Möglichkeiten: Entweder Sie stehen weiter still oder fallen um, eine dritte Möglichkeit gibt es nicht!"

Die Polizei erlaubte uns gerade noch, die Flugblätter zu verteilen, eine Diskussion wurde sofort verhindert.

Die Soldaten der 4./243 werden deshalb weiterhin ihren Kampf um die Absetzung der beiden Offiziere führen. Die Erfahrung am Königsplatz hat ihnen nur klarer gezeigt, wer wo steht und wer sich schützen muß. Es gibt inzwischen einen regelmäßigen Termin, wo die Soldaten weitere Maßnahmen beraten. – (Soldat XY, Initiative für ein Soldaten- und Reservistenkomitee München)

50 Soldaten unterschrieben

Für uns Soldaten der 4./PzGrenBtl. 243 ist es ein unzumutbarer Zustand, von einem Offizier wie Olt. v. Plotho als Zugführer des 2. Zuges der 4./PzGrenBtl. 243 geführt zu werden, der in grober Weise einen Kameraden von uns beleidigt und entwürdigt hat.

Er nannte den PG Gräßel mehrfach einen "Idioten", weil der PG Gräßel den Gleichschritt nicht aufnehmen konnte. Außerdem drückte er durch den verächtlichen Spruch: "Was man nicht im Kopf hat, hat man in den Beinen. Sie haben es nicht einmal in den Beinen!" gegenüber dem PG Gräßel seine menschenverachtende Haltung seinen Untergebenen gegenüber aus.

Noch weniger können wir akzeptieren, daß der Kompaniechef Hptm. Doblanzki die Beschwerde über diesen Fall unterdrückt hat, indem er unter der Androhung, daß PG Gräßel erneut in den 2. Zug unter dem Kommando des Olt. v. Plotho eingegliedert wird, den PG Gräßel zu der Zurücknahme seiner berechtigten Beschwerde gebracht hat.

Wir fordern die strafrechtliche Verfolgung

– des Olt. v. Plotho nach § 31 Wehrstrafgesetz (entwürdigende Behandlung)

– des Hauptmann Doblanzki nach § 35 Wehrstrafgesetz (Unterdrücken von Beschwerden).

Wir fordern ebenso die sofortige Suspendierung dieser zwei Offiziere aus den Diensten der Bundeswehr!

Manöver "Große Rochade": Panzeraufklärung besetzt ein Dorf

„Was ist Wehrkraftzersetzung?"

Zum Abschluß des Manövers "Große Rochade" ließ unser Kompaniechef die Kompanie antreten, um rückblickend die "Lehren" aus der Übung zu ziehen. In seiner Ansprache meinte er, daß die Bundeswehr sich vor der Bevölkerung des Übungsgebietes profilieren konnte und daß die Bundeswehr an Beliebtheit gewonnen habe. Der Hauptmann irrt sich. –

In der Tat war die Landbevölkerung Nieder- und Oberbayerns gegenüber den einfachen Soldaten aufgeschlossen, hilfsbereit und gastfreundlich. Oft kam es vor, daß die Soldaten nicht im Heu schlafen mußten, sondern daß die Bauern Betten herrichteten und daß man morgens ein kräftiges Frühstück bekam. Das haben die Bauern meist deshalb getan, weil sie oft aus eigener Erfahrung wissen, wie dreckig es den Mannschaften bei der Bundeswehr geht. Daß ihre Herzlichkeit den einfachen Soldaten gilt, aber keineswegs den Herren Offizieren, macht ein Erlebnis gut deutlich:

Unsere KFZ-Gruppe (sechs Mann) war eines Abends bei einem Bauern zu einigen Glas Bier eingeladen. Im Gespräch kamen wir darauf, daß die Bundeswehr wenig Rücksicht auf die Lebensgrundlage der Bauern nimmt, daß Panzer und LKWs in erntereife Felder fahren, ohne daß groß nach dem Schaden, den die Bauern erleiden, gefragt wird. Die "Entschädigung für Flurschäden", die der Staat den Bauern aus Steuermitteln zahlt, bezeichnete unser Gastgeber als schlechten Witz. Er meinte, daß der Bund zwar den unmittelbaren Schaden bezahlt – um die weiteren Folgen, die die Bauern auszubaden haben, kümmert sich der Staat jedoch einen Dreck. Wenn zum Beispiel ein Maisfeld zusammengefahren wird, wird genau der Gegenwert der entgangenen Maisernte bezahlt. Daß der Bauer dann zum Beispiel zum Füttern der Schweine aber keinen Mais mehr hat und deshalb teure Futtermittel auf dem Markt kaufen muß, das interessiert den Staat nicht mehr.

Ein Soldat meinte darüberhinaus: Selbst wenn die Bundeswehr noch für die Folgeschäden bezahlen würde, so bliebe dennoch die Vernichtung von Lebensmitteln und gesellschaftlichen Reichtümern bestehen. Und für diese Vernichtung muß dann das Volk in Form von Steuern auch noch bezahlen. – Wir waren uns zum Schluß einig, daß Übungen wie die "Große Rochade" für den Imperialismus und sein Militär zwar notwendig sind, daß sie aber in jedem Falle den Arbeitern und Bauern teuer zu stehen kommen und daß diese solchen Übungen niemals zustimmen können.

Gegen Ende des Abends meinte der Bauer, daß er unsere Diskussion auch deshalb so prima gefunden hätte, weil er seine Sorgen einmal mit Leuten, die aus der Stadt kamen, diskutieren konnte.

Das "böse Erwachen" kam am nächsten Morgen. Irgendwie war dem Zugführer von der abendlichen Diskussionsrunde etwas zu Ohren gekommen. Er wußte auch, was im einzelnen diskutiert worden war. – Am Morgen also kam dieser Hauptfeldwebel in Begleitung eines Leutnants zu unserer Gruppe und griff mich heraus: Sachen packen und mitkommen! Ich packte Gewehr und Stahlhelm und ging mit. Man erklärte mir nicht, um was es eigentlich ging. Wortlos wurde ich beim Kompaniechef abgeliefert.

Der fragte mich, ob ich Anarchist sei. Ich muß ihn ziemlich verständnislos angeschaut haben, denn er führte das Gespräch nicht fort.

Schließlich wurde ich zum Verhör dem Sicherheitsoffizier der Kompanie vorgeführt. Dieser Mensch sagte mir dann endlich, um was es ging: Wehrkraftzersetzung und Schädigung des Ansehens der Bundeswehr in der Öffentlichkeit. Er führte die Sache mit dem Flurschaden an. Ich sagte ihm, daß das alles Feststellungen des Bauern selbst gewesen seien, daß seine Äußerungen sicherlich auf Erfahrungen beruhen und daß ich den Bauern in seinen richtigen Auffassungen allerdings unterstützt hätte.

Die Argumente des Bauern konnte auch der Herr Sicherheitsoffizier nicht widerlegen und deshalb legte er eine Denkpause ein. Ich fragte ihn nun, was er mir eigentlich vorzuwerfen habe. Da meinte er, daß er mich nicht hindern könne, die Kritik der Bevölkerung an der Bundeswehr zu teilen. Jedoch sei ich eben Soldat und ich dürfe diese Kritik nicht äußern. Daß ich meine Meinung geäußert habe, das war also der erste Punkt, der mir vorgeworfen wurde.

Der zweite Punkt war der, daß der Soldat durch das Soldatengesetz gezwungen wird, die "freiheitliche Demokratie" zu schützen. Nach Meinung des Sicherheitsoffiziers schließt das auch ein, den Staat, bzw. seine Schutztruppe, die Bundeswehr, gegenüber "aggressiven Meinungen" der Bevölkerung zu schützen:

"Gegenüber solchen engstirnigen, eigennützigen Vorstellungen (die Meinung des Bauern) hätten Sie die Idee der freiheitlichen Demokratie hochhalten müssen. Sie hätten dem Bauern klarmachen müssen, daß wir diese Demokratie eines Tages gegen den Osten verteidigen müssen und daß es da schon passieren kann, daß der Einzelne Opfer bringen muß." Das alles hätte ich dem Bauern also entgegenhalten müssen, um nicht gegen das Gesetz zu verstoßen.

Auf diesen Gedanken bin ich freilich nicht gekommen und auch keiner meiner Kameraden hatte diesen glorreichen Einfall.

Es gilt also folgendes: Wer die täglichen Lebensinteressen des Volkes höher stellt als die Notwendigkeiten der Imperialisten, ihren Krieg vorzubereiten, der "zersetzt" die Wehrkraft. So einfach ist das.

Als ich nachher in meiner Gruppe über das Verhör berichtete, stellten wir fest, daß wir dann im Grunde alle solche "Wehrkraftzersetzer" sind. Wir sind es immer dann, wenn wir uns Rechte nehmen, die wir nicht haben. In diesem Falle das Recht auf Freiheit der Debatte mit der zivilen Bevölkerung. Wir diskutierten in der Gruppe noch lange über diesen Vorfall und insbesondere auch darüber, daß es beim Bund das Soldatengesetz gibt, in der Fabrik das Betriebsverfassungsgesetz, im öffentlichen Dienst den Schießerlaß usw. Wir stellten fest, daß dem Arbeiter überall Ketten angelegt sind, daß er keinerlei Rechte hat, wenn er sie sich nicht selbst nimmt.

Am Abend gingen wir wieder zu unserem Bauern und berichteten ihm von der Sache. Seine Antwort: "Was haben wir denn getan? Wir haben doch nur Tatsachen festgestellt. Bringt mich sofort zu Eurem Kompaniechef, der kriegt von mir eine vor den Latz." Fürwahr, die Militaristen können sich auf die Schultern klopfen: Sie sind sehr beliebt beim Volk. – (mb, z.Z. Stetten a.k.M.)

Eine "soziologische Untersuchung bei Wehr- und Zivildienstleistenden"

In mehreren Städten der BRD sind in den letzten Wochen an Wehrdienstleistende und Zivildienstleistende (ZDL) Fragebogen ausgegeben worden, mit deren Hilfe die politische Einstellung der Soldaten und Wehrdienstverweigerer überprüft werden soll. Insgesamt erfaßt die Fragebogenaktion je 1 200 Soldaten und ZDL. Von 131 Fragen sind 50 politischer Natur, 40 Fragen sind zur Person gestellt. Obwohl der Name des Ausfüllenden in dem Bogen nicht erscheint, werden alle weiteren Daten erfaßt, so daß der Rückschluß auf den Ausfüllenden keine Schwierigkeiten bereitet. Durchgeführt wird diese Gesinnungsforschung der Soldaten und ZDL von einem Professor Ernst Nagel. Nachforschungen haben ergeben, daß dieser Professor derzeit an der Bundeswehrhochschule in Hamburg lehrt. Als Deckmantel dient dem Bundeswehrprofessor der Arbeitskreis "Dienst für den Frieden", ein Arbeitskreis, der von der "römisch-katholischen deutschen Bischofskonferenz" gegründet wurde.

Das Soldaten- und Reservistenkomitee Darmstadt fordert in einer gemeinsam mit der dortigen Zivildienstgruppe herausgegebenen Presseerklärung u.a. die sofortige Einstellung dieser Fragebogenaktion und die Vernichtung sämtlicher bereits ausgefüllten Fragebogen. (nach Presseerklärung des SRK-Darmstadt und der Zivildienstgruppe Darmstadt vom 25.9.1975)

Seit 39 Jahren kämpft das spanische Volk für seine Freiheit

Das faschistische Franco-Regime hat fünf spanische und baskische Revolutionäre hinrichten lassen. Sechs weitere, ebenfalls in Kriegsprozessen zum Tode verurteilte Revolutionäre wurden zu lebenslangem Zuchthaus durch den Ministerrat begnadigt. Über die Vollstreckung der Todesurteile ist es in der ganzen Welt zu breiten Protesten gekommen. In Spanien selber hat sich gezeigt, daß das Franco-Regime tiefe Risse aufweist. Acht Minister haben ihren Rücktritt angekündigt; 39 Jahre blutigster Terrorherrschaft haben nicht ausgereicht, um den Kampf des Volkes für seine Freiheit zu zertreten.

Seit 39 Jahren hält das faschistische Regime in Spanien das Volk völlig rechtlos, unterdrückt es mit blutigem Terror. Schätzungen zufolge sind seit 1940 300 000 bis 400 000 spanische Antifaschisten ermordet worden. Seit Jahrzehnten führen die spanische Arbeiterklasse und das Volk einen hartnäckigen Kampf gegen den faschistischen Terror und für ihre elementaren Rechte. Diesen gerechten Kampf deklariert das Regime unter Führung Francos, der sich selbst – wie auf allen spanischen Münzen zu lesen ist – als "Caudillo von Gottes Gnaden" bezeichnet, als Rebellion und Terror. Das mag es tun, dadurch werden seine blutigen Gewalttätigkeiten nicht gerecht und die weitere Entfesselung des Terrors wird seinen Sturz eher beschleunigen.

Die Lage des Volkes unter dem faschistischen Regime in Spanien

Bis in die fünfziger Jahre lebten mehr als 50 Prozent der Bevölkerung unter elenden Bedingungen auf dem Land, im Süden Spaniens als Tagelöhner und Saisonarbeiter, im Norden auf kleinen Parzellen, die zu klein zum Leben und zu groß zum Sterben waren. Elektrifizierung, Wasserversorgung, ärztliche Versorgung, Schulausbildung fehlten fast gänzlich.

Die katastermäßige Erfassung von 1962 ergab folgende äußerst ungleiche Struktur der Besitzverhältnisse: 0,86 % verfügen über 53,5 % des landwirtschaftlichen Bodens, ihr Durchschnittsbesitz beträgt ca. 450 ha, manche Großgrundbesitze (Latifundien) sind über 1 000 bis zu 10 000 ha groß. Dagegen verfügen 52,23 % nur über4,23 % der Anbaufläche, der Durchschnittsbesitz bei ihnen liegt bei einem halben Hektar. Diese Zahlen dürften sich nicht grundlegend geändert haben, vor allem was die Latifundien betrifft. Monokultur, eine – wenn auch langsam – zunehmende Kapitalisierung der Landwirtschaft, die Rationalisierungen und damit steigende Arbeitslosigkeit für die Landarbeiter zur Folge hat, und dann der Zwang für die Parzellenbauern (Minifundisten) vor allem im Norden, aufgrund sinkender Agrarerlöse und der vom Regime betriebenen Flurbereinigung zugunsten reichen Großbauern und Kapitalgesellschaften, ihre Parzellen für " 'nen Appel und 'n Ei" zu verkaufen, trieb Hunderttausende von Landarbeiterfamilien und Parzellenbauern in die Industriezentren Spaniens (Madrid, Barcelona, Bilbao) und ins Ausland. Innerhalb von 10 Jahren, von 1960 bis 1970, haben 2,4 Millionen Menschen das Land verlassen. Im gleichen Zeitraum ist Madrid um 1,2 Millionen, Barcelona um 1 Million, Bilbao um 290 000, Valencia um 336 000 Einwohner gewachsen. Ganze Landstriche in Kastilien, Extremadura und Andalusien sind entvölkert oder in den Dörfern sind nur Alte und Kinder zu sehen.

‚Nach wie vor sind feudale Herrschaftsstrukturen vorhanden, wo der Großgrundbesitzer (Latifundist) über den Lebensablauf der von ihm abhängigen Landarbeiterfamilien bestimmt. Die Saisonarbeiter sind in einer besonders unwürdigen Lage. Zur Ernte- und Saatzeit kommen die Gutsverwalter mit Lastwagen in die Dörfer und wählen auf dem Marktplatz die Arbeiter aus, die sie für den Tag brauchen. Wer aufgemuckt hat, wer zu alt oder zu schwach, bleibt stehen. Auch heute sind noch Tausende von Dörfern kaum oder gar nicht elektrifiziert. Gerade im Süden haben viele Dörfer keine Trinkwasserversorgung. Das Wasser wird in Wassertankwagen rundgefahren, in den trockenen Sommermonaten kommen die Wagen öfter. Schulen gibt es nur wenige. 2 500 Dörfer sind noch immer ohne Arzt.

In den Städten gibt es nicht ausreichend Arbeit für die vom Land andrängenden Massen und erst recht keinen ausreichenden Wohnraum. Die Familien werden bei horrenden Mieten in enge Mietsilos gepreßt oder hausen in Holz- und Blechbarracken (chabolas) in den Randzonen.

Der Druck der industriellen Reservearmee vom Land machte es den Kapitalisten und ihrem Regime leicht, die Löhne extrem niedrig zu halten. Die Notlage trieb ein Heer von spanischen Arbeitern und Arbeiterinnen, im Ausland einen Käufer für ihre Arbeitskraft zu suchen. Rund 2 Millionen arbeiten im Ausland.

Die spanische Arbeiterklasse hat in vielen Streikkämpfen die Kapitalisten und das Regime gezwungen, höhere Löhne festzusetzen, die Lebenshaltungskosten sind ungleich höher gestiegen. Viele Arbeiter sind, um ihre Familien menschenwürdig ernähren zu können, zur Doppel- und Dreifachbeschäftigung (pluriempleo) gezwungen. Die weltweite Wirtschaftskrise lastet auch in Spanien auf der werktätigen Bevölkerung. Über eine halbe Million ist arbeitslos, die versteckte Arbeitslosigkeit durch die Saisonarbeit auf dem Land und in der Touristikindustrie und die 2 Millionen Emigranten nicht gerechnet. Nach Schätzungen werden es Ende des Jahres 1 Million sein. Die Lebenshaltungskosten sind stark gestiegen, gerade für die Artikel des täglichen Bedarfs. Gleichzeitig "spart" das Regime in den Bereichen, die die soziale Lage verbessern könnten. Die im dritten Entwicklungsplan angegebenen Planziele z. B. der Schulen wurden nicht im entferntesten erreicht.



In München demonstrierten 1 000: Tod dem Faschismus!
In München demonstrierten 1 000: Tod dem Faschismus!

Die Krise wird auf allen Ebenen verstärkt zu politischen Entlassungen ausgenutzt. Die Fabrikherren haben lange "schwarze Listen". In den Universitäten von Barcelona wurden im August über 600 wissenschaftliche Hilfskräfte gefeuert. Nach dem wochenlangen Streik des im staatlichen Gesundheitsdienst beschäftigten Pflegepersonals und der Ärzte wurden 1 500 Ärzte entlassen. Krankenhäuser wurden geschlossen oder militarisiert.

Die industrielle Entwicklung seit Beginn der 60er Jahre hat die eng mit dem Bankkapital verbundene Monopolbourgeoisie wirtschaftlich und damit auch politisch enorm gestärkt. Sie verfügt über 80 % des nationalen Aktienkapitals. Wenigen großen Konzernen wie Altos Hornos (privat), SEAT (halbstaatlich), HUNOSA (staatlich) steht ein Heer von Fabriken gegenüber, die weniger als 50 Arbeiter beschäftigen (97 %). Sie stehen in völliger Abhängigkeit der großen Industrie und leben in ihrer großen Zahl ständig am Rande des Bankrotts. Die Kluft zwischen Monopolbourgeoisie und Klein- und Mittelbourgeoisie verschärft sich zunehmend mehr. Die politische Folge ist, daß breite Teile der Klein- und Mittelbourgeoisie in Opposition zum Regime stehen, das ihnen ihre Existenz nicht sichern kann und auch nicht will.

Gegen Ende des 2. Weltkrieges, als die Niederlage des deutschen und japanischen Faschismus sich abzeichnete, schlossen sich die Organistionen und Parteien, die die 2. Republik Spanien getragen und verteidigt hatten, in einem Aktionsbündnis zum Sturz des faschistischen Regimes in Spanien zusammen. Fehlende Verankerung in den Massen, innere Spannungen, blindes Vertrauen einiger Parteien wie der sozialdemokratischen PSOE in die Unterstützung der Siegermächte, vor allem der USA und Englands (die aber ihrerseits alles zur Stützung des Franco-Regimes taten, was sie von der Öffentlichkeit unkontrolliert tun konnten), und Unterschätzung der militärischen Stärke und Wachsamkeit des Franco-Regimes besonders seitens der Kommunistischen Partei Spaniens (KPS), die mit der Verstärkung und Ausweitung des Guerilla-Kampfes den Sturz einzuleiten plante, führte zum Scheitern des Vorhabens, obwohl die nationalen wie internationalen Bedingungen günstig waren.

Die ersten Streiks: Anfang einer breiten Bewegung gegen den Faschismus

Im Frühjahr 1951 kam es in Katalonien zu den ersten Streiks und Massendemonstrationen gegen die Teuerung des Lebens.

Im März 1951 kämpfte die Bevölkerung Barcelonas in Straßendemonstrationen und mit einem 12 Tage währenden Boykott gegen die Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr. Im April 1951 streikten im Baskenland 200 000 Arbeiter gegen die Teuerung. Im Mai 1951 kam es in Madrid zum sogenannten "Weißen Streik": Boykott der öffentlichen Transportmittel, der Bars und Kinos. Immer wieder fanden vereinzelte Streiks in den darauffolgenden Jahren statt, größere Bedeutung erlangte der Streik auf den Werften Euskalduna de Bilbao im Jahr 1953.

Die massive Auflehnung in den großen Städten Spaniens bleibt ohne politische Führung. Die Parteien und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse waren vom Regime systematisch zerschlagen worden. Einzig die KPS konnte ab 1950 mit aus den Gefängnissen entlassenen Kadern die Reorganisierung der Partei in Spanien einleiten und vorantreiben.

Einen neuen, schlagkräftigen Aufschwung nehmen die Streikkämpfe im Jahr 1962. Beginnend im Baskenland, Valencia, Barcelona, Madrid werden Streikkämpfe im ganzen Land geführt, zeitweise standen über 400 000 Arbeiter gleichzeitig im Streik, in den Kohleminen von Asturien und in einigen Fabriken streikten die Arbeiter mehrere Monate lang.

Die politische Bedeutung der Streiks

Ausgehend von Forderungen nach höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen erhielten die Streiks sehr schnell politischen Charakter:

das Regime legt die Löhne zentral fest; über seine Kontrollinstanz, die Zwangsgewerkschaften CNS, sollen die Arbeiter in Schach gehalten werden. Der Gegner ist in der Lohnfrage also nicht der einzelne Kapitalist, sondern das Regime. 2. Streiks waren "militärische Rebellion". Mit dem Einsatz des Kampfmittels Streik und der Behauptung der zwar aufgehobenen, zur Organisierung aber unabdingbar notwendigen Rechte der Versammlungs- und Meinungsfreiheit kämpfte die Arbeiterklasse nicht nur gegen die sie ausbeutenden Kapitalisten, sondern gleichzeitig gegen das sie knebelnde faschistische Regime. Auf diese Herausforderung antwortete das Regime jedesmal mit brutaler und bewaffneter Gewalt.

Mit den breiten Streikkämpfen, in denen immer massiver Streikrecht und Gewerkschaftsfreiheit gefordert werden, und mit dem Aufbau gewerkschaftlicher Klassenorganisationen, den Arbeiterkommissionen (Comisiones Obreras, CC. OO.), die seit 1962 in vielen Fabriken nach Beendigung des Streiks sich nicht mehr auflösen, sondern denen auf Grundlage von Plattformen von der Belegschaft längerfristige Kampfaufgaben übertragen wurden, konnte die Arbeiterklasse bedeutende Erfolge erringen. Die tagtäglichen Kämpfe straften die faschistische Ideologie Lügen, nach der es in Spanien keine Klassen und Klassengegensätze gibt. Institutioneller Ausdruck dieser Ideologie sind die CNS, die vertikalen Zwangsgewerkschaften, in denen Kapitalisten und Arbeiter zwangsorganisiert sind. Das Regime wurde gezwungen, nacheinander Tarifverträge, die Wahl von Vertrauensleuten und Betriebsräten im Rahmen der CNS und Streiks gesetzgeberisch anzuerkennen. Tarifverträge werden alle 2 Jahre auf Betriebs- und Branchenebene zwischen Kapitalisten und CNS "ausgehandelt". Das Regime hat damit die Durchführung seiner Lohndiktate auf niedere Ebenen zu verlagern gesucht. Die formale Anerkennung von Tarifverträgen und die Wahl von Vertrauensleuten und Betriebsräten, obwohl äußerst eng gefaßt, eröffnen der Arbeiterklasse jedoch Möglichkeiten, in den Zwangsgewerkschaften einen hartnäckigen Zermürbungskampf zu führen, so daß die CNS für die Knebelung der Arbeiterklasse an Tauglichkeit verloren haben.

Die Arbeiterkommissionen (CC. OO.) sind im Laufe der langjährigen Kämpfe zur festen Organisationsform zur Führung des gewerkschaftlichen Kampfes geworden. Lange Jahre war die politische Führung der revisionistischen KPS in den Arbeiterkommissionen unbestritten.

Der Versuch der KPS, die CC. OO. für ihre Politik der "Nationalen Versöhnung" und des "Nationalen Generalstreiks" zu vereinnahmen mit dem Ziel, nach dem Sturz des Regimes die parlamentarische Demokratie, in ihrer Terminologie die "politische und soziale" bzw. "antimonopolistische und antilatifundistische Demokratie" zu errichten und den Kampf der Klasse dieser Politik unterzuordnen, wird von Teilen der Arbeiterklasse zurückgewiesen. Klares Beispiel für diese Politik ist das Verhalten der KPS gegenüber dem Generalstreik am 11. Dezember 1974 im Baskenland, an dem sich 200 000 beteiligten, den sie ausdrücklich nicht unterstützte und, wo es ging, behinderte. Mit der Entwicklung der Klassenkämpfe hat der Meinungskampf um die revolutionäre Linie an Schärfe zugenommen. Junge revolutionäre Organisationen führen den Meinungskampf in den Arbeiterkommissionen und dort, wo er konsequent geführt wird, ist der politische Einfluß der KPS zurückgedrängt oder gleich Null, so im Baskenland und in Navarra.

Den Kämpfen der Arbeiterklasse schließen sich die übrigen Teile des Volkes auf dem Lande und in den Städten an

Der Kampf gegen das faschistische Regime, für die elementaren Rechte des Volkes und für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen blieb nicht auf die Arbeiter in den Fabriken beschränkt. Breite Kämpfe entfalteten sich auf dem Land in den 60er Jahren, in denen die Landarbeiter die Erntearbeiten bestreikten, so vor allem in den andalusischen Provinzen, oder die kleineren und mittleren Bauern zu massiven Protestaktionen, Traktordemonstrationen, Straßenbarrikaden, Molkereiboykott, im Kampf gegen die fortschreitende Verelendung übergingen.

Die Bevölkerung in den großen Industriestädten, die besonders hart von der Teuerung bestroffen ist – in Madrid und Barcelona benötigt eine vierköpfige Familie das Dreifache des staatlich festgelegten Mindestlohnes – hat zusammen mit den landwirtschaftlichen Produzenten Boykotts gegen den wucherischen kapitalistischen Zwischenhandel organisiert, indem die Produzenten direkt an die Verbraucher verkauften.

In den staatlichen Behörden beginnen die Kämpfe. Selbst unter den Ministerialbeamten wurden im vergangenen Herbst mehr als 500 Unterschriften für die Durchsetzung demokratischer Freiheiten gesammelt; im Februar dieses Jahres griffen die Angestellten der Ministerien zum Kampfmittel des Streiks zur Durchsetzung höherer Löhne. Das im staatlichen Gesundheitsdienst angestellte Pflegepersonal und die Ärzte führten über mehrere Wochen einen harten Streikkampf für bessere Arbeitsbedingungen (bis zu 90 Stunden in der Woche müssen gearbeitet werden) und für höhere Löhne.

In den Stadtteilen schließen sich die Bewohner in Stadtteilkomitees zusammen, um den Kampf gegen die unerträglichen Wohnbedingungen, gegen das Fehlen sozialer Einrichtungen (Kindergärten, Versammlungsräume) und gegen die katastrophale Ausbildungssituation ihrer Kinder zu führen.

Die Veränderungen seit 1972: Breite Basis im Volk für den Kampf gegen das Unterdrückerregime

Seit 1972, seit dem Generalstreik in El Ferrol im März 1972 und dem Generalstreik in Vigo im September 1972, erfahren die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes eine neue Qualität. Schon immer konnten die Streiks der Arbeiter auf die breite Solidarität und die materielle Unterstützung durch die Bevölkerung zählen. In El Ferrol, wo der Kampf von der Werft El Bazan ausging, und in Vigo, wo die Citroen-Arbeiter den Streik begonnen hatten, unterstützten die Arbeiter der anderen Fabriken und die Bevölkerung den Streik aktiv. Alle Fabriken am Ort wurden bestreikt, Geschäfte und Gaststätten schlossen, Massendemonstrationen wurden organisiert, Barrikaden errichtet. Der ursprüngliche Kampf gegen einen einzelnen Kapitalisten entwickelte sich zum breiten Kampf gegen das Unterdrückerregime. Ebenso war es, um nur einige Beispiele zu nennen, zu Jahresbeginn 1974 in Pamplona, wo der Kampf von den Arbeitern der "Super-Ser" ausging und sehr bald die ganze Stadt im Kampf stand, und im Januar 1975 ebenfalls in Pamplona beim Streik der Bergarbeiter des Kaliwerks "Potasas".

Die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes in Spanien für ihre elementaren Rechte, die das Regime ihnen mit blutigem Terror weiterhin vorzuenthalten versuchte, haben das faschistische Regime mehr und mehr zerrieben. Seine Auftraggeber haben begonnen, nach Ersatz zu suchen. Seine sozialen Stützen sind tief gespalten. Zum Beispiel setzt sich der niedere Klerus der katholischen Kirche für die Rechte des Volkes ein, die Spitzen der katholischen Hierarchie versuchen, mit Franco nicht zu eng in Berührung zu kommen, die Karlisten, die Falange und selbst das Offiziers-Korps ist gespalten.

Die spanische Bischofskonferenz, das Sprachrohr der Hierarchie der katholischen Kirche in Spanien, fordert mehrheitlich die Einführung demokratischer Rechte, Amnestie für politische Gefangene, die Trennung von Staat und Kirche. Die Karlistische Partei, ehemals Verfechter einer absolutistischen Monarchie, hat sich ein bürgerlich-demokratisches Programm gegeben.

Die Falange ist in zahllose Fraktionen gespalten, die von der Ultrarechten unter Blas Pinar mit ihrem bewaffneten Arm, den Christkönigskriegern, bis hinein in die antifaschistische Opposition gehen.

In den Streitkräften werden die Widersprüche, jahrelang totgeschwiegen, jetzt öffentlich manifest. Die "Demokratische Militärunion", die mehrere hundert Mitglieder in den mittleren Offizierskadern hat, hat im vergangenen August ihre demokratische Plattform veröffentlicht.

Man sieht: Das Franco-Regime ist nicht viel mehr als eine Clique. Ihre Beseitigung steht auf der Tagesordnung. Der Kampf der Massen, der anläßlich der Vollstreckung der Todesurteile einen weiteren Aufschwung nimmt, wird dieses Ziel erreichen. **(K.S.)**

Die Haltung der Zeitschrift „Arbeiterkampf" zum Befreiungskampf des angolanischen Volkes ist schädlich!

Die Zeitschrift "Arbeiterkampf" des Kommunistischen Bundes Nord hat sich in ihrer neuesten Ausgabe (Nr. 66/Sept. 1975) erneut zu den Auseinandersetzungen in Angola geäußert. Sie hat die Position der KVZ zum Befreiungskampf des angolanischen Volkes als Position der "Neutralität" und des "astreinen Rassismus" gekennzeichnet. Die Überschriften der wichtigsten Artikel dazu im "Arbeiterkampf" zeigen die Richtung der Stellungnahme des KB Nord: "MPLA zeigt ihre Stärke: Die Auseinandersetzungen zwischen den imperialistischen Söldnern der FNLA und der Befreiungsbewegung MPLA sind in eine entscheidende Phase eingetreten". Oder: "Jetzt kämpfen auch südafrikanische Faschistentruppen gegen MPLA". Oder: "MPLA: Keine Einheit mit dem Klassenfeind" (womit die beiden anderen Befreiungsbewegungen UNITA und FNLA gemeint sind).

Für die Zeitschrift "Arbeiterkampf" besteht so der Befreiungskampf des angolanischen Volkes ausschließlich darin, daß eine Befreiungsbewegung gegen die andere kämpft und inzwischen auch noch von außen bekämpft wird.

Wie aber ist die gegenwärtige Lage im Befreiungskampf des angolanischen Volkes gegen Imperialismus und Kolonialismus? Unbedingt muß man sich vor Augen halten, daß dieser Kampf keineswegs gewonnen und siegreich beendet ist. Das Volk von Angola hat lange den bewaffneten Befreiungskampf geführt, ebenso wie die Völker von Mozambique und Guinea-Bissau. Frucht dieses Befreiungskampfes war der Zusammenbruch des portugiesischen Kolonialismus, die Unabhängigkeit von Mozambique und Guinea-Bissau. In bezug auf Angola wurde die portugiesische Regierung zum Vertrag von Alvor am 15.1.1975 **gezwungen**. Darin ist zwischen der portugiesischen Regierung einerseits und den Vertretern der drei nationalen Befreiungsbewegungen andererseits festgelegt worden, daß am 11. November Angola unabhängig wird, daß im Februar 1976 alle portugiesischen Truppen das Land verlassen haben sollen. Festgelegt war weiter die Bildung einer Übergangsregierung, die diese Schritte vorbereiten sollte. Der Vertrag von Alvor war Ausdruck der Tatsache, daß der portugiesische Kolonialismus geschlagen, aber noch nicht endgültig vertrieben war, sondern noch eine Frist von einem Jahr bekam. Von seiten des angolanischen Volkes waren Vertragspartner und vertreten in der Übergangsregierung die drei Befreiungsbewegungen MPLA, UNITA und FNLA, denn bislang war es nicht gelungen, im bewaffneten Kampt eine einheitliche Befreiungsfront zu bilden, die das ganze Volk von Angola vertritt.

Die imperialistische Intervention hält an

Klar war, daß die Imperialisten und Kolonialisten diese Übergangszeit unbedingt ausnutzen würden, um die volle Unabhängigkeit zu verhindern und Angola wieder unter ihre Fuchtel zu bekommen. Der Ministerpräsident der Volksrepublik China, Tschou En-lai, hat in seinem Glückwunschtelegramm an die Präsidenten der drei Befreiungsbewegungen am 27.1.1975 geschrieben: "Selbstverständlich ist das Abkommen vorerst nur beschriebenes Papier und es ist noch ein weiterer schwerer Kampf notwendig, um alle Bestimmungen wirklich in die Tat umzusetzen. Alte kolonialistische Kräfte wollen nicht freiwillig von der Bühne der Geschichte abtreten, und neokolonialistische Kräfte aller Schattierungen werden jede Gelegenheit suchen, Unruhe zu stiften und Sabotage zu treiben. Der Kampf des angolanischen Volkes für die völlige nationale Unabhängigkeit bleibt noch von langer Dauer und ist windungsreich. Wir sind überzeugt, daß das angolanische Volk, gestählt im bewaffneten Kampf mit der Unterstützung der afrikanischen Völker und Länder sowie der Völker der übrigen Welt, den vollen Sieg in seinem Kampf für nationale Unabhängigkeit erringen wird, wenn es seine Einheit weiter verstärkt, stets wachsam bleibt, sich vor Intervention durch ausländische Kräfte hütet und unermüdlich am Kampf festhält." (Peking Rundschau Nr. 6/75)

Heute, ein dreiviertel Jahr nach dem Vertrag von Alvor, hat sich die Lage im Befreiungskampf des angolanischen Volkes gegen alten Kolonialismus und die Bestrebungen des Neokolonialismus erheblich verändert. Das angolanische Volk steht nicht kurz vor Unabhängigkeit und Freiheit auf einem unversehrten Territorium. Sondern sein Weg in die Unabhängigkeit ist äußerst bedroht. Beide Supermächte, die westlichen imperialistischen Staaten und das mit ihnen verbündete Südafrika intensivieren ihre Anstrengungen, Angola nicht in die Unabhängigkeit kommen zu lassen.

Eine direkte Intervention war ihnen zunächst versperrt. Also haben sie an einer internationalen öffentlichen Meinung gearbeitet, die eine Intervention gerechtfertigt erscheinen lassen soll. Mit allen Mitteln haben sie die erreichte Einheit der drei Befreiungsbewegungen zu spalten versucht. Dies in der Absicht, sie jeweils einzeln an sich zu binden, aufeinanderzuhetzen und durch Waffen- und Geldlieferungen von sich abhängig zu machen. Ihr Kalkül ist, den bewaffneten Konflikt zwischen den drei Befreiungsbewegungen, den sie schüren, zu einer solchen Schärfe zu treiben, daß sich die Bewegungen nicht mehr auf das Volk stützen gegen den Imperialismus, sondern gegeneinander kämpfen und auf fremde Waffenhilfe angewiesen sind. "Mit Waffen und Millionenbeträgen sind die rivalisierenden politischen Gruppen und Parteien in Portugal und Angola nach einem Bericht der amerikanischen Zeitung New York Times in den vergangenen Monaten von der Sowjetunion, den USA und deren Verbündeten unterstützt worden." (Süddeutsche Zeitung, 26.9.) Die Sowjetunion hat riesige Waffenmengen nach Angola verschifft, "die solch schwere Waffen wie Raketen und Panzerwagen einschlossen, die für das angolanische Volk während seines antikolonialen Kampfes nicht erhältlich waren". (Hsinhua, 19.9.)

Das angolanische Volk steht demgegenüber nicht in einer einheitlichen Front, sondern es ist gespalten und seine Kräfte sind zersplittert. Der Befreiungskampf ist also geschwächt in einer Situation, in der die Imperialisten ihre Angriffe intensivieren. Insofern haben die Imperialisten ihren ersten Schritt in der Wiedergutmachung der Niederlage des portugiesischen Statthalters erreicht: das baldige Inkrafttreten der Unabhängigkeit Angolas hinauszuzögern, seine durch die Einheit zwischen den Befreiungsbewegungen geschützte Selbständigkeit zu unterminieren. Der Vertrag von Alvor ist von der portugiesischen Regierung einseitig aufgehoben worden. Unter dem Mantel der Flüchtlingshilfe tarnen sie ihre Einmischung. Gleichzeitig wurden die südafrikanischen Truppen in Marsch gesetzt und haben Teile Angolas im Süden okkupiert. Die portugiesische Regierung wurde ermuntert, weitere Truppen zu entsenden. Die beiden Supermächte an der Spitze der imperialistischen Aggression kollaborieren dabei gegen das angolanische Volk und rivalisieren gleichzeitig. Gemeinsam streuen sie aus, dem angolanischen Volk müsse geholfen werden. Von ihnen. Es sei unselbständig und zerfleische sich im Bürgerkrieg. Gleichzeitig ordnen sie sich jeweils eine oder zwei der Befreiungsbewegungen zu, um damit zu rechtfertigen, daß sie sich unbedingt in die inneren Angelegenheiten Angolas einzumischen hätten.

Sind also die Imperialisten bestrebt, die Widersprüche im Volk Angolas in antagonistische zu verwandeln, so ist es die Aufgabe der Revolutionäre, diese Widersprüche so zu behandeln, daß alle Kräfte auf den Kampf gegen den Imperialismus und das Hegemoniestreben der beiden Supermächte konzentriert werden können, um, wenn dieser Gegner geschlagen ist, die Revolution erfolgreich fortzusetzen.

Der Kommunistische Bund Nord sieht diese gefährliche Lage nicht. Im Gegenteil, er strickt selber fleißig mit an der imperialistischen Propaganda, daß hier ein Bürgerkrieg, selbstverschuldet, stattfindet. Ebenso wie die bürgerliche Presse klassifiziert er die Befreiungsbewegungen und setzt ebenfalls auf den Sieg einer der drei Befreiungsbewegungen über die anderen.

Worin hat diese Position ihre ideologischen Wurzeln?

Welche Aufgaben hat die Revolution in Angola?

Der Kommunistische Bund Nord ist nicht der Auffassung, daß der Hauptwiderspruch in der gegenwärtigen Etappe zwischen Angola als einem unterdrückten Land auf der einen Seite und dem Imperialismus auf der anderen Seite verläuft. Vielmehr vertritt er die Auffassung: *"Hier ringen – wenn auch noch in 'unterentwickelten Formen' – Bourgeoisie und Proletariat um die Macht"*, wobei sie sich jeweils Hilfe von außen holen

Das hört sich links, radikal und marxistisch an. Tatsächlich ist es Aufgabe des Marxismus, der ein Mittel zur Erkenntnis und Veränderung der Wirklichkeit ist, zugunsten der Schwelgerei in "revolutionären" Stimmungen. Für den Marxismus-Leninismus ist die wirkliche Triebkraft einer jeden Revolution die Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte, welche die Fessel der jeweiligen Produktionsverhältnisse sprengt. Worin besteht diese Fessel in Angola? Sie besteht in der Unterdrückung des Landes durch den Imperialismus, in seiner Ausplünderung, die eine eigenständige Entwicklung unmöglich macht. Welche Klassen haben in Angola ein Interesse daran, diese Fessel zu sprengen? Mit Sicherheit die Arbeiterklasse, die keineswegs damit einverstanden ist, daß sie mit ihrer Arbeit dem Monopolkapital in New York, Frankfurt, in London oder auch in Moskau zu märchenhaften Profiten verhilft, während sie selber und mit ihr das ganze Land immer tiefer in Elend versinkt.

Aber auch die sich in Angola heranbildende Bourgeoisie hat ein Interesse daran, die Fessel des Imperialismus zu sprengen. Denn solange die in Angola geschaffenen Reichtümer von der imperialistischen Bourgeoisie angeeignet werden, gehen sie ihr verloren und hemmen die Akkumulation von Kapital in ihrer eigenen Hand.

Die Arbeiterklasse kann und muß versuchen, für die Lösung der nächsten anstehenden Aufgabe, die Befreiung vom Imperialismus, alle Kräfte zusammenzuschließen, mit denen Einheit gegen den Imperialismus möglich ist. Das ist grundsätzlich auch die Bourgeoisie, wenngleich natürlich auch in Angola der Widerspruch zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie schon vorhanden ist. Er kommt aber noch nicht zum Austrag in direktem Kampf gegeneinander um die Macht im Staat, sondern vor allem im Kampf um die Führung der Nation bei ihrem Befreiungskampf gegen den Imperialismus.

Wenn stattdessen behauptet wird, es müsse in dieser Lage der Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat um die Macht ausgetragen werden, statt eine Politik der antiimperialistischen Einheitsfront gegenüber der Bourgeoisie zu betreiben, der torpediert die Möglichkeit des Sieges im nationalen Befreiungskampf gegen den Imperialismus. Er verhindert gleichzeitig, daß die Arbeiterklasse zur führenden Klasse der Nation werden kann und so in die Lage kommt, im nächsten Schritt den Kampf für den Sozialismus aus einer günstigen Position zu eröffnen.

Die Nation, das ist in den vom Imperialismus unterdrückten Ländern der Dritten Welt vor allem die Riesenmasse der Bauern. Wenn es der Arbeiterklasse gelingt, im Kampf gegen den Imperialismus die Nation zu einen, dann wird sie die Bauern gewinnen, die durch weiße Plantagenbesitzer ausgebeutet werden und auf denen die vom Imperialismus ausgenutzte alte Stammesorganisation lastet.

Ohne die Riesenmasse der Bauern kann die Revolution gegen den Imperialismus nicht siegen und kann die entscheidende Frage der Bildung einer unabhängigen Nation gegenüber dem Imperialismus und über die alten Stammesverhältnisse hinweg nicht gelöst werden. Beim Kommunistischen Bund Nord wird nicht nur "vergessen", daß in Angola als nächstes die Frage der Nation gelöst werden muß. In seiner "Klassenanalyse" kommen auch die Bauern überhaupt nicht vor. Das ist eine abenteuerliche Mißachtung der Wirklichkeit zugunsten der revolutionär klingenden Floskel vom "Ringen zwischen Bourgeoisie und Proletariat um die Macht".

Die Erfahrungen aller nationalen Befreiungsbewegungen bestätigen die marxistisch-leninistische Erkenntnis, daß die nationale Befreiung nicht erkämpft und behauptet werden kann, wenn nicht die Arbeiterklasse den Kampf anführt, wenn sie nicht die Bauern gewinnen kann und wenn sie keine Politik der antiimperialistischen Befreiungsfront gegenüber der Bourgeoisie entwickelt. Es ist lächerlich, demgegenüber zu erklären, die FNLA und die UNITA hätten sich als reaktionär erwiesen und neigten zur Zusammenarbeit mit westlichen imperialistischen Mächten. Die Kommunistische Partei Chinas hatte einen zehnjährigen blutigen Bürgerkrieg gegen die zweifellos reaktionäre Kuomintang schon hinter sich, als sie nach der Aggression des japanischen Imperialismus gegen China, gegenüber dieser selben Kuomintang eine Politik der nationalen Einheitsfront entwickelte. Sie hielt diese Politik konsequent durch, obwohl die Kuomintang ständig die Einheit sabotierte und mit dem japanischen Aggressor kollaborierte, um stattdessen die Kommunistische Partei Chinas und die Befreiungsarmee zu bekämpfen. Sie hielt selbst nach der Niederlage der japanischen Aggressoren diese Politik durch und brach keineswegs von sich aus die nationale Einheitsfront. Es ist völlig klar: Ohne diese Politik gegenüber der Organisation der chinesischen Bourgeoisie hätte die Kommunistische Partei Chinas niemals das Volk zum Sieg über Imperialismus, Feudalismus und schließlich zu den Siegen im Kampf gegen den Kapitalismus führen können.

Die Politik des Kommunistischen Bundes Nord ist auf Spaltung aus

Der Kommunistische Bund Nord schlägt diese Erfahrung in den Wind und beharrt darauf, es gehe in Angola um den Kampf Arbeiterklasse gegen Bourgeoisie. Das ist die offen trotzkistische Position, die schon immer darin bestand, die Arbeiterklasse von den Bauern und den übrigen Teilen des Volkes abzuspalten und diese als Manövriermasse zu behandeln, sowie auf den Kampf um die Einheit einer unterdrückten Nation gegenüber dem Imperialismus zu verzichten. Das Proletariat ohne Bündnispartner und nur auf sich gestellt bzw. die fortgeschrittensten Teile des Proletariats mit radikaler Geste in Aufstände zu treiben, die nur mit blutigen Niederlagen enden können: Das ist das Wesen trotzkistischer Politik, weshalb die Kommunisten in China und Vietnam die Trotzkisten mit Recht immer als konterrevolutionäre Bande entschieden bekämpft haben.

Der Kommunistische Bund Nord wirft uns vor, wir würden den Widerspruch zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie in Angola leugnen, während dieser doch in Wahrheit antagonistisch sei: *"Über das 'primitive' Angola läßt sich wahrscheinlich die rassistische Leugnung objektiv antagonistischer (d.h. unversöhnlicher, nur durch Kampf zu lösender) Widersprüche in der Dritten Welt leichter verbreiten?"* Tatsache ist, daß wir den Widerspruch zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie in Angola keineswegs leugnen. Was wir bestreiten, ist, daß dieser Widerspruch in bezug auf die Aufgabe der Befreiung des Landes vom Imperialismus ein antagonistischer ist. Das aber behauptet der Kommunistische Bund Nord.

Politisch führt ihn dies dahin, dort keine Einheit zu sehen und zu wollen, wo sie objektiv möglich ist, nämlich innerhalb der angolanischen Nation, und dort sie zu suchen und zu unterstützen, wo sie objektiv unmöglich ist: nämlich mit dem russischen Sozialimperialismus.

Insofern sich alle drei Befreiungsbewegungen in Angola, MPLA, FNLA, UNITA, die geprägt sind durch unterschiedliche Weltanschauungen und deren Führung unterschiedlichen Klassencharakter hat, gegen den Imperialismus stellen und gegen ihn kämpfen, ist tatsächlich Einheit möglich. Und nötig. Hier aber setzt der Kommunistische Bund Nord direkt auf Spaltung. Hat er schon früher UNITA und FNLA als proimperialistisch denunziert, so ist er in der jüngsten Ausgabe seines "Arbeiterkampf" einen Schritt weiter gegangen. Die UNITA und die FNLA sind für ihn nur noch *"Truppen der Imperialisten"*. Sie sind *"faschistisch"*. Die Teile des angolanischen Volkes, die diesen Bewegungen folgen, werden damit zu Feinden des Volkes und der nationalen Befreiung erklärt. Und von wem? – Vom Kommunistischen Bund Nord! Geschehen zu Hamburg, dem "Tor zur Welt" des westdeutschen Imperialismus, wo sich diese Organisation zum Weltschiedsrichter zwischen Befreiungsbewegungen aufgeworfen hat. Nachdem der "Arbeiterkampf" bislang gegen zwei der drei Befreiungsbewegungen gehetzt hat, ist er in seiner jüngsten Zeitungsausgabe einen Schritt weiter gegangen und setzt auch auf Spaltung innerhalb der MPLA. Zugunsten der Vertreter des "radikalen Flügels innerhalb der MPLA", der – sofern das zitierte Dokument authentisch ist – es prinzipiell ablehnt eine Politik der Einheitsfront mit FNLA und UNITA zu betreiben, es ablehnt, UNITA und FNLA gegenüber eine Politik in bezug auf die Aufgabe zu entfalten, die Einheit der Nation im Kampf gegen ausländische Aggression und Einmischung herzustellen und alle Kräfte darauf zu konzentrieren.

Stattdessen setzt der Kommunistische Bund Nord auf Kräfte, mit denen objektiv eine Einheit unmöglich ist und mit denen es lebensgefährlich ist, die Einheit zu suchen. Er ist sich nicht zu schade, seitenweise in der imperialistischen BRD mit Greuelfotos und Hetztiraden gegen zwei der Befreiungsbewegungen vom Leder zu ziehen. Er verliert aber kein Wort über die Interessen, Motive und Handlungen des Sozialimperialismus und dessen Versuche, die MPLA von sich abhängig zu machen. Er prangert die Machenschaften des CIA an, was richtig ist. Die PIDE. Aber daß vom Klassencharakter und vom Auftrag die "Berater" des russischen Sozialimperialismus keinen Deut anders und besser sind, das verschweigt er.

Der Kommunistische Bund Nord sucht durchweg die antagonistischen Widersprüche **innerhalb** der Dritten Welt und **innerhalb** der Nationen der Dritten Welt, wo der wesentliche Widerspruch aber grad verläuft zwischen diesen und dem Imperialismus, insbesondere dem Hegemoniestreben der beiden Supermächte.

Ganz im Gegensatz steht er hier zu den Staaten und Regierungen auf dem afrikanischen Kontinent, die die Interessen der Nationen der Dritten Welt dem Imperialismus gegenüber je nach ihrem Klassencharakter in unterschiedlichem Grad und Umfang zum Ausdruck bringen. Die OAU zählt für ihn einen Pifferling. Alle diese Staaten und Regierungen treten dafür ein, daß die inneren Zwistigkei-

(Fortsetzung Seite 15 oben)

Der „Arbeiterkampf" und Angola

Fortsetzung von Seite 14

ten in Angola bereinigt werden, damit die Kräfte des Volkes auf den Hauptfeind und die Hauptaufgabe konzentriert werden. Sie alle brandmarken die Manöver der Imperialisten. Jüngst haben Präsident Nyerere von Tansania und Präsident Machel von Mozambique erklärt: "Die beiden Präsidenten drücken ihre ernste Besorgnis über die imperialistischen und neokolonialistischen Manöver aus, um dieses Land zu zerstückeln." (Hsinhua, 11. September) Sie haben an **alle** Befreiungsbewegungen appelliert, die Vereinbarungen von Alvor und alle anderen wichtigen Vereinbarungen einzuhalten. Getroffen haben sich die Präsidenten Kaunda (Sambia), Nyerere (Tansania), Machel (Mozambique), Khama (Botswana) und Ministerpräsident Lopez (Kongo). An diesem Treffen nahm von den drei Befreiungsbewegungen nur die UNITA, vertreten durch ihren Präsidenten Savimbi, teil (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. September). Auch diese Konferenz hat Initiativen beschlossen, um die Konflikte zu beendigen, und gefordert, daß am 11. November 1975 Angola die Unabhängigkeit erlangen müsse (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. September).

Entsprechend dem Beschluß der OAU-Gipfelkonferenz wurde jetzt bekanntgegeben, "das im August geschaffene 'OAU-Versöhnungskomitee für Angola' habe die drei Bewegungen sowie die portugiesische Regierung für den 30. September zu einer Konferenz in die ugandische Hauptstadt Kampala eingeladen" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. September).

Vom Kommunistischen Bund Nord ist inzwischen anzunehmen, daß er dies alles für "Schnacks" hält und hofft, daß diese Bemühungen scheitern.

Die Neutralität der Volksrepublik China

Der Volksrepublik China wirft der Kommunistische Bund Nord vor, sich neutral zu verhalten. Er meint damit, daß die Volksrepublik China nicht dieselben trotzkistischen Auffassungen vertritt wie seine Zeitschrift. Er meint damit, daß die Volksrepublik China nicht auf Spaltung setzt wie er, daß sie nicht die Machenschaften des Sozialimperialismus unterschätzt und verharmlost, sondern sie aufzeigt, daß sie im Gegensatz zu ihm auf die Kraft des Volkes von Angola vertraut. "Das chinesische Volk hat von jeher fest unterstützt die Völker Afrikas in ihrem revolutionären Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus, und entschlossen unterstützt es den gerechten Kampf des Volkes von Angola gegen Kolonialherrschaft und für nationale Unabhängigkeit. Das chinesische Volk hat alle drei Befreiungsbewegungen, die im bewaffneten Kampf gegen die portugiesische Kolonialherrschaft gebildet wurden, von jeher gleich behandelt und ist ihnen freundschaftlich gesonnen gewesen und hat ihrem Kampf die größtmögliche Unterstützung gegeben. Es ist bekannt, daß alle drei angolanischen Befreiungsbewegungen geboren worden sind in den Flammen des Kampfes für nationale Befreiung und ihren Teil beigetragen haben zum Kampf gegen die portugiesische Kolonialherrschaft und für die Unabhängigkeit und Freiheit von Angola. Alle drei sind anerkannt und unterstützt worden durch die OAU und haben Sympathie und Unterstützung von den Völkern der Welt gewonnen. Wir hoffen, daß sich die drei Organisationen von Angola sich vom Interesse des Volkes leiten lassen, sich die nationalen Interessen zu Herzen nehmen, ihre Differenzen durch friedliche Konsultation lösen werden, sich zusammenschließen und gemeinsam sich dem Feind entgegenstellen. Wir sind überzeugt, daß das angolanische Volk sicherlich die Hindernisse auf dem Weg des Fortschritts überwinden kann und nationale Unabhängigkeit und Freiheit erreichen wird." (Hsinhua, 19. September) Lucio Lara (Mitglied des Politbüros der MPLA), der eine Delegation der MPLA bei ihrem Besuch in China im Juni 1975 geleitet hat, hat darauf hingewiesen, daß die Volksrepublik China als erstes Land die MPLA bei der Aufnahme des bewaffneten Kampfes unterstützte. "Wir konnten feststellen, daß Chinas Politik gegenüber Afrika und besonders gegenüber Angola alle Elemente sucht, die den entsprechenden Völkern als Grundlage für ihre Einheit dienen." (In: Seara Vermelha Nr. 4/1975)

Der Kommunistische Bund Nord fordert von der portugiesischen Revolution die Wahrnehmung kolonialer Aufgaben

Daß der Kommunistische Bund Nord in Wirklichkeit von der Unselbständigkeit des angolanischen Volkes ausgeht, seiner Unfähigkeit, selber seinen Weg zu finden, hat er in der Nr. 65 des "Arbeiterkampf" deutlich unter Beweis gestellt: Er hat die direkte Einmischung der bürgerlichen portugiesischen Armee gefordert. Auch hier folgt er den Auffassungen des Trotzkismus, der immer dafür eingetreten ist, daß die Revolution exportiert werden müsse, falls die Völker sie seiner Auffassung nach entweder nicht richtig oder nicht rasch genug machen. Als "Hoffnung" bezeichnet er: "So haben portugiesische Militärsprecher mehrfach angekündigt, daß portugiesische Truppen intervenieren würden, wenn die FNLA versuchen wird, Luanda einzunehmen." Er "hofft", daß "Teile der portugiesischen Truppen in gewissem Umfang doch noch den revolutionären Kampf der MPLA unterstützen werden. Eine Möglichkeit, die natürlich eng verbunden ist mit dem Ausgang der schweren Auseinandersetzung in Portugal und die ein enorm hohes politisches Bewußtsein von den portugiesischen Soldaten verlangt, da sie sich praktisch für ein 'fremdes Land' engagieren müssen." Offen tritt er so für die Intervention der bürgerlichen portugiesischen Armee in Angola ein, um zugunsten einer der Befreiungsbewegungen die Lage zu entscheiden. So kommt er in Übereinstimmung mit den kolonialen Absichten der Bourgeoisie Portugals, die unter dem Aushängeschild der Unterstützung einer der drei Befreiungsbewegungen liebend gern wieder in Angola mitmischen möchte. Und welche reaktionäre Haltung nimmt er gegenüber den Soldatenmassen in der bürgerlichen Armee ein! Sie sollen für eine koloniale Politik wieder ins Gefecht gehen. Umgekehrt ist es so, daß die Haltung zur Kolonialfrage nach wie vor eine der entscheidenden Fragen der Revolution in Portugal selber ist, daß in der Wahrnehmung und Lösung dieser Aufgabe sie im wesentlichen voranschreitet oder Rückschritte erleidet: "Ein Volk, das andere unterdrückt, kann niemals selber frei sein." (Marx) Dementsprechend haben auch die Soldaten von zwei Kompanien des Militärpolizeiregiments ihre Verschiffung nach Angola verweigert und hat in Unterstützung dieser Soldaten in Porto eine Demonstration von 100 000 stattgefunden. Sie haben erklärt.

"daß es nicht die Aufgabe der Soldaten, der Söhne des portugiesischen Volkes, ist, in Angola zu kämpfen, zu sterben und zu töten, sei es nun im Dienst des amerikanischen Imperialismus oder des russischen Sozialimperialismus;
rialismus;
daß, auch wenn uns die portugiesischen Militaristen sagen, daß wir nach Angola gehen, um einer bestimmten Befreiungsbewegung zu 'helfen', die als Avantgarde des angolanischen Volkes angesehen wird, es dennoch nicht Aufgabe der Portugiesen ist, zu entscheiden, wer Avantgarde des angolanischen Volkes ist und wer nicht, denn das ist eine Frage, die nur vom angolanischen Volk selber entschieden wird;
und in Erwägung schließlich, daß die einzige Form, dem angolanischen Volk zu helfen und ihm unsere Solidarität zu beweisen, die ist, in Portugal Revolution zu machen."

Der Kommunistische Bund Nord und der Admiral Rosa Coutinho: Eigentümliche Spießgesellen finden zueinander

Der Kommunistische Bund Nord ist vermutlich der Auffassung, daß diese Soldaten ein "niederes politisches Bewußtsein" haben, weil sie sich nicht "für ein fremdes Land engagieren", wie sie es nach Meinung des Kommunistischen Bundes Nord und der portugiesischen Generalität "müßten".

Auf wen der Kommunistische Bund Nord setzt und in welcher Gesellschaft er sich befindet, läßt er auch an anderer Stelle heraus. Befriedigt berichtet er darüber, daß der Admiral Rosa Coutinho "der MPLA Vorteile zukommen ließ", nachdem ein anderer portugiesischer Militärkommissar die FNLA unterstützt hatte. Auf jeden Fall haben also beide den Zwist geschürt. Und Coutinho hat unter veränderten Umständen fortgesetzt, was er schon im September 1974 versucht hatte, wo er einseitig eine neue Regierung in Angola bildete und eine Verfassung vorschlug, welche die Herrschaft der Bourgeoisie unter bloß formaler Beteiligung des angolanischen Volkes sichern sollte.

Das war schlicht der Versuch einer neokolonialen Lösung. Er ist damals sofort auf den Widerstand von MPLA und FNLA gestoßen. Der Kommunistische Bund Nord und dieser portugiesische General: Eigentümliche Spießgesellen finden zueinander. – (hjh)

7. UNO Sondervollversammlung:

BRD mußte Zugeständnisse an die Dritte Welt machen

Die BRD-Delegation ist unter Führung Genschers und Bahrs als Bannerträger der bestehenden, für die Dritte Welt ruinösen Weltwirtschaftsordnung zur 7. UNO-Sondervollversammlung gefahren (vgl. KVZ Nr.34–37). Unter dem Druck der gerechten Forderungen der Dritten Welt und der Tendenz anderer EG-Staaten, eine direkte Konfrontation mit den Entwicklungsländern zu vermeiden, hat sie dennoch dem Dokument der Sondervollversammlung "vorbehaltlos" zugestimmt. Dies bedeutet eine Änderung in der bisherigen Politik der BRD gegenüber den Forderungen der Dritten Welt.

Zu Recht ist darauf in den letzten Tagen von der Presse und von der parlamentarischen Opposition hingewiesen worden. Durch ihre Zustimmung zum Schlußdokument der 7. UNO-Sondervollversammlung hat die BRD die Grundsätze einer neuen Weltwirtschaftsordnung, wie sie auf der 6. UNO-Sondervollversammlung beschlossen und von der BRD abgelehnt worden sind, anerkannt. Damit hat die BRD die grundsätzliche Berechtigung der Forderungen der Dritten Welt eingestanden: **Verpflichtung** der imperialistischen Länder auf Entwicklungsleistungen gegenüber der Dritten Welt, Abschluß von **Rohstoffabkommen** mit der Dritten Welt und **Aufhebung der Schere zwischen Industriepreisen und Rohstoffpreisen** durch Indexierung, d. h. **Bindung der Rohstoffpreise an die steigenden Industriepreise, Recht auf Enteignung** imperialistischen Kapitals entsprechend den Bedürfnissen der Entwicklungsländer und ihrer inneren Gesetzgebung.

Nach außen hin ist dies eine wesentliche Änderung der Politik der BRD. Sie weicht ab vom bisherigen Standpunkt und unterscheidet sich von der Haltung der USA, die gegen diese wesentlichen Punkte des Schlußdokuments ausdrücklich Vorbehalte angemeldet haben.

Die Zugeständnisse sind nicht ehrlich gemeint

Während des ganzen Verlaufs der UNO-Sondervollversammlung wurde in der Berichterstattung der Eindruck erweckt, als wären die Länder der Dritten Welt von ihren berechtigten Forderungen mehr oder weniger abgerückt. Tatsache ist, daß nicht einmal die BRD, einer der größten imperialistischen Staaten, der Berechtigung dieser Forderungen seine Anerkennung verweigern konnte.

Verbale Zugeständnisse an einen berechtigten Standpunkt und tatsächliche Übernahme dieses Standpunktes als Leitlinie der eigenen Politik sind natürlich zwei Paar Stiefel. Die Bemühungen der BRD-Regierung laufen deshalb dahin, die UNO-Debatte und ihr Schlußdokument in seiner Bedeutung herabzumindern. "In keinem Punkt der komplizierten Texte, die zahlreiche Verweisungen auf frühere und künftige Konferenzen enthalten, ist nach Ansicht der Bundesregierung eine bindende Festlegung erfolgt." (Süddeutsche Zeitung, 5. September)

Dies ist nicht richtig, denn die Berechtigung der Forderungen ist eindeutig festgelegt; wenn auch noch nicht im einzelnen festgelegt wurde, wie diesen Forderungen entsprochen werden soll. Diese prinzipielle Bedeutung des Schlußdokuments der 7. UNO-Sondervollversammlung versucht die Bundesregierung also bereits wieder zu verwischen. Wenn Kinder schwören, dann heben sie dabei den Fuß, wenn sie den Schwur nicht halten wollen. So ist auch die Bundesregierung bei der UNO-Sondervollversammlung verfahren. Zum Beispiel hat sie, während sie in New York zustimmte, Entwicklungsleistungen von 0,7 % des Bruttosozialprodukts bis 1979 anzustreben, gleichzeitig zu Hause beschlossen, um die Hälfte weniger dafür aufzubringen. Es ist klar, die BRD will von dem Inhalt des beschlossenen Dokuments noch schneller runter als sie darauf gegangen ist. Daß sie überhaupt darauf mußte, zeigt das ständig wachsende politische Gewicht der Dritten Welt. Und darüber ist die Presse und die parlamentarische Opposition am meisten beunruhigt.

Beunruhigt über die internationale Bedeutung der Dritten Welt

Die deutlichste Sprache spricht wie immer die "Frankfurter Allgemeine Zeitung", das Zentralorgan der westdeutschen Monopolbourgeoisie. Am 20. September schrieb sie:

"Während in offiziellen Bonner Darstellungen zur Sondergeneralversammlung vom Zusammenrücken der Verhandlungspartner aus Industrie- und Entwicklungsländern die Rede ist und der Eindruck erweckt werden soll, daß die Bereitschaft zur Mäßigung auch bei radikal gestimmten Entwicklungsländern wachse, zeigen die Schlußdokumente, daß die Entwicklungsländer alle Forderungen voll durchgesetzt haben und der versöhnliche Tenor nur dem einseitigen Nachgeben der Industrieländer zuzuschreiben ist."

Am 23. September hat die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" nachgefaßt in zwei redaktionellen Artikeln, darunter einem Leitartikel im Allerheiligsten des Blattes, im Wirtschaftsteil, unter dem Titel "Auf der schiefen Bahn":

"In New York galt offenbar die Parole: Konfrontation mit den Entwicklungsländern und Isolation in der Europäischen Gemeinschaft vermeiden, koste es, was es wolle. (. . .) In der Auseinandersetzung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, die in den kommenden Jahren angesichts des wachsenden Elends in der Dritten Welt an Schärfe zunehmen wird, ist es nicht damit getan, daß sich die Regierungen von Industrieländern wie offenbar fälschlich angenommen wird, ohne sichtbare Blessuren durch eine internationale Konferenz nach der anderen mogeln, in der trügerischen Hoffnung, daß geduldiges Papier auch noch weitere Zugeständnisse aushalten könnte. Scheibchenweise wird, ohne sichtbare Blessuren, die Zerstörung der Weltwirtschaftsordnung vollzogen, und wenn wir nicht immer wieder – wie die Amerikaner – klare Positionen beziehen, gibt es auf der schiefen Bahn bald kein Zurück mehr."

Stillstand soll herrschen

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" hat die Opposition auf Trab gebracht, und inzwischen hat diese einige parlamentarische Anfragen vorbereitet. Der CDU-Abgeordnete Köhler (Wolfsburg) fragt die Regierung, ob sie es "für vertretbar" halte, "die Verteidigung einer marktwirtschaftlichen Weltwirtschaftsordnung allein den Vereinigten Staaten zu überlassen" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. September).

Hier wie bei der Auseinandersetzung um die sogenannte Investitionskontrolle geht es den entscheidenden Kräften der Bourgeoisie darum, die bestehende Ordnung in **keiner** Weise in Frage stellen zu lassen. Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" bemerkt:

"Neben der SPD-internen Diskussion über Fragen der Investitionslenkung ist damit zugleich die Frage nach einer marktwirtschaftlichen oder dirigistisch orientierten Weltwirtschaftsordnung in die Auseinandersetzung zwischen den Bundestagsparteien geraten." Es ist schon ein Jammer für die westdeutsche Bourgeoisie: Gegenüber der Entwicklung in der Welt und zu Hause bleibt ihr im wesentlichen nur die Einigelung in den bestehenden Positionen. Und selbst heuchlerische verbale Abweichungen, um angesichts der Entwicklung der Welt eine gewisse Beweglichkeit zu beweisen, bekommen den Geruch von Verrat. Dies ist gesetzmäßig, denn die Entwicklung der Welt ist durch die Verschärfung der Gegensätze bestimmt: im Innern der imperialistischen Länder durch den Gegensatz von Bourgeoisie und Proletariat, international durch den Gegensatz der imperialistischen Länder und der Dritten Welt. Diese Entwicklung wird auch dafür sorgen, daß die BRD von der grundsätzlichen Anerkennung der berechtigten Forderungen der Dritten Welt nicht mehr ohne weiteres wegkommt. Die Imperialisten verlieren zunehmend die Initiative. Dafür ist das Ergebnis der UNO-Sondervollversammlung und der Streit um seine Einschätzung in der Bourgeoisie ein weiteres Beispiel. – (js)

Protestaktion gegen Chile-Veranstaltung der NPD

Kaiserslautern. Ein Komitee "Wahrheit für Chile", hinter dem die NPD und ihre Jugendorganisation stecken, hatte am 26.9. die Pressereferentin der chilenischen Botschaft zu einem Vortrag eingeladen. Ein Vertreter der faschistischen Militärjunta sollte damit zum ersten Mal in Westdeutschland Gelegenheit erhalten, Propaganda für den Faschismus in Chile zu machen. Die Faschisten blieben dabei unter sich, denn nicht mehr als zehn Menschen gingen auf die Veranstaltung – das waren ausschließlich die Veranstalter.

Auf einen Aufruf der Kommunistischen Gruppe Kaiserslautern hin versammelten sich vor dem Lokal über 100 Menschen zu einer Protestaktion gegen diese Veranstaltung.

Sie wollten zeigen, daß überall, auch in Kaiserslautern, die Mehrheit der Bevölkerung gegen die chilenische Militärdiktatur ist. Dies war aber nicht so einfach möglich, denn die Veranstalter, die wahrscheinlich wußten, daß sie in der Minderheit sein würden, haben sich etwas einfallen lassen und forderten als Eintritt 1 DM! Dies mußte die Gegner der Junta in eine empörende Zwickmühle bringen: Zahlten sie die Mark, unterstützten sie materiell die Junta und deren Helfershelfer, gingen sie nicht auf die Veranstaltung hin, ließen sie die faschistische Meinung unwidersprochen! Es war der spontane Wunsch der vor der Wirtschaft versammelten, ihre Meinung klar zu artikulieren und auf die Veranstaltung ohne Zahlen des Eintrittsgeldes zu gehen. Doch die Faschisten hatten vorgesorgt! Zwei nach eigenen Aussagen bezahlte Schläger, mit Totschlägern bewaffnet, versperrten den Weg. Dem Sekretär der Kommunistischen Gruppe Kaiserslautern, der als erster den Saal betreten wollte, wurde von der hinteren Reihe aus blitzschnell mit einer Schaufel der Kopf blutig geschlagen.

Daraufhin wurde vor dem Saal eine Veranstaltung abgehalten, die durch Rufe wie "Hoch die internationale Solidarität!", "Faschisten raus!", "Chile si, Junta no!" die Abhaltung der Faschistenversammlung verhinderte. Gleichzeitig wurde ein kurzes Referat zur Lage in Chile gehalten, in dem auf die Unterdrückung des Volkes durch die Junta und auf die Bedeutung des chilenischen Widerstandes hingewiesen wurde. Als praktische Solidarität wurden über 107 DM für den chilenischen Widerstand gesammelt.

Polizeischutz für die Faschisten

Inzwischen war die Polizei gerufen worden, die mit zirka 20 Mann den Saal abriegelte und schließlich den Vorraum, in dem sich die 100 Leute versammelt hatten, zu räumen versuchte. Dies stieß auf die große Empörung der Versammelten, bedeutete dies doch eine Unterstützung der Faschistenveranstaltung. Nur durch brutalen Einsatz der Polizeiknüppel wurden die Versammelten aus dem Vorraum nach innen gedrängt. Der Sekretär der Kommunistischen Gruppe Kaiserslautern wurde dabei erneut schwer geschlagen und mußte blutüberströmt ins Krankenhaus eingeliefert werden. Ein anderer wurde zu Boden geschleudert und erlitt dabei eine Gehirnerschütterung. Zugleich setzte die Polizei noch das Kampfgas "Chemical Mace" ein.

Die Demonstranten versammelten sich anschließend und beschlossen die Durchführung einer Solidaritätsveranstaltung mit dem Kampf des chilenischen Volkes für Freitag, den 3. Oktober. – (I, Kaiserslautern)

Auf dem Boden der bürgerlichen Wissenschaft gedeiht das Parasitentum

Korruption und Betrügerei an den Baden-Württembergischen Hochschulen / Klinikdirektoren streichen Millionen ein

Seit Jahren rebelliert ein großer Teil der Studenten gegen die Verhältnisse an den Hochschulen. Die bürgerlichen Parteien sowie die bürgerliche Presse verteidigen hartnäckig die Verhältnisse an den Hochschulen und geben sie als Stätten der freien Wissenschaft und Forschung aus.

Als Orte der "Wahrheitsfindung" hat ein Gericht die Hochschulen bezeichnet, und eben diese "Wahrheitsfindung", so wird behauptet, werde durch die Rebellion der Studenten gestört. An den baden-württembergischen Hochschulen ist in der letzten Zeit eine Fülle des Schlamms emporgeschwemmt worden, in welchem nach bürgerlicher Aussage die Wahrheit zu finden sei. So übelriechend war, was da nach oben kam, daß der Landtag die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses beschließen mußte. Worum es geht: Korruption, Unterschlagung, Betrug, Postenschieberei.

Der Einzelfall ist vielfältig und der Zufall tritt häufig auf

Zwei Fälle charakterisieren das Bemühen der Professoren, welches "Wahrheitsfindung" heißt und tatsächlich Bereicherungssucht ist.

Der Direktor des Instituts für Hochenergiephysik (IHEP) Filthuth, der für den Nobel-Preis im Gespräch war, ergaunerte sich auf noch zu erörternde Art und Weise Millionen, die er auf mindestens zwanzig Bankkonten verstreut in alle Welt untergebracht hat.

Der Leiter des Hygiene-Instituts der Universität Heidelberg Brauss, welcher zehn Reitpferde sein eigen nennt, ließ den Reitstall auf Institutskosten erstellen und unterhalten. Seine privaten Nebeneinnahmen aus dem Institut konnten mit den Gesamteinnahmen des Instituts konkurrieren. Mit 580 000 im Jahr lagen sie nur um 20 000 hinter diesen zurück.

Wie es an diesen Instituten zugeht, darauf wirft ein Vorfall das Schlaglicht, der im Zwischenbericht des Landtagsuntersuchungsausschusses beschrieben wird"*Bei einem Neubau für den medizinischen Fachbereich in Heidelberg seien neue Schreibmaschinen vorne hereingetragen und hinten wieder hinausgetragen und auf Lastwagen verladen worden.*" (Zwischenbericht Seite 19)

Die Universitätsbürokratie, an ihrer Spitze der Kultusminister Hahn, reagierten auf diese Enthüllungen mit der Behauptung, hier handle es sich um Einzel- und Zufälle. Schärfere Kontrolle der Professoren sei nicht nötig, "*da man sich auf das Berufsethos der Professoren verlassen könne*" (Hahn nach einer Zeugenaussage. In: Dokumentation der Kommunistischen Hochschulgruppe Heidelberg zu den Korruptionsfällen, Seite 6) Darüberhinaus hat sich alsbald der Kultusminister "*hartnäckig gegen die Einberufung des Ausschusses gewehrt*" (Stuttgarter Nachrichten, 16. Juli).

Es erwies sich aber schnell, daß die von Hahn so genannten Einzelfälle vielfältig und auch an den anderen Universitäten des Landes beheimatet sind. Daß das "Berufsethos" der Herren Filthuth und Brauss von vielen ihrer Kollegen an anderen Universitäten geteilt wird.

"*Zu Heidelberg und Freiburg gedeihen Kaufleute an den Universitäten besonders gut*", hieß es dazu in der "Frankfurter Rundschau" vom 24. Juni.

Darauf angesprochen, daß die Korruption und Bereicherungssucht der Professoren an den baden-württembergischen Universitäten wohl ein sehr verbreiteter Einzelfall sei, erklärte der Kultusminister: "*In den Hochschulen des Landes gebe es nicht mehr Kriminelle als in der Gesellschaft selbst.*" (Stuttgarter Nachrichten, 16. Juli)

Da mag der Kultusminister recht haben. Aber sicher ist: Diese "Kriminellen" laufen frei herum, werden steinreich und gelten als Stützen der Gesellschaft, und unter den Leuten, die von der Aneignung fremder Arbeit leben, gelten sie als Erfolgsmänner. Die Gefängnisse, in welche die "normalen Kriminellen" gesteckt werden, sind für die Angehörigen der arbeitenden Klasse da, die versucht haben, ohne Arbeit an Geld zu kommen. Wenn einer wie der Professor Filthuth dann doch zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wird, dann ist dies allenfalls Ehrenhaft, wie man schon während seiner Untersuchungshaft sah. Dort befand er sich nur, soweit er nicht Ausgang hatte, und währenddessen sammelten Professoren 100 000 DM Kaution für ihn.

Wahrscheinlich aber, so muß man hinzufügen, gibt es unter den Professoren sogar entschieden weniger "*Kriminelle als in der Gesellschaft*". Denn die große Masse der "*Kriminellen*" wurde durch das Elend der sozialen Verhältnisse zur Kriminalität gebracht. Die sozialen Verhältnisse der Professoren sind freilich alles andere als elend, in denen wird man auch steinreich, ohne eine Mark stehlen zu müssen. Es muß die "*Kriminalität*", von der der Kultusminister spricht, daher ganz eigenartige Charakterzüge haben.

Die Organisation der bürgerlichen Wissenschaft produziert das Gewinnstreben der Professoren . . .

Bekanntlich entlohnen die Bürgerlichen und ihr Staat jene, die sie als Professoren und berufsmäßige Wissenschaftler angeheuert haben, aufs fürstlichste.

Dafür ein Beispiel. In einem Antrag an die Fachgruppenkonferenz der Neuphilologen rechnete der Professor Michelsen vor, was man "anstandshalber" dem Professor Böschenstein bezahlen müsse, um ihm ein "normales" Leben zu ermöglichen. Gewonnen werden sollte der Professor Böschenstein für eine Gastprofessur. Michelsen: "*Die monatlichen Bezüge von Herrn Professor Böschenstein betrugen – wie er mir mitteilte – 1974 Schweizer Franken 6 830 brutto, dazu werde noch eine über zehnprozentige Nachzahlung kommen. Insgesamt wären das also über Schweizer Franken 7 500. Umgerechnet ergibt das ca. DM 7 100. Ich bin der Ansicht, daß man Herrn Professor Böschenstein doch mindestens eine ungefähre Entsprechung seines normalen Gehaltes bieten müßte. . . . Lediglich den üblichen Pauschalbetrag von DM 4 000 zu gewähren, halte ich jedenfalls im gegebenen Fall für unzumutbar.*" (Dokumentation der Kommunistischen Hochschulgruppe Heidelberg)

Das Gehalt der Professoren hat offensichtlich nichts mehr mit dem zu tun, was man normalerweise unter Lohn versteht. Mit einem normalen Lohn kann man sein Leben fristen, sich so weit erhalten, daß man sich weiter ausbeuten lassen kann.

Anders aber so ein Professorengehalt. Kein Wunder, daß diese mit den bestehenden Verhältnissen der Mehrheit nach aufs äußerste zufrieden sind, und eben diesen Effekt hat der Staat bei der Bemessung der Professorengehälter bezweckt.

Allerdings ist das "normale" Professorengehalt von 7 000 Mark nur wenig gegenüber dem, was ein Professor an Nebeneinnahmen so macht.

Unüberbietbar in der Kunst, Nebeneinnahmen zu machen, waren dabei die baden-württembergischen Direktoren der Universitätskliniken, was nach Bekanntwerden zum Ärgernis geriet. Versucht der Staat dem Volk doch gegenwärtig einzureden, seine Gesundheit koste zuviel. "*Der Direktor der Tübinger Pathologie nahm im vergangenen Jahr im Rahmen der privaten Nebentätigkeit am Institut 804 000 Mark ein, während sich die Institutseinnahmen auf ganze 168 000 Mark beliefen.*" (Stuttgarter Nachrichten, 24. Juni)

Ein anderer Klinikdirektor, der besonders tüchtig war, "*soll sogar 1,8 Millionen in einem Jahr*" aus privaten Nebentätigkeiten kassiert haben (Frankfurter Rundschau, 1. Juli).

Daß freilich diese Nebentätigkeit in nichts anderem besteht als dem Studium der eigenen Bankauszüge, bewies der Leiter des Freiburger Hygieneinstituts: "*Der Direktor des Hygieneinstituts habe zum Beispiel auch in der Zeit entsprechende Einnahmen (521 000 Mark) gemacht, als er für längere Zeit beurlaubt war.*" (Frankfurter Rundschau, 1. Juli) Dem Leiter des Hygieneinstituts Heidelberg bescheinigte der Ausschuß schließlich, daß seine Haltung ausschließlich vom privaten Gewinnstreben gekennzeichnet sei.

Aber diese "Nebeneinnahmen" der Klinikdirektoren, erzielt dadurch, daß sie die Krankenhäuser zu Stätten ihrer persönlichen Bereicherungssucht machen, stellen bei weitem nichts Ungesetzliches dar. So hieß es in der Rhein-Neckar-Zeitung vom 15. Juli: "*Ein vom Stuttgarter Innenministerium angefertigtes Gutachten entlastet die durch einen Ermittlungsbericht des Untersuchungsausschusses wegen ihrer Nebentätigkeit in Verdacht geratenen Direktoren . . . Ihnen wird nach gutachtlichen Äußerungen rechtlich kaum ein Fehlverhalten nachzuweisen sein.*"

Rechtsnorm ist somit, daß ein Klinikdirektor Geld scheffeln darf soviel er kann. Das aber kann er an allen Ecken und Enden, weil er das Kommando über das Krankenhaus hat und nicht die, welche darin arbeiten, und auch nicht die Kassen der Versicherten.

Auch der Professor Filthuth, der als Physiker kein Krankenhaus zur Bereicherung hat, exerzierte vor, wie man als Professor sein "normales Gehalt" aufbessern kann.

So erschlich er binnen fünf Jahren 90 000 Mark an Reisekosten für Reisen, die nie gemacht wurden, ließ an seinem Institut Privataufträge für Unternehmen zur eigenen Bereicherung durchführen oder er ließ sich für die Anschaffung von Institutsgeräten einfach überhöhte Rechnungen ausstellen und kassierte so erkleckliche Beträge.

"*Nach längeren Verhandlungen mit Professor Filthuth bot die Firma Ampex Europa GmbH dem IHEP die Lieferung eines Kernspeichers zu einem Kaufpreis von 378 054 DM an. Professor Filthuth bat darauf die Firma, den Angebotspreis um 100 000 DM zu erhöhen und nach Auszahlung des Kaufpreises die Summe als Industriespenden getarnt auf eines seiner Privatkonten zurückzuleiten. Entsprechend dieser Vereinbarung wurde Ende 1969 verfahren.*" (Zwischenbericht, Seite 8)

Sein so um ein Vielfaches vergrößertes Einkommen verwandte der Professor, um sich alsbald der Spekulation an der Edelmetallbörse zu widmen (Heidelberger Tageblatt, 18. April), wo er allerdings mangels Erfahrung Verluste erlitt.

Vor Gericht gab der Richter dem Filthuth, angesprochen auf die mangelnde Spekulationserfahrung, den brüderlichen Rat: "*Dann läßt man die Finger davon.*" (Dokumentation der Kommunistischen Hochschulgruppe Heidelberg, Seite 2)

Aber auch seine Wissenschaft wußte der Filthuth offensichtlich hervorragend auf seine Bereicherungssucht auszurichten. Die Computer-Anlagen des Instituts wurden dazu verwandt, um mit ihrer Hilfe "*die komplizierten Läufe der Roulette-Kugeln*" zu berechnen (Heidelberger Tageblatt, 18. April).

Ans Licht gebracht wurde weiterhin, daß im Grunde jede der bürgerlichen Wissenschaften und nicht nur wo Krankenhäuser und physikalische Großgeräte existieren zur Befriedigung der persönlichen Bereicherungssucht dienen kann.

Zum Beispiel am Südasien-Institut in Heidelberg richtete man Forschungsprojekte in jenen Ländern ein, von denen man sich den höchsten Freizeitwert versprach.

Von einem Freund gefragt, warum er in Thailand ein Forschungsprojekt habe, schrieb der Projektleiter aus Thailand zurück: "*Weshalb in Thailand? Vor allem deshalb, weil wir bestens in das Gesellschaftssystem der BRD integriert sind und mit Wonne die Chance nutzen, einen exotischen Forschungsaufenthalt einem solchen im Odenwald, Sachsenwald oder Bayrischen Wald vorziehen.*" Über eine Million hat dieser Forschungsaufenthalt bis zu seinem Abbruch 1973 gekostet (Dokumentation der Kommunistischen Hochschulgruppe Heidelberg).

Offensichtlich wird hier, wie sich die gepriesene Freiheit der Wissenschaft auswirkt: dahingehend, daß jeder Professor seine Wissenschaft ausrichten darf nach dem Gesichtspunkt: Wie vermehre ich mein Geld?

. . . weil die Wissenschaft der Profitmacherei unterworfen ist

Beschränkt wird die Bereicherungssucht der Professoren lediglich dadurch, daß die bürgerliche Klasse und ihr Staat von diesen erwarten, daß sie über ihre persönliche Bereicherung nicht vergessen, die wissenschaftlichen Ergebnisse zu liefern, welche die Bürgerlichen und ihr Staat brauchen.

Worin die bestehen, hat ein anderer Klinikdirektor, der Professor Gänshirt, Leiter der Neurologischen Universitätsklinik Heidelberg, klargemacht, der unter anderem als Gutachter für Unfallrenten tätig ist. "*Er hat in mindestens acht Fällen an der Neurologischen Universitätsklinik Patienten um ihre Rente geprellt oder versucht sie zu prellen. Ein Beispiel: Ein Getränkefahrer, der nach jahrelanger Arbeit in seinem Beruf Taubheitsgefühle und Schmerzen im Arm verspürte, wurde in der Heidelberger Neurologischen untersucht. Der Arzt bescheinigte ihm, daß seine Erkrankung aufgrund seiner beruflichen Tätigkeit zustandegekommen war. Professor Gänshirt wurde das ärztliche Gutachten zur Unterschrift vorgelegt. Er ließ nun eine Abschrift des Gutachtens verfertigen, in der genau die Sätze fehlten, die einen Zusammenhang der Erkrankung mit der beruflichen Tätigkeit herstellen.*" (Dokumentation der Kommunistischen Hochschulgruppe Heidelberg)

Daß der Staat Professoren, welche diese Sorte "Wahrheitsfindung" betreiben, mit einem dicken Gehalt an der Ausplünderung des Volkes beteiligen muß, damit er sie auf seiner Seite hat, kann hier nicht mehr verwundern:

Die Grenzen der persönlichen Bereicherung mußten auch jene Forscher des Südasien-Instituts in Thailand erleben, die diesen "exotischen Forschungsaufenthalt" einem solchen im Bayrischen Wald vorzogen. Soweit sie forschten, paßte ihre Vorgehensweise dem Außenministerium nicht, so daß das Projekt auf Betreiben der deutschen Botschaft in Thailand und des Außenministeriums eingestellt wurde, "*da sie mit der kritischen Einstellung verschiedener westdeutscher Wissenschaftler nicht einverstanden waren*".

Die bürgerliche Wissenschaft fördert das Parasitentum und verhindert die Entfaltung der menschlichen Fähigkeiten

Abgestellt werden soll dieser Sumpf des Parasitismus nach Meinung des Untersuchungsausschusses durch verstärkte staatliche Kontrolle über das Finanzgebaren der Universitäten. Da wird was dabei herauskommen, bestenfalls, daß die Schieberei dann geregelte Wege geht.

Denn die Ursache dieses wissenschaftlichen Sumpfes ist nicht, daß es da an staatlicher Kontrolle fehlt, ganz abgesehen davon, daß jedermann weiß, daß die Korruptheit in allen Ecken dieses Staatsapparates beheimatet ist.

Als Ursache hat der Untersuchungsausschuß weiterhin folgendes erkannt: "*Als entscheidend ist ein verbreitetes Unverständnis der Wissenschaftler gegenüber der haushaltsrechtlichen Fragestellung oder gar Unkenntnis wesentlicher haushaltsrechtlicher Vorschriften anzusehen.*" (Zwischenbericht, Seite 9) Und der Universitätsrektor Kübler erklärte: "*Mentalitätsmäßig sei es dem Wissenschaftler fremd, Verwaltungsarbeiten zu machen.*" (Zwischenbericht, Seite 9)

Daran ist nun freilich richtig, daß dieser Sorte Professoren Arbeit überhaupt "mentalitätsmäßig" fremd ist, wozu auch Verwaltungsarbeit zählt. So hatte der Leiter des Hygieneinstituts Freiburg eigens eine Institutskraft halbtägig beschäftigt "*mit der Abrechnung der Privateinnahmen*" (Frankfurter Rundschau, 24. Juni).

Die haushaltsrechtlichen Vorschriften kennen diese Gauner aber genau, bis auf den i-Punkt. Und gerade auf der Grundlage dieser Kenntnisse wissen sie, wie man am besten an Geld herankommt.

Worin hat dann dieses professorale Parasitentum seinen Grund? Doch wohl darin, daß die bürgerliche Klasse die Wissenschaft zum Privileg einer schmalen Schicht macht, welche durch hohes Gehalt von den Massen abgesondert und gekauft wird, um eine Wissenschaft zur Ausplünderung und Unterdrückung der Massen zu betreiben. Doch wohl darin, daß man einen Wissenschaftler schon schmieren muß, damit er auch noch die offenste Unwahrheit als "Wahrheitsfindung" ausgibt, wie das der Professor Gänshirt gemacht hat.

Daß sich so das Parasitentum unter dieser "Kopfelite" ausbreitet mit der Geschwindigkeit einer Epidemie, hat seine Ursache darin, daß diese Herren von ihren Auftraggebern fordern, für die von ihnen verlangte Hindrehung der Unwahrheit zum wissenschaftlichen Beweis auch ausreichend bezahlt zu werden.

Nicht die Entwicklung der produktiven Fähigkeiten der Menschen hat diese Sorte Wissenschaft daher auf ihr Panier geschrieben, sondern die Erhaltung der bestehenden Verhältnisse. Auf dieser Grundlage muß das Parasitentum ganz ungeheuer gedeihen, wo man als Wissenschaftler die Wahrheit immer mehr verbiegen muß, damit das Ergebnis dem entspricht, was die bürgerliche Klasse verlangt. Die muß sich das schon eine Stange Geld samt Schmiergelder kosten lassen. Das ist der Preis einer Wissenschaft zur Hemmung und Unterdrückung der Entwicklung der produktiven Fähigkeiten der Menschen.

Gehässigkeit im eigenen Lager und Unterdrückung gegenüber den Studenten

In Heidelberg kam's raus,weil die Professoren in den Instituten nicht allein sind. Einerseits weil es da Wissenschaftler gibt, die darauf setzen, es ginge auch ohne Vetterleswirtschaft und Korruption, andererseits weil es da Lohnabhängige und Studenten gibt, die "mentalitätsmäßig" nicht durch die Bereicherungssucht geprägt sind.

Ans Licht kam der Sumpf nicht, weil die Universitätsspitze und das Ministerium da etwas Neues entdeckt hätten. Sowieso wußten das Ministerium wie das Rektorat seit Jahren, was da getrieben wurde, und unternahmen viel, damit es auch im Dunkeln bleibt. "*Ich war nicht überrascht, daß am Institut für Hochenergiephysik schon vorher einige Fälle bekanntgeworden sind . . . Ich hätte es vorgezogen, die Angelegenheit intern zu regeln*", erklärte der Universitätskanzler. Dem Kultusministerium bescheinigte ein Regierungsrat, es seien Aktennotizen auf "*Anweisung von oben*" vernichtet worden, um die Aufdeckung dieser Fälle zu verhindern (Stuttgarter Zeitung, 24. Juni).

Gelungen ist dieses Verdunklungsmanöver freilich nicht, und so versucht die Kultus- und Universitätsbürokratie nun, mit den übelsten Maßnahmen zu verhindern, daß offensichtlich wird: Diese Sauereien sind nichts Ungewöhnliches, sondern der Normalfall.

So massiv gingen sie dabei vor, daß sich der Landtagsuntersuchungsausschuß gezwungen sah, eigens dazu einen Beschluß zu fassen, "*daß gegen Zeugen, die vor dem Untersuchungsausschuß aussagen, keine nachteiligen Maßnahmen ergriffen werden*" (Zwischenbericht, Seite 5).

Geholfen hat dieser Beschluß freilich nicht. Und so wurden Verträge von Angestellten nicht verlängert, die als Zeugen ausgesagt hatten, Repressionen angedroht und durch den Prorektor fernschriftlich die Kündigung eines Wissenschaftlers beim Kultusministerium verlangt, der zuvor die Methoden des Klinikleiters Brauss vor dem Ausschuß aufgedeckt hatte. Zuvor war dieser Wissenschaftler durch Brauss aufs Gehässigste schikaniert und verleumdet worden.

Gegenüber den Studenten, die eben diese Verhältnisse an den Hochschulen seit Jahren anprangern, hat sich der Rektor ein anderes Mittel ausgedacht, mit dem er hofft zu verhindern, daß diese Art der "Wahrheitsfindung" durch den Protest der Studenten zerfleddert wird. Er hat am 16. Juli per Erlaß über die Studenten einen Maulkorb verhängt, der "*die Verteilung und den Anschlag von wissenschaftlichen und hochschulpolitischen Publikationen*" dann untersagt, "*wenn dadurch die Institutsordnung beeinträchtigt wird*" (aus dem Erlaß). Niemand anders als die Institutsdirektoren bestimmen aber, wann diese Ordnung "beeinträchtigt wird". Man sieht, wohin die bürgerlichen Wissenschaftsparasiten mit ihrer "Wahrheitsfindung" gelangt sind. Sie müssen sie durch Maulkörbe schützen, durch einen Polizeierlaß. Grad das Gegenteil von dem, was sie großkotzig als Ziel ihrer Wissenschaft angeben. Erwarten kann man da, daß die Studenten sich das nicht bieten lassen, und richtig ist es, sie zu unterstützen. – **(er)**